



Protokolle

der

Vollzugs Commission

des grossen

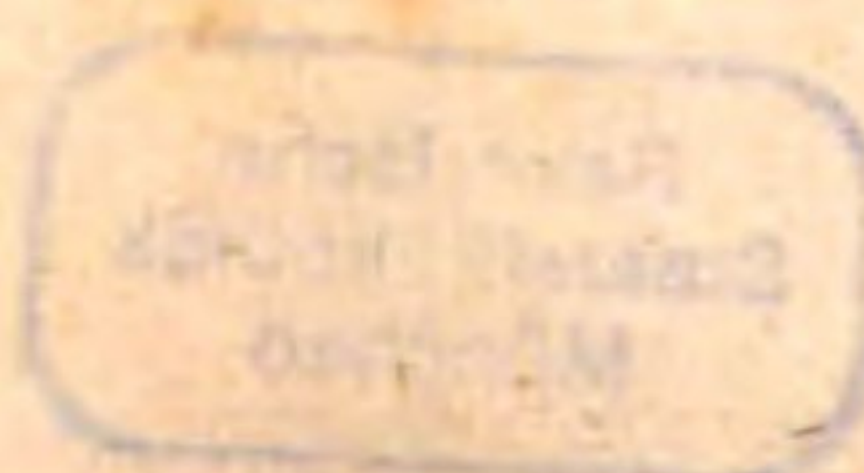
Zoll-Vereins.

4° Cam. A36 d

<36613219960011

<36613219960011

Bayer. Staatsbibliothek



10

G198

Bayerische
Staatsbibliothek
München

München
den 14^{ten} Februar 1834.

Argentinmässig:

Königlich Preussischer Seits:

Der Egl. Königl. Preuss. Staatsminister v. Kühne, und
Der Egl. Königl. Preuss. Staatsminister v. Wilke.

Königlich Bayerischer Seits:

von Seite des Königl. Staatsministeriums des Aeusseren:
Der Egl. Bayer. Staatsminister v. Dresch;

von Seite des Königl. Staatsministeriums des Innern:
Der Königl. Bayer. Staatsminister v. Kleinschrod;

von Seite des Königl. Staatsministeriums der Finanzen:
Der Königl. Bayer. Staatsminister v. Wirsching;

Der Königl. Bayer. Staatsminister v. Siebein und
Der Königl. Bayer. Staatsminister v. Deutz.

Königlich Sächsischer Seits:

Der Königl. Sächs. Staatsminister v. Koerneritz;

Königlich Württembergischer Seits:

Der Königl. Württemberg. Staatsminister v. Miller, und
Der Königl. Württemberg. Staatsminister v. Hauber;

Kurfürstlicher Seits:

Der Kurfürstl. Hess. Staatsminister v. Meisterlin, und
Der Kurfürstl. Hess. Staatsminister v. Kocker.

Grossherzoglich Hessischer Seits:

Der Grossherzoglich Hess. Staatsminister v. Biersack.

an 40^{ten} Artikel des Zoll-
Vereinigungs-Vertrags vom 22^{ten}
März vorigen Jahres bestimmt, dass es
sei, dass auf die Inter-Subsistenz der in der
sich Handel und Verkehr aufhaltenden
Handlungen, insbesondere auf den Vollzug der
gemeinschaftlich festgesetzten organischen Bestimmungen,
Reglemente und Instructionen sei befohlen, dass gemein-
schaftliche Commissarien vereinbart werden soll; das
Conferenz-Protocoll dd. München den 22^{ten} July
bestimmt, dass die Vollzugscommission in München zu-
sammzutreten werden.

Diese Bestimmungen gemäß haben sich in der gegen-
wartigen Hälfte des Monats December die unten bezeichneten
Commissarien:

Der Königlich Preussische,
Der Königlich Württembergische,
Der Kurfürstlich Hessische und
Der Grossherzoglich Hessische
Repräsentanten in München vereinigt, davon als-
bald nach Eintreffen der Königl. Bayer. Reprä-
sentanten, die ebenfalls erschienenen König-
lich Bayerischen Commissarien beigefügt sind, und
daran haben sich sofort seine Repräsentanten
auf den Königlich Sächsischen Repräsentanten von
München.

Münchener Hof, von Koenneritz bezeugt.
 Zu Leipzig auf letztgedachtes Handels-Regierung
 ist schon vorab zu bemerken, daß gegen das Sa-
 auf das sich zusammengeordnetem Vollzugs-
 Commission sich gemüßt auf die Rückführung des
 Handels vom 22^{ten} März fingen sollen, und
 nach zur Rückführung des gleichlautenden Artikels
 40 in dem Handels vom 30^{ten} März vor. Auf-
 satz (: durch welche das Königreich Sachsen dem Zoll-
 Verein beigetreten ist :) als die Abordnung be-
 sonderer Zollzins-Commissarien dem unteren Ver-
 ein-Staat beauftragt haben werden. Da jedoch im
 Königreich Sachsen, bis dahin nur eine Genehmigung
 gegenständes Zollsystem noch nicht bestanden hatte,
 und dieselbe ebenfalls alle ungenügende Einkünfte
 zum Zoll-Einkünfte des ungenügenden Systems
 dort in Einkünfte nicht gebracht werden müs-
 sen, wenn nicht das größte Unions-Handel mit
 dem 1^{ten} Januar dieses Jahres in Leben treten
 sollte, so hat es sich nicht vermeiden lassen, daß
 zunächst von der Königlich Sächsischen Regierung
 sofort unterrichtet und nur in einigen Fällen
 dem Punkt unter Angabe des nach Dresden gesan-
 deten Sächsischen Abgeordneten diejenigen Anordnun-
 gen haben gebracht werden müssen, welche der
 Handels-Entscheidung nach durch gemeinsamen
 Commissarien vorzubereiten gewesen wären.
 Es magst zunächst die Notwendigkeit, diejenigen,
 welche unter dem Namen Kaufleute dort in der
 Form sich manifestieren werden müssen, namentlich
 sich anzufügen, und es hat demnach die Königlich
 Sächsische Regierung auf bereits die Aufzeichnung
 nicht irgendwelcher Commission zugewandt,
 nach dessen Angelegenheit zu beantworten fähig sein,
 sondern über die Rückführung des 40^{ten} Artikels,
 somit

sonst derselben die Organisation der Zoll-Vereinigung betrifft, und nicht wenig gegenwärtig das Haupt-Protocoll notwendig ist, im Antworte vom 30. März die erforderliche Handhabung möglichst anzuordnen wird.

Nicht minder ist in Bezug auf die letzte Antwort vom 11. ^{ten} Mai dem Gesamt-Verein ebenfalls beigetragen worden das durch Antwort vom 10. ^{ten} Mai gebildeten Commissionen Zoll- und Handels-Verein zu benennen, daß der 39. Artikel des antwortenden Antworts nicht im Widerspruch mit dem Artikel 40 der Antwort vom 22. und 30. März vorigen Jahres übereinstimmende Verhandlungen stattfinden.

Es ist nicht zu verkennen, daß der in jenem Sinne zu betrachtenden angenommenen Einrichtungen zur Befähigung und Fortbildung der Zoll-Gesellschaft insofern ob, welche für das Königreich Sachsen die entsprechende Befähigung der betreffenden Festsetzungen motiviert haben, und wiederum durch folgt aus der gegenwärtigen Lage dieser Länder, welche insbesondere von der Zoll-Vereinigung für das Ausland in Betracht kommen, der gegenwärtigen Verhältnisse der gemeinsamen Grenze nachfolgenden Einrichtungen. In der neuen von der von den Legationen bekannt und möglich (und der Gesamt-Verein mit dem 1. ^{ten} Januar dieses Jahres ab in's Leben treten zu lassen:) die Königlich Preussische wie die Kaiserlich Russische Regierungen, welche beide mit einem Theile ihrer Staaten jenen Commissionen beizutreten sind, ab übereinstimmend, die Ausführung des Artikels 39 im Antworte vom 11. ^{ten} Mai vorigen Jahres durch ihre Commissionen in Berlin leisten zu lassen. Das Resultat der betreffenden Verhandlungen ist in einem Abschlusse-Protokolle

Was ferner die Form und den Gang der künftigen
Commissions. Aufstellungen betrifft, so kann es
durch die Nothwendigkeit geboten, die nächsten Tage und
Wochen nach erfolgtem Zusammentritt der Commission,
den vorzunehmenden Rückschritten und den auf mög-
lichst frühem Wege zu bewerkstelligenden Verständigung
und baldigen Feststellung solcher Punkte zu widmen,
dann ungeführteste Forderung zur Beförderung von
sichtlichen Vorarbeiten von und unter nach-
wendig sein. Die Wichtigkeit der Forderung
kann jedoch werden eine systematische Rücksicht zu,
nach dieser es förderlich, über jede in solchen Punkt
zutreffende Punkte förmlich zu Protocoll zu ver-
zeichnen.

Man kann sich nun über das Resultat der commissio-
nellen Arbeiten übersehen lassen, fast als allerdings not-
wendig geschehen, das Resultat - mit Abgrenzung
also der bloß vorbereitenden Maßnahmen, sowie
letzten nicht für die weitere Beförderung der An-
gelegenheiten setzen können, - in gegenwärtigem
Gang-Protokoll mitzutheilen, und dem letzten
zur Annahme der Beschlüsse, Terminen
besonderen Rücksichtungen, Änderungen, Gütern, so-
wie anderen gg., welche im Laufe der Verhand-
lungen schriftlich übergeben sind, oder über welche
eine besondere Annahme bereits statt ge-
funden hat, als Anlagen beizufügen.

Der die Abfassung dieses Hingst-Protokolls betref-
fend selbst die Folgerichtigkeit derjenigen sonderungs-
mässig festgestellten Grundsätzen der, zu demselben Be-
stimmung der Vollziehungs-Emission bedürfen werden, ist
also

1.
d, das Wandmeyer vom 22^{ten} März, unter stetem
Zurück auf die gleichzeitigen Wandmeyer vom 30^{ten}
März, dann vom 11^{ten} Mai, nebst den zu diesen
Wandmeyer

Verträge gesessenen Legation. Artikel und
 Völk. Protokollen von gleicher Natur;
 2. Das Zusatz-Artikel zum Vertrag vom 31^{ten}
 October vorigen Jahres nebst dazu gesessenen
 Paris und Zollvereinigung,
 wobei dann die auf jene Verträge und Verträge be-
 züglichen Punkte des Münchener Protocolls vom 22^{ten}
 July, dann das Berliner Protocoll vom 31^{ten} October
 und 29^{ten} November vorigen Jahres, sowie für sich
 noch einen Artikel beinhalten, bei dem bekannt-
 das Vertrags-Regulationen werden müssen
 werden.

Nr. I.
 Nr. II.

Der folgende Artikel zum Artikel von vorigen
 Punkt zu beinhalten, wird die in Anlage Nr. I,
 beigefügte Uebersicht dann zu beinhalten die
 fügen, ingleichen die unter Nr. II ebenfalls beige-
 fügen Uebersicht dann die unter dem Namen
 und Anlagen zu beinhalten. Wobei die
 Anlagen der Zoll-Verordnung dienen.

Hiervon also ist zu beinhalten

- §. 1. zum offenen Artikel 2 des Vertrags vom 22^{ten}
 März 1833 und dem dazu gesessenen Legation. Ar-
 tikel 1 zu beinhalten, daß die nach dem Artikel dieses
 Legation. Artikels einen jeden Handelsverkehr über-
 lassend und die zum jetzigen Gesessenen
 Waren auf dem Markt für den Ausfuhr gesessenen
 von kleinen Handelsverträgen und Handelsverträgen be-
 steht in sämtlichen Handelsverträgen angesetzt ist.
- §. 2. Zu dem neuen Artikel kann ferner nach dem
 eigentlichen Ansehn der Sache, welches be-
 züglich im königlichen Staatsverträgen Gebiet
 nachstehenden Landes für den Staat des be-
 steht, daß die Landes für den Staat des be-
 züglichen Landes und dem Staat des be-
 züglichen Landes beinhalten. Man kann
 beinhalten

Dennoch einverstanden, daß diese Handelsverträge auf
den damaligen verhältnismäßigen und goldenen-
schnittlichen Bestimmungen nicht ferner bestehen kön-
nen, und die Königlich Preussische Regierung die-
sen Umstand ab, daß diese Regierung die-
sen positiven Abstellung unter dem Handelsverträge zu
bestimmen, daß wegen der Größenschiede
zwischen der Regierung die Handelsverträge nicht
mehr an dem Abkommen der Zoll-Verhältnisse
werden eingehalten werden, wegen dem die
Abstellung dieser Verhältnisse mit in die Königlich
Preussische Handelsverträge eingeleitet ist.

Nicht minder wurde bei dieser Gelegenheit an-
gemerkt, daß für die Regierung Preussische Abkommen
zum Jahre 1833 nicht eigentlich handelsver-
tragsmäßige Zollbegünstigung vergraben werden soll.
Man war einverstanden, daß diese Begünstigung
sowohl durch den neuen Vertrag aufgehoben sei; je-
doch übereinstimmend die Königlich Preussische und
Preussische Handelsverträge, daß diese Re-
gierung ab zu bestimmen, daß die Königlich Preussische
Verträge und Preussische Handelsverträge zu allen
Verträgen noch auf dem Wege der Begünsti-
gung aufzuheben geneigt werden.

§ 3. Zum Artikel 3 des Vertrags.

Die Preussische Handelsverträge, welche unter diesem
zum Preussisch-Preussischen Zollverein gehört haben,
nach künstlich zum gemeinsamen Gesamt-Verein ge-
hört können, sind bereits in dem Abkommen V zum Lan-
dener Protokoll vom 31^{ten} Oktober vorigen Jahres
angegeben, auf welche der Preussische Handelsver-
träge sich bezieht. Zugleich aber gab der
selbe in dem Abkommen, in dem letzten Artikel die-
ses Artikels auf, daß man eine vollständige
über die neuen der Handelsverträge Handelsverträge
mit

Königlich Leuzenburger Seite sind abgesandte Ent-
schlossen, auf welche nach der jetzigen Gestalt
des Gesamt-Kommune die Haussteuer dieses Ortes
nach angemessenen Maaßen, nicht vergrößert: und
Königlich Luzerner Seite annehmen zum Zeit
eine befriedigende Abgabe nach gegenseitig. -

§. 4, Königlich Nidwaldenburger Seite werden ferner
nach folgendes gegenseitige Kaufverträge zum
Gebrauch gebracht.

Der kaiserliche Hofkanzler des Reiches, nach-
dem in der Kanton V als nach Zoll-Kommune
geschlossenen, angenommen werden, liegen nun zum
ganzen Heile außer allen Streitigkeit mit
dem Zoll-Kommune, der gewöhnliche Heil Kauf-
bau - das Kunt Wald und einige Entschlossen des
Kunt Sigmaringen - ferner genau mit dem
Kommune-Gebiete zusammen, bilden aber ni-
ma so in der Luzerner Land abgrenzung zum
ge, das in Zukunft das Gesamt-Kommune ab-
wiesensweise sein muß, ferner der
Zolllinie abzugslos, da wiederum die
Grenzbestimmung nach Kosten werden, als die
Landskammer neuer Entschlossen an Zoll ab-
bringen könnte. Obgleich nun auch diesem
Gemeinde bis zu jetzt zum Entschlossen nach Luzer-
nisch-Nidwaldenburger Kommune abzugslos
sein geblieben seien, so bemerkt es dennoch auf
dem mit der kaiserliche - Hofkanzler - Sigmaringen-
burger Regierung ferner abgesprochen
Abkommen, (am 10. April 1828) das je-
nen Regierung der Kunt an der Zoll-Kom-
mune nach der neuen Gesetzgebung der Land-
kammer, der Kunt auf eingetragene in der,
der Abgrenzung von der Zolllinie haben ge-
wisst werden müssen, und die Festsetzung
dieser

Dieser Regulation haben schon die Gefangenen-
sich Regierungen sehr sehr als nicht nachkommen-
digen Bedingungen ihren Anbaurat bezogen. Dem
Zoll-Verwaltung vorgelegt, und dann sehr in so fern
nicht unbillig erscheinen, als jenen Regierungen,
wie ebenfalls den Finanzverwaltungen der ver-
schiedensten Landesverwaltungen und letzten der An-
stalten kein Nachteil, sondern nur nach Nach-
teil durch Nachschub-Verwaltung verursacht.

Weniger aber noch werden die königliche Anstalt-
verwaltungen Regierungen vorgebracht werden
mögen, denjenigen Landesverwaltungen, welche sehr
die bisher ungenutzten Landesverwaltungen treffen,
für privat Regierungen zu übertragen, indem
für dieselben eine andere Überlastung kommen, sehr
jeden im Lande mit dem Verwaltungsbereich
gelegenen Teil des Gefangenenlandes
von der Zollverwaltung zu lassen, was
sicherlich diese Verwaltungskosten, dann für
Verwaltung Regierungen zu bestimmten Landes-
Verwaltung zu veranlassen werden. Und sehr zu
erwähnen, dass die königliche Anstaltver-
waltung Regierungen sehr sehr, nach Lage der Ver-
waltung der Verwaltung nach bestimmten Verordnungen,
den Gefangenen-Verwaltungigen sehr sehr
nicht Zurechnung auf privat Regierungen und
Rückfall auf die Verwaltung ungenutzten Ver-
waltungskosten des Gefangenenlandes von
den Verwaltungen werden. Die Richtigkeit dieser
Angaben ergibt das Verzeichnis der Verwaltung
Verwaltung des gegenwärtigen Protocolls unter
No VI beigefügten Beilagen, und werden
die Verwaltung der Verwaltung Verwaltung
sehr sehr sehr den letzten von der Richtig-
keit der ungenutzten Verwaltung über-
zeugt

No VI mit
Beilagen
a, b, c, d.

In Aufsehung der Leitung des Zollamtes im
Luzerner Kanton ist gewisse dem Königlich
Ministerialrath und Grossenrathe des Kantons
Luzern in Aufsehung auf dem vorgenom-
menen Artikel 2 zum Zoll-Verordnungs-Vertrag
die in dem - unten N^o VII anhängende - beson-
deren Protokolle aufzuführen und Anmerk-
ungen gegebenen worden.

N^o VII

§. 6. Zum Schluss-Protokoll ad Art. 3 des obigen Ver-
trages.

Oben der Zoll- und ständlichen Verordnungen
in dem Königlich Luzerner Kanton Kanton
haben die Königlich Luzerner Kommission
die unten N^o VIII anhängende Urkunde
mit, in Bezug auf welche von Seiten des
Königlich Preussischen und des Kaiserlich Russi-
schen Kommissions der vereinbarte Wunsch ge-
äußert wurde, daß die im Aufsehung des ge-
meinen Handelsverkehrs vereinbarten in-
nen Handelsverträge, insbesondere die An-
ordnungen des Zollamtes - Administration, nicht
mehr eine solche als die im Allgemeinen-Verord-
nungs-Protokoll - Administration, sondern als irgend
welche eine im Kanton Kanton möge vereinbart
werden, wegen dessen jenseitig auch nach Verab-
reichung seiner Bevölkerung eine in der Verwaltung
des Landes und des Zollamtes gewisse
sich Preussen, Sachsen und dem Allgemeinen-Ver-
trag werden nicht werden können.

N^o VIII
A. B.

§. 7. Auch auf Vereinbarung und Aufsehung des
offenen Artikels 4. und des dazu gehörigen Super-
vertrags Artikel 3, wobei diese vereinbarten Passen
des Schluss-Protokolls Bezug hat, sind gewisse
Bücher bei den Verhandlungen über die Aufsehung
des Zusatz-Artikels vom 31^{ten} Oktober
sonstigen Zusatz seine Stelle finden.

Gian

No. IV.

Hier oben scheint es nöthig, den Unterschied zu
angeben, welche gewisse den Königlich Würt-
tembergischen und den andern Hannoverschen
Regierungen über die Antike nachgeordnete Re-
gierung beibehalten hinsichtlich und Abänder-
ungen in der als Staats-Regierung publizierten
Zollordnung, insofern in dem Zollkatalog, an-
gegeben ist. Die Ordnung IX enthält die Fakh-
nung, welche den Königlich Württembergischen
Kommissionen gegenüber von den Zollkatalog-
büchern den andern Hannoverschen, bereits
unter dem 24. December vorigen Jahres ge-
stellt ist, um nachgeordnete Kommissionen für
den Fall der Einlösung einer andern, die ein-
gestellten Bedenken nachgeordneten Fakhnung ihren
Staat-Regierung in dem Hand zu setzen. Welche
Kommissionen gegenüber Königlich Württemberg-
ischen Seite aufstellt ist, mag die folgende Or-
dnung X.

No. X.

Die Kommissionen der andern Hannoverschen
den beifolgenden für den Fall, in welchem den
den vorgezeichneten, dass ihnen Aufsicht wird, dass
jane Kommissionen die Bedenken nicht be-
achtet sagen, welche in den nachgeordneten Fakh-
nung wider unterstellt sind: für welchen Fall
dass es ihnen gegen Staat-Regierungen über-
lassen, diesen Gegenstand nach demselben wei-
ter zu verfolgen.

§. 8. - Zum offenen Artikel 7. c. und zu dem gegenüber be-
züglichen Signatur-Artikel 4. 1. -

Die Hannoverschen über gemeinschaftliche
Grundsätze wegen Einwilligung von vordring-
lichen Einverständnisse-Unterschieden und Konsolidation
betreffend, werden die beifolgenden Aufsichten
den Königlich Preussischen Regierung von
dem

IX

Dem Kaiserlichen Hof-Comptrolleur Herrn
Herrn Johann, Ministerialrath Kleinschrodt,
in dem unten N^o **XI** verhängenen Abtuns-
sachverhalt, nachfolgend, dem Kaiserlich-
lich Hofischen Commissarius, Hauptmann Anton
Meisterlin dem unten **XII** verhängten P. M. hat
nachfolgendes beschehen.

No XII

Die Kusteln des Commissexions vermin-
gen sich in folgenden Punkten:

- 1, Daß es unmissverständlich sey, Futura oder Provisionen zur unbefristlichen Fortsetzung oder zum alleinigen Debit gewisser Gegenstände des Kunstfleißes nur auf wirklich neue und eigenthümliche Leistungen oder Erfindungen; auf die Entdeckung und Ausarbeitung schon bekannter Leistungen und Erfindungen nur dann, jedoch nur in sofern zu Theil zu werden, als es sich dabei um neue und ursprüngliche Verbesserungen - Zolt. Manusk. bekannte Leistungen handelt; -
- 2, Daß ferner die unbefristliche Dauerleistung, welche aus der Fortsetzung eines Futurs nach dem neuen Manuskript ausfließt, sich über die Grenzen derjenigen Anzahl hinaus erstreckt, nach welcher die Dauerleistung abgelaufen ist, nemlich - selbst nicht unbegränzt sey, daß jedoch der Nutzen des Futur-Zusatzes auf Fortsetzung des Futurs über andere Manuskripte, möglichst Rücksicht zu nehmen sey;
- 3, Daß keinesfalls über den in einem Manuskript-Akte Futuristat, der Absatz seiner Leistung nicht in den anderen Manuskript-Akten im Auge gefaßten Concurrenz steht, als auf dem Grunde eines abgelaufenen Futurs ein neues Futuristat, und in sofern der concurrenz

hündigste Einsicht nicht ungenügend konnte, daß
letzteres im Einklang mit der Bestimmung
zu 1 nicht sei, weshalb sich das gegenseitig
verneinen könne.

Die Commissionen konnten nicht, daß das Verhält-
nis dieser Art eine förmliche - im Wege der Ge-
satzgebung angeordnet werden können; sie hatten
aber gesehen, daß auf diesem Wege das gemeinsame
Ziel zu erreichen sei, namlich in der beschriebenen
gesetzlichen Bestimmungen, wie sie förmlich an-
geordnet, die Umsetzung der obigen Grundzüge in
Verhältnisse zu denjenigen Verhältnissen, welche
das Reciprocity zu über sich verfließen,
festzustellen sind.

§. 9. Die neuen Bestimmungen, welche zum Aufheben
des Artikels 8 wegen gegenseitigen Ver-
trags der Abwesenheit und wegen der
Einrichtung dieser beiden Abwesenheiten an-
geordnet sind, werden nicht, wie es sich
in der Organisation der Zollbestände findet, ihre
Ausführung finden.

§. 10. In Bezug auf die Aufhebung des Artikels 10, der
letztere betraf, wurde von Seiten der für diesen
Gegenstand zugewandten königlichen Leiharbeiter General-
Lehrer und Schul-Administratoren von Wagner,

der unter **XIII** stehende Aufsatz ansetzen, welcher
zum Zweck hat, die Rechte der Leiharbeiter, welche für
das königliche Leiharbeiter Institut und der gemeinsamen
Leiharbeiter ansetzen, welche in einigen anderen
Ländern bestehen, und zum Teil auch seit langem in
der Zeit festgesetzt sind, den festgesetzten
werden sollen, wenn es sich um die gemeinsamen
nicht eine wirkliche Abhilfe geschaffen werden
kann - Die Notwendigkeit einer ständigen Ein-
führung der gemeinsamen unter diesen Artikel

sub

XIII

sub g vorbehaltenen Entscheidungen fangelei-
hat werden.

Seitdem das kaiserliche Kommissionsministerium in
seiner hiesigen Sitzung, daß jene Befehls-
ung auf Grund der überall keine Entscheidung
finden können, weil das Kaiserliche im kaiserlichen
sehr sehr, als in der unteren Kommission,
daß man nicht nur sich gegenseitig vorbehalten
müßte, ein Kommando auf Aufklärung des Vor-
falls im Art. 10. g. und die kaiserliche Legation
Beynahme zu leisten, falls undem im kaiserlichen
Legation des kaiserlichen Familien nur nur ein von
nicht geringen Kaiserliche eine Entscheidung
auf Grund der, natürlich werden sollte.

Seitdem nun das kaiserliche Kommissionsministerium
in Betrachtung des kaiserlichen Kommissions
hat, daß das Kaiserliche im Art. 10. g. nach
eine viel weitere Entscheidung, als sich ergibt
werden, erhalten habe, da in der jungen kaiser-
lichen Kommissions, also nicht bloß in der kaiserlichen
gegen Legation, die Substitution und der
Kaiserliche auf der kaiserlichen Legation der kaiser-
lichen Befehl befohlen sei.

Nicht minder erklärte das kaiserliche kaiserliche
Kommissions, daß für das kaiserliche Kommissions
unabhängige Befehl bereits durch den kaiserlichen
von Zoll-Vertrag mit Kaiserlichem vom 25. Mär-
z 1831. (in der kaiserlichen Legation im Legation-
Artikel 5 des Vertrages vom 22. März 1833 von
namentlich in der kaiserlichen Legation und kaiserlichen
werden sei.) die vollständige Entscheidung anse-
hen habe, und auf der kaiserlichen kaiserlichen Kom-
mission zu zeigen, daß nach der Höhe der
kaiserlichen Kaiserliche eine Entscheidung
weisung des kaiserlichen Befehls können
werden

über Organisation der Zollbehörden vorsehen.

(cf:

§: 13. Zum offnen Artikel 13 erklären die Königlich
Sächsischen Landesversammlungen, daß im Hin-
blick auf die eingetragenen Verhältnisse in West-
falen 6: der Zollverfassung zum Zeit vorsehen
geboten, und nun vorgebracht, über-
gibt jedoch - daß der Kaiser der Kaiser-Ver-
sammlung - demnach eine definitive Festsetzung
mit Rücksicht auf die, über Regulierung der Grenz-
verhältnisse durch den Art. 13 der Verträge vorge-
schriebenen Grundsätze zu verantworten.

Westfälischer Seite ist anzusetzen worden,
daß im Königlich Westfälischen Zoll-
Verfassung schon seit dem 1^{ten} Januar dieses Jahres
1: infolgedessen der Finanzverwaltung vollständig
übergeben ist, nicht anders, jedoch - wie sich
wohl von selbst versteht - nach Maßgabe der
Verfassung, wie diese im §: 13 bestimmt ist -
vorbehalten, demgemäß - und nach Ver-
ständigung und in Uebereinstimmung mit der
von der Finanzverwaltung nicht Grenzverhältnisse der
Verträge auf dem vereinbarten Wege vorgehen -
und im Sinne der Verträge zum Voll-
zuge zu bringen.

Königlich Sächsischer Seite ist durch den
der Verträge vom 9^{ten} November 1833 vor-
gezeichnete der Grenzverhältnisse gegen die
Kaiserliche Regierung vorgehen.

§: 14. Zum Abdruck-Protokoll - ad Artikel 13 -

Wegen der letzten Uebereinstimmung der
Entscheidungen über die Lage der Verträge, wie
da nach vorgelegten mündlichen Verhandlungen der
Verträge, von dem Referenten der König-
lich Sächsischen Landesversammlungen der General,
der

N^o XVI.

Der Inhalt N^o XVI auliegende Futuristisches
 Beschlüssigen Bescheidens nengalagt, und als für-
 den sich in dieser Weise zugleich die Motion zum
 Futuristischem und das Beschlüssigen der Beschlüssigen man-
 lüufigen Futuristischem nengalagt.

Der Commissionen nengalagt, dass über die-
 sen nengalagtigen Gegenstand nengalagt-
 liche Futuristischem nengalagtigen Bescheidens ab-
 zugehen, sich nengalagtigen nengalagtigen; für den ab-
 zugehen nengalagtigen, dass nengalagtigen Bescheidens
 nengalagtigen Bescheidens dass nengalagtigen, dass der
 nengalagtigen Futuristischem, in der nengalagtigen der den
 nengalagtigen der nengalagtigen nengalagtigen Bescheidens
 Futuristischem zu nengalagtigen Bescheidens bescheidens
 dass nengalagtigen nengalagtigen Bescheidens nengalagtigen,
 und die nengalagtigen Bescheidens nengalagtigen
 abgehen sich nengalagtigen nengalagtigen.

§. 15. Zum offenen Artikel 14. -

Der die nengalagtigen Bescheidens nengalagtigen
 nengalagtigen - nengalagtigen - und nengalagtigen Bescheidens
 nengalagtigen Bescheidens nengalagtigen zu nengalagtigen,
 nengalagtigen in der Bescheidens der nengalagtigen Bescheidens-
 sion, nengalagtigen in der Bescheidens Bescheidens
 dass nengalagtigen der Bescheidens Bescheidens
 Bescheidens, nengalagtigen Bescheidens zu nengalagtigen-
 gen nengalagtigen Bescheidens nengalagtigen
 nengalagtigen können, zu nengalagtigen dass nengalagtigen
 dass der Bescheidens Bescheidens nengalagtigen
 Bescheidens nengalagtigen, Bescheidens von Bescheidens nengalagtigen
 nengalagtigen nengalagtigen, und der Bescheidens
 Bescheidens Bescheidens zu nengalagtigen.

Der nengalagtigen Bescheidens über die Bescheidens
 nengalagtigen nengalagtigen Bescheidens, und über
 die Bescheidens nengalagtigen Bescheidens, nengalagtigen
 dass der Bescheidens als nengalagtigen, zugleich
 nengalagtigen

aber als eine so gründliche und sorgfältige Vorbe-
 reitung auf das bevorstehende aufzuführen, daß dieselbe
 unmöglich in der Zeit der, von der Holzung-
 Commission zu erledigenden Gegenstände fin-
 nen, vielmehr eine neue besondere Be-
 rathung sehr nöthig sein würde. Es ist
 mir jedoch sehr sehr der Wunsch, daß bei der
 nächsten Zusammenkunft der Kaiserl. Commis-
 sion eine möglichste Einigung über den
 vollständigen Fortschritt gebracht, und daß
 zu ermitteln, die in einzelnen Punkten
 ungenügende sorgfältige Vorarbeiten ein-
 seitig mitgetheilt werden müßten.

Nicht minder wichtig ist der Wunsch, daß
 darüber, daß die im Riß-Protokoll zu
 dem Artikel bereits erwähnten Zusammen-
 tritt von Landesregierungen zur Regulierung der
 Münzangelegenheiten und zur Vereinigung gemein-
 samen Messungen zur Abstellung der beim
 Abmessen vorkommenden Abweichungen auf-
 gezeichnet sind, steht findenden Mängel, und
 nach baldmöglichst statt finden möge.

§. 16. - Wegen der in demselben Artikel 14 erwähnten
 kleinen Menge des Goldes, welches Goldes
 (von 50 Kilogrammen) als gemeinsames
Geldgewicht, bewilligt der Kaiserl. Kaiserl.
 Commission, daß die der Zeit der Vorberathun-
 gen, welche die Aufstellung der gesetzlichen
 Bestimmungen vorsehen, für die Kaiserl.
 Regierung, davon wegen dieser Absicht nicht bereits
 am 1^{ten} Januar dieses Jahres veröffentlicht worden
 sind.

Das Münchner Protokoll vom 22^{ten} July vorigen
 Jahres dürfte nämlich zeigen, daß die Kaiserl.
 der beim Abfluß der Arbeiten vom 22^{ten} Jan
 und

und 30^{ten} März als verbindliche Grundzüge von
gemeinsamen Zolltarifen, - welche bereits
auf den gemeinsamen Zoll-Tarifen gestellt
wurden, sind im Tabellarischen Verzeichnisse ge-
funden, weil durch die mittelbaren Befreiungen
einigen Zolltarifen gegen den bisherigen gemein-
schaftlichen Tarif in so fern eingetretene Veränderungen,
als das neue Zolltarif und etwa 3% Linsen, so
als das gemeinsame Zolltarif; und weil man sich zu
dieser Befreiung auch den entsprechenden ständischen
Beifall nicht verweigert gehalten hat. Folgt
also, nach dem in den Abtheilungen des gemein-
schaftlichen Zolltarifs (Regierung) und nach ge-
meinsamen Tarifen der ständischen Zolltarife
gegenüber dem ständischen Zolltarif
am 11. März vorigen Jahres als
notwendig bedingt ist - die Abtheilung eines all-
gemeinen Zolltarifs und die Aufstellung eines
neuen auf diesen Zolltarif basierenden Zolltarifs
durchgeführt werden, dann soll man selbst
sicherlich, dass die bisherigen Abtheilungen - Regierung -
gen, welche in Zusammenhang ständischen Ge-
meinschaften gegen die ständischen Befreiungen
nicht schon auf diesem Punkt übereinstimmen
gemeinsamen Tarif Verzeichnisse gefunden
sollten, man selbst für die Befreiung die-
ser Abtheilungen Sorge tragen.

Die Befreiung tabellarischer Befreiungen
dürfte eine materielle Befreiung nicht
und so wenig sein, als es bei den nicht-
ständischen Aufstellung des gemeinsamen Zolltarifs
gemeinsamen Befreiung einander ungeachtet
sind, weil man - man schon den ständischen
3. April vorigen Jahres angegeben - man einen
Übereinstimmung und Abänderung der einzelnen
Sätze beabsichtigt werden.

Abtheilung

Obwohl also das Königlich Französischen Regie-
rung die Konvention darüber eingeseh, daß die-
selbe das Königlich Sächsischen Regierun-
gen Lande anerkennen sollte, welche durch
Protocoll vom 22. July vorigen Jahres das Ue-
rtheil der Vermittelung der Tarif-Unterschiede
angetragen worden ist, und daß auch von
Seiten der anderen Rhein-Regierungen
dieser Lande nicht abzuweichen, sondern
Sich nach der Konvention in der Sache
nicht zu verhalten, und auf der gemeinsamen
Gegenseitigen Lande Tarife eingeseh
werden, und alsdann zur weiteren Verhandlung ge-
stellt werden, von welchem Zeitpunkte ab an, und
daß das Land nach dem Tarif in Anwendung
zu bringen sey.

Obwohl das Königlich Sächsischen sowohl
als das Königlich Französischen Regie-
rung, konnte diese Konvention für jetzt nicht
ad referendum genommen werden, mit der
Zusicherung, daß, wenn sie nicht und andere zu
erhalten, daß das Königlich Französischen Regie-
rung die besagte Konvention über diesen
Gegenstand bald heimlich zu kommen. -

Die Königlich Französischen-Unterstützung und
Großherzoglich Hessische Kommissionen bezeichnen
sich, daß, da in der Königlich Sächsischen
und Württemberg beider das Großherzoglich Hessi-
sche Land - künftige allgemeinen Zollunion -
als Zollunion eingeseh, und der Tarif für
nach gestellt sey, sie vereinbarten, daß auch die
Königlich Sächsischen und Königlich Württem-
bergischen Zollstätten beider mit der Zollunion
vereinbarten und nach dem Zollunion vereinbarten
seyen, oder sonst dies nach nicht der Fall,

der

Sie bald stündlich mit letztem Ansehen von
den Wunden, damit die Abwägung der Zoll-
pflichtigen Gegenstände, unmittelbar nach der
dem Ganzen gegeben kann, und dass ferner die
ihnen gesetzlich mitgetheilten Anordnungen
das Angelegenheit auf das neue Zollgesetz, und
zum Vergleich mit der Lösung des Publicums
und zum einflussreichen Gebrauch bei der
Zollstellung bestimmt seien.

Diese Anordnungen und Aufsicht werden
von dem Königlich Preussischen und Königlich Säch-
sischen Ministerium als richtig bestätigt.

§. 17. Auf die Abwägung deselben Artikels 14
gibt zu Anordnungen Anlass, bei welcher man
sich gegenseitig von der Festung dieses Artikels
überzeugt, dass die Gold- und Silbermünzen,
welche innerhalb der sämmtlichen Handelskreise
den Gegenstand sind, - mit Ausnahme der Preussischen
Münzen - nach ihrem gesetzlichen Cours, d. h. nach
demjenigen Markt, zu welchem dieselben in den
verhältnissmässigen Zustand des neuen Marktes von-
genommen werden, bei der Zoll-Entscheidung,
eben wie die bei diesen - überall verglichen
man werden müssen, und dass bei der Reduk-
tion der Gulden auf Gulden und Marktschilling,
und das Verhältniss lautet sein kann, welches
dem Kaiser selbst zum Grunde liegt, und was
nach dem Preussischen Gulden $1 \frac{3}{4}$ flör. gleichgesetzt.

Die unter XVII. XVIII. fassende Anordnung verliert
in Gabeln ist nach diesen Grundsätzen beauf-
tragt, und wenn in letztem die Abwägung
der Goldmünzen der Handelskreise von-
misst wird, so findet dies in der letzten Be-
stimmung, nämlich unter Nr. 17 des Handels-
Protokolls vom 3. April vorigen Jrs, und diese
minuten

Nr. XVII. XVIII.

mindestens seinen Grund, daß eine gesetzliche
Küffnung, in welcher die Goldmünzen statt die
bezug angewiesen, in der Maßzahl der
Küffnung nicht besteht.

§: 18. Die Konvention zum Artikel 15 des offnen
Kontakts mit besondern Rücksichtnahme auf
die fingen gesetzlich Abenden im Konvent-Artikel
7 und im Protokoll vom 22. März 1833 betref-
fend, wurde

N^o XIX.

a, Königlich Preussischer Reich der sein unter
XIX angeführten Auszug aus der allmählichen
Lubinski-Verordnung vom 18. November 1833 über-
nommen, und auf solche Art die mündliche statt finden
der Befahrung der Schiffsfahrtabgaben auf dem
Rhein und auf der Mosel vereinigen;

N^o XX.

b, oben so wurde Königlich Preussischer Reich
die fingen unter XX befragten Angelegen-
heiten die zum Zeit üblige Gebühre-
befahrung auf
dem Preussischen Rheingebiete zum Abensicht
produziert, nach Konvention zum IV. Abfassung
des Zolltarifs und in Gemäßheit des Protokolls
vom 31. Oktober 1833;

c, Fassen kann die Konvention des im von-
genannten Protokoll vom 22. März 1833 König-
lich Preussischer und Königlich Württembergischer
Reich gemäßen Abensicht wegen Konven-
tion des die Befahrung des Kontrats
gemäßen der Konvention vom der Schiffsfahrt-
Abgaben auf dem Rhein und dessen Nebenflüssen
dieser Angelegenheit durch die Königlich Preussischer
und Königlich Württembergischer Konvention
nicht mündliche in der Angelegenheit.

Der Großherzoglich Preussischer Kommission bannet
im unter Befahrung der Konventionen, welche
in Absicht auf die Rhein-Schiffahrt gemäßen der
Großherzoglich

Großherzoglich Großfürstlich und der Königlich
Preussischen Regierung wegen gleichzeitiger
Besendung derjenigen überreichlichen Akten
stelt gefunden haben, die unter der Aufsicht des
Preussischen Raths nach dem Übergang, nicht
jeden, welche in der Königlich Preussischen Hof-
und städtische Abfertigung aufstehen:

Dass es amüßigst sei, nachfolgend den nach
abschließender Verhandlung über diesen Dis-
kussionen, und unter dem Vorbehalt des Rück-
tritts in dem Falle, wenn Ausländer und Han-
delungen mit dem Rheinischen - Konvent über
die vorliegenden Verhandlungen des Art. 32 der
Rheinischschiffahrtskonvention nicht möglich sein sollte,
den Vertrag seiner Regierung zu dem in
dem Flüß-Protokoll vom 22. März vorigen
Jahrs aufstehenden Verhandlungen zwischen
Preußen, Baiern und Württemberg und dem
Großherzoglichen Kurfürst von dem Rheinisch-
schiffahrt auf der Station Mainz zu erklären;
woraus in dem Falle, in welchem nach dem
Schluß-Protokoll vom 22. März 1833 gegen-
seitig durch den Schiffahrts-Abgeordneten steht, findet,
und die Befestigung von dem Großherzoglich
Großfürstlich Kurfürst von dem Mainzer Rheinisch-
schiffahrt mit Vorbehalt der Recognition-Gebühren ein-
setzen, und dagegen die Gegenstände des
sogenannten Handels des Großherzogthums und
die vorübergehende Befestigung von dem Schiffahrts-
Abgeordneten der unteren Rheinischen, der-
gegenüber haben werden.

Weshalb man sich immer vollständig zu dem ein-
wandelnden erklärt hatte, dass die Abhandlung
welche in dem Flüß-Protokoll vom 22. März
1833 aufstehen ist, immer noch und der Groß-
herzoglichen

Langzeitigen Hessen in den nachstehend beigef-
 ordneten Weise zu bezeichnen, und dass in den Fällen
 in welchen eine Befreiung von dem Grossherzog-
 lich Hessischen Ausschuss von dem Mainzer Rhein-
 zoll eintritt, auf die Befreiung des Rheinischen,
 befreibaren Landes Rheinischen Ausschuss von dem Rhein-
 zoll der Station Mainz im Verhältnis müssig,
 werden zum Hauptzoll nicht befreibaren Lande
 der zugehörigen Abgaben - Freigabe zu Gunsten
 von Mainz, welche nicht zum Zoll - Hauptzoll
 gehören, der Hauptzoll zugehört, dass die
 Befreiung vom Rheinisch zoll nur für die zugehörigen
 Pässe und dann Leistung zugehörigen werden
 soll, welche mit dem Hauptzoll des Rheinischen
 Hauptzoll unmittelbar, und dass diese Rhein-
 zoll im grossherzoglichen Ausschuss steht
 gefunden hat, fortzuführen.

Neuzeitlich werden folgende bemerkt, dass
 nach dem bei den Abrechnungen über den Rhein-
 zoll vom Jahre 1831 zu Gunsten geltenden Verhältn-
 nisse von dem Mainzer - Befreiung befreit sind:

a, bei dem Hauptzoll

Das Großherzogthum Hessen mit	67 Thaler,
Das Königreich Preussen mit	27. "
Das Herzogthum Nassau mit	80. "

Zusammen... 174 Thaler,

b, bei dem Landzoll:

Das Großherzogthum Hessen mit	697 Thaler,
Das Königreich Baiern mit	123. "
Das Großherzogthum Baden mit	92. "

Zusammen... 912. Thaler,

und dass demnach in Fällen, in welchen die Befrei-
 ung von dem Grossherzoglich, Rheinischen und Landzoll
 Ausschuss von dem Rheinisch zoll der Station Mainz
 eintritt, dieselbe nur noch zu bezeichnen sei:

a, bei dem Halbschat ... $\frac{80}{174}$ -

b, bei dem Langschat ... $\frac{92}{912}$ -

Der Conventionenmäßigen Räte.

Der Großherzoglich Großfürstlich Regierender soll
es überlassen bleiben, zur Festsetzung der
Lohnsumme im Falle a, statt $\frac{80}{174} - \frac{1}{2}$ und

im Falle b, statt $\frac{92}{912} - \frac{1}{10}$ der Kon-

ventionenmäßigen Räte zu setzen, und sich mit
dem nicht zum Rande gehörigen Rheinischen
Kanton wegen dem Entschle von dem Rhein-
zinssetzung des Rheingolds vereinbaren; Jedem
sollte sich jedoch nur selbst zu versetzen, daß -
wenn sich einem bereits statt gegeben oder
künftig noch stattfinden kann, die dem
Kanton und dem Rheinischen Räte für die
Verpflichtung des Rheingolds von dem Rhein
(Mainz) und die betheiligten Kantonen
angehen sollten - Demnach wird eine Modifi-
kation in Aufhebung der vorigen Festsetzung kommen -
Der Entschle nicht mehr müßte.

d, eben so würde in Aufhebung des Rheins die Hoff-
nungkeit der Festsetzung unter Hinweis-
ung auf das Protokoll vom 22^{ten} März 1833
von Anton Bayerns und Württembergs Landtag.

Hierauf bewilligt der Großfürstlich Großfürstlich
Landesminister, Oberkammerdiener Meister-
lin, daß er nun seinen Regierenden in Bezugung
auf den Rheingold zur Abgabe der nach-
folgenden Erklärung anzuweisen hat: Zu-
wieweil es nicht anders als notwendig erscheint
sagen, daß Regierung der Kantonen bestanden
den Rheinischen Räte-Abgaben Langschatte statt
finden, daß das Recognitionsgeld, als Rhein-
Rheingold, von dem eigentlichen Zoll-Abgaben getrennt
werden, damit feststeht, welches Gegenstand die
sind

sich in Folge seiner Handlung betraf. Es war demnachst die Absicht der kaiserlichen Hofkammer (Kammer) gewesen, den bei der Kammer liegenden Befehlungen nachzukommen und demnach die Einkünfte der kaiserlichen Hofkammer zu regulieren, indessen habe man sich wegen der Kammer befürchten Handlungsfähigkeit nicht getraut, irgend eine Abänderung zu treffen; man wolle daher um so lieber den auf sie eingeworfene, den bisher aufgenommene Mißhandlungsfähigkeit abzuheben, als sich selber ein durch eine nicht unbeträchtliche Forderung zu verurtheilen lassen.

Es ist zu wünschen, daß die hiermit gleichzeitige Regulierung der Zollentferte, welche für die und die Hofkammer bestimmt wurde, zu der Hofkammer nicht als ein Wunsch zu verzeihen, sondern den Fortgang der Sache in Folge der kaiserlichen Handlungsfähigkeit nutzbringend sein solle; unbekannt dürfte es aber sein, daß nicht bekannt, daß es wohl im gemeinsamen Interesse liegen müßte, daß bei einer Regulierung der Einkünfte, namentlich in der Einkünfte der Hofkammer und der Hofkammer, Einkünfte gegen Einkünfte und Ausgaben gegen Ausgaben zu stellen werden können.

Man stellt jedoch die Regulierung der Einkünfte der kaiserlichen Hofkammer aber so bereit als möglich, auf die weiteren untergeordneten Handlungen mit der kaiserlichen Hofkammer Einkünfte einzuführen.

Der kaiserliche Hofkammerpräsident, im Auftrage mit der Hofkammer der kaiserlichen Hofkammer Präsidenten einen Stand, hat insbesondere den darin liegenden Handlungen

Wassflüssen wegen veränderten Laufes der-
selben Abzweigung sein.

Der Königlich Preussische Landrathsrath
bekundet, daß es wohl in den allseitigen Ab-
sicht liegen dürfte, jene Entscheidung des Re-
kognitionenbaldes von den eigentlichen Zahlungser-
be möglichst bald zu beenden, und daher vor-
sichtlich eine Fortsetzung der vorliegenden An-
gaben seit dem 1. März d. J. an, daß
für diese Fortsetzung der Monatsabrechnung
nicht, sondern sich mit den Preussischen Finanz-
minister und Rekognitionenbald an-
geben. Zu diesem Zweck soll es nun an-
stehen, eine Zusammenstellung aufstellen zu las-
sen und abzugeben.

Der Einsamplig hochtorige Lammieken-
to, der Sie mit Dank und ungünstigen
sagen, und der gemachte Konflikt soll gering-
er sein müßte, bald zu einem aufeinander
Ziele zu führen.

Der Großherzoglich Großfürstliche Sammlungs-
Kabinet ist damit einig, einen öffentlichen
Lohn zu geben, daß ein zu veranlassung
der Einweisung der Pfingst-Gefälle und Re-
cognitionszahl von der Pfingst-Kasse zu Mainz
bei der Kasse der Gutachten für die
an der Kasse ein für die Aufbringung eines
solchen Zusammenstellung der Kasse werden.

Königlich Preussische Seite wurde in der
nächsten Gemüthsart eine Anerkennung
zu der Hoffnung, daß dieses Gegenstand der
gemeinsamen Definition baldigst be-
tragen werden dürfte, abgibt, und diese an-
zunehmen, daß in kürzester Zeit weitere
Beschlüsse erfolgen dürfte, und einen so wichtigen
Punkt zu erwähnen.

No. XXIII.
2. a. b. -

größten Bantam (Hinsicht) zufolge, eine vollständige
über das Konfession mitgeteilt, und
das ferner in der Provinz beobachtet wird.
Die Abgabe **XXIII** summt Abgaben von be-
trägt ferner das Meiste.

Auf den Grund der Provinz Abgaben mit
nichts mehr sich - nach vollständiger
das Provinzial - Gesetz, das die Provinz-
nichts - Abgaben in allen Provinzialen
am 1. Juli des Jahres 1834 erfolgt, und
das Resultat in der Provinzialen
den Provinzial - Einheiten in der Provinz
Lage und Abgabe der Provinzialen
Lage mitgeteilt werden sollen. Die Re-
sultate der Provinzialen - Abgaben
werden ferner von der Provinzialen
Einheit für das Jahr 1834, ein ab-
weisig für die Jahre 1835, 1836 und 1837
zum Grunde zu legen, und am 1. Juli des
letzten Jahres, sowie ferner man
Abkehr jedes 3^{ten} Jahres eine neue Pro-
vinzialen - Abgaben zu sammeln, so-
wie die Provinzialen - Einheit für die 3
folgenden Jahre im Verhältnis zum Grund-
Lage stehen soll.

Wenn aber der Fall eintreten, daß auf
den Grund der im 20^{ten} Provinzialen - Abgaben
ausstehenden Regulationen im Laufe des Jahres
1834 nicht genügend Grundbesitzungen zu
zahlen Provinzialen in der Provinz
werden, dann soll hierauf auf Seiten der
Provinzialen Abgaben, welche diese Pro-
vinzialen in der Provinz sind, der Grund
für die Provinzialen auf der Provinz
Besitzungen und mit Zustimmung der Provinz
zufolge

Der Kunig über die Einheitsfischen Meiningen
wird bei der Kanton Hanau aufbewahrt worden
wird als Leihgabe XXI dem gegenwärtigen
Protocoll beigefügt.

Sympflich voran fienig und Ueberf der Layen
 nung im Lager. Artikel 7 zu 6 nach der
 Wurf grüßend, gelagert und über die
 Flügell. der Mustern und - fahung in
 und der Lagen und - fahung in
 Salzach zu: nung Ueberf zu nung.
 Königlich Kuffische mit nung die nung
 nung am 25. Junius 1796, die nung
 fchiffliche. nung zu nung Ueberf
 nung, nung.

§. 19. Da im Artikel 18 das allgemeine Verbot der
verfassungsmäßigen Grundstücke, welche ihren Besitz
nach der verfassungsmäßigen Verfassung der
höchsten großen Einkünfte zu einem anderen
und anderen zum Einkommen eines Mitglieds
der Reichsversammlung, und anderen ab dem
zum Einkommen der Provinzen und anderen
in einem Einkommen der Provinzen und anderen
müssen, und einen unbeschränkten Einkommen
in Einkommen. Der Gesetz und der Einkommen
dieser Einkommen ist in den Artikel XXI be-
zogen. Registriert am 23^{ten} Januar dieses
Jahres eingereicht; im Einkommen steht ein
Einkommen eingereicht und andere, und andere in
Einkommen der in den Einkommen be-
stehenden Einkommen eingereicht oder andere
müssen sein.

S: 20. zum Antikal 22.

Staben des Konfessions bey den parochialen
Konsensum den Leinwäldkammern, nördl.
Königlich Pörschischen Tisch, den Einsatz
gründlichen

jüngsten Geburts- und Heiraths- und
verheiratheten Stande zum Grunde gelegt,
und diesen die Lebensversicherungs-Verpflichtungen der
verheiratheten Versicherungsnehmer, wie sie sich aus den
verheiratheten Versicherungsnehmer mit gleichen
Lebensversicherungen der seit dem Zeitpunkt der
Versicherung nachweisbaren Versicherungen nicht
entweder gegenübergestellt werden.

No. XXIV.

§. 21.

Die Rubrik XXIV regelt das Verhältniß über
diese Versicherungen.

Ob die in dem Artikel 22 zu 2, vor-
gesetzten Versicherungen über diesen ge-
meinsamen Versicherung anfolgenden Veran-
lassungen und Vermögensgegenständen besteht,
als nachstehend:

Die Rubrikversicherung für die Versicherungsnehmer,
die Lebensversicherung für die nach dem Ver-
bunde angeordnete Versicherungsnehmer,
die Lebensversicherung für angeordnete Versicherungsnehmer,
und einige andere Personen; so sind die Ver-
pflichtungen der Versicherungsnehmer, die Versicherungsnehmer be-
traffenden Bestimmungen nachstehend
geordnet.

(: cf.

Es würde ferner, als keine Lebensversicherung
eingetragen, sondern, daß die in dem Lebensver-
sicherung nach 3. April am 1. April 1871
Versicherungen, von dem Versicherungsnehmer-Ver-
sicherungen in dem angegebenen Falle und im
dem jetzigen Lebensversicherung der Ver-
sicherung ferner ferner als Lebensversicherung
gesetzlichen Bestimmungen des Versicherung-Ver-
sicherung ferner ferner der notwendigen Ver-
sicherung gegen die Versicherung der Versicherungsnehmer-
versicherung. Diese Personen sind:

1, wie Artikel 1. b. jense Protocolls; Die fünf
Grafen aingelassen Ländereien oder Substanz
gehören zu bewilligenden Vermögensgegenständen, oder
den Umständen nach eine geringe Anzahl für
sich von Massiven oder Massivsubstanzen,
namentlich, daß die Bewilligung eine solche
für Massiven und Massivsubstanzen betriefft, welche
in dem betreffenden Handelslande unter-
kommen sind, oder namentlich nicht in gleichen
Größen gefertigt worden können, oder daß
sich die gegenseitig billige Bewilligung
nicht auf die gegenseitig billige Bewilligung
bezieht, was ein bewilligtes Ver-
einbarung zu liefern im Handelswesen, wie
geflochtenen Fäden sind. —

2, wie Artikel 4 zu A und b. jense Protocolls
die dort erwähnten angegebenen Gegenstände
für die fünf von bewilligten Substanz-
substanzen.

3, wie Artikel 6 die Bewilligung der fängenden
Lutgers für Bleibstoffe (Lithium) zum
Brennstoffe = Substanz.

4, wie Artikel 10, die Zollbewilligung von
sich selbst und Stoffen für Substanzen.

5, wie Artikel 11 die Zollbewilligung für
eingeführte Stoffe, eingeführte Gegenstände.
Der gegenwärtige Absatz wird ein
Auszug von dem betreffenden Artikel jense Pro-
tolls unter XXV sein begünstigt.

Ne. XIV.

§. 22. Alsdann wurde demgemäß beschlossen, daß
auf dem Grund der im Entwurf der fängenden
Entscheidung für englische Ländereien im Münchener
Conferenz-Protocoll vom 22^{ten} July 1833 unter-
zeichneten, im Londoner Abschluß-Protocoll vom
31^{ten} October erwähnten Verhandlung
ansicht, welche von demnächstigen Fäden
Abhandlung

Dasjenige mit Zugießung auf die im nächst
 vorstehenden Protokolle aufgetragene Ausführung,
 in einem mündlichen Gutachten dergleichen
 Entschlüsse zu begreifen, wodurch
 der übrigen vornehmlichen Angelegenheit ge-
 gen jede Befugnis möglichen Mißbrauchs ge-
 wahrt werden könnte. Diese Maßregeln
 sollten sich nämlich auf gewisse bestimmte Sachen
 des Landes für Akten, Urkunden, Lehen-
 urkunden etc. beschränken, die hienach selbst
 unter Zugießung mehrerer Zurechnung
 und Befugnisse dergleichen gegen die be-
 zogen betreffenden Zoll- oder Quell-Verordnun-
 gen Conti eröffnet, dann unter ständigen
 Entschlüssen der Kräfte solcher Gewerbe:
 die Rückgängigkeiten festzustellen, Mißbrau-
 che der Zugießung aber nicht der von
 dergleichen Befugnis mit Zugießung dergleichen
 Befugnisse auf Zugießung beschränkt werden.
 Die königlich preussischen, königlich säch-
 sischen, kurfürstlich und großherzoglich badischen
 Landesverwaltungen vereinigen sich jedoch in dem
 Beschlusse, daß eine solche Entschlüsse, wie auf
 die in Berlin erfolgten sächsischen Gutachten un-
 ter Zurechnung setzen, Einverständnis möglich sei,
 übrigenfalls würde es wohl nicht in dem Absich-
 ten der königlich preussischen Landesverwaltungen
 liegen, anderen Landesverwaltungen, welche auf
 der genannten Befugnisse der Akten-
 zugießung sind, daß dergleichen im Ueber-
 gange dergleichen eine solche Zugießung
 für die Akten etc. unmöglich sei, wie gegen-
 ständige Befugnisse dergleichen, und
 im Falle der Gewährung einer solchen
 auf dergleichen, dergleichen gegen die
 Befugnisse

nationalisierung eines Meusemayer'schen Plans
 zu kommen, nicht zu vergessen, daß
 unter dieser Voraussetzung stehen wir
 nicht länger in einem Meusemayer'schen
 System stehen müßten, welches den Ein-
 stand nicht übersteigert, da wir Bayern
 für den Fall eines auf politischen Reformen
 seiner Verfassungen zu sein zu ge-
 wöhnlichen Verfassungen zu bestanden sei-
 en; obgleich wir nicht eine einzige fa-
 ssumption finden, daß diese politischen
 Einträge als erfolgreich dargestellt.

Königliche Gränze und Grenzgränze mittheilen.
sich übereinanderzusetzen, sondern, glaubten die Kön-
iglich Preussische Commission in der That zum
Zeit verfahren zu können, daß es der Königlich Preuss-
ische Regierung unbekannt bleibt, im Hin-
blick auf die eigenthümlichen Fabrications-Verfah-
ren und zum Konstruction specifischer Abmessungen,
auf geistliche Regierung angewandten Gesetze-
nungen in dieser Beziehung zu geschweigen, über-
haupt den Ausspruch auf Abweichung der Länge-
stimmung durch Leistung der Gesamtheit der Arbeit
zu vermeiden, wenn nicht nach dem Uebereinstimmen
der Experten sichergestellt werden kann, daß die
Messung beim Uebereinstimmen nicht ausfällt;
sondern, daß die Uebereinstimmung sich auf die
Messung nicht widerspricht; und nun im An-
schluß an das hierüber in der Anlage I zum
Berliner Protocoll vom 31^{ten} October nachgefolgten
Lamark's, der Messung und die Uebereinstimmung
widerstehen:

Esß zur Vermehrung immer mehr
von Laublingen von Kisten der Substan-
zen in und von Kastenbäumen, der Lüge-
nisten.

nischen Substanten mit Langheben, und
für gewisse Besetzung zu bestimmten An-
gelegenheiten nicht abgegangen, und
öffentliche Bekanntmachung fürwahr
den werden möge.

Im vorigen Jahres da der Königlich Bayerische
Regierung wird ab und zu sich befinden, die Be-
setzung von für solche Substanten bestehen zu lassen,
welche ihren Gütern nach manigfaltig nichtausbleiblich
und angestrichen waren gemacht sind.

Die ersten und letzten Königlich Bayerische
Landesregierung mit dem von Bayern gemein-
schaftlich ebenfalls in Aufsehung genommen, so-
wie in diesem Falle ebenfalls Aufsehung gleiches
Ort und die übrigen Landesregierungen von selbst
für ihre Regierungen als gesamt versehen zu
können, vorsehen.

§. 23. Zum Artikel 23.

für unversandene Handhabung über die Regierungen
Mussgaben zu treffen, unter welchen Angele-
genheiten für Gemeinheitsangelegenheiten fürwahr den
Anwesenheitsregierungen, welche nicht in den Zellen-
satzgebung selbst begründet sind, für gewisse
Besetzung der einzelnen Gemein-Regierung be-
steht werden möge, für den Artikel der Königlich-
Commission wegen der zu konsolidierenden
lokale Justiz, welche sich in der Gemeinheits-
verwaltung, nicht getroffen werden können. Es ist ja
auch der Königlich Bayerische Commission sich
insbesondere der Königlich Bayerischen, dass man die
gleichsam gemeinsamen Local-Justiz in der
Fälle, wo davon Angelegenheiten aus gewissen
Mitteln übernehmen werden wollen, sowie je-
denfalls werden, und auch die Gemeinheits-
regierungen möge, ob die vorerwähnten Local-
nicht nicht und nicht minder bedenklich und
zu

zu Sanctionen genehmigter Akte, als durch
Königliche Verfügungen in der Kaiserlich-königlichen
Zentralstelle; und dass, was im einzelnen Falle
eine solche Königliche Verfügung bewilligt worden,
darüber jede öffentliche Bekanntmachung mög-
lichst wannmöglich bleiben; nicht minder werden
als dem Kaiser die Vorzüge ausgesprochen un-
erkannt, dass solche Königliche Verfügungen nicht zu be-
stimmung der Entscheidung und der Ver-
kennung, welche Angelegenheiten der Kaiserliche
sind, gemacht werden sollen.

§. 24. Zum Artikel 24 nach dem gesagten Separat-
Artikel 9 und Schlussprotokoll, unter Hinblick zu-
gleich auf die unter dem Namen Ministerium in dem
Kaiserlichen Verordnungs vom 30^{ten} März aufbe-
halten Artikel. —

Wegen der Befreiung für die Kaiserliche
Mittheilung von Seiten der unter dem Namen
Ministerium genehmigt werden, bezug auf die Kaiser-
liche Kaiserliche Verordnungen auf die Kaiserliche
Bekanntmachung der Kaiserlichen Kaiserlichen
Ministerium vom 4^{ten} December vorigen Jahres, wel-
che in der Sammlung der Gesetze und Verord-
nungen für die Kaiserin im 28^{ten} Stück des näm-
lichen Jahrgangs unter Nr. 58 erschienen, und
zur Einsicht genehmigt worden ist.

Nach der Kaiserlichen Verfügung in Frankfurt/O.
bekannte der Kaiserliche Kaiserliche Ministerium, dass
die bestehenden Kaiserlichen Verfügungen aus der in der
Kaiserlichen Gesetzgebung befindlichen Kaiserlichen
Ministerium vom 31^{ten} May 1832; die selben vom 1^{ten}
Januar dieses Jahres ab wannmöglichst Abbe-
halten werden, unter dem Separat-Artikel 7 zum
Verordnungs vom 30^{ten} März zu verstehen sein; was
auch zur Berücksichtigung ist, dass das Kaiser-
ministerium

7. Konventionen über das Konsumen bei den
Häusern der und der Zolllinien und in
festen Landabgaben.
8. Das Reglement über die Landbesitzverhältnisse
und, wobei jeder in der Sache selbst
den Reglementen beizutreten wird, daß
den, wenn in der Sache auf möglichste Gleich-
förmigkeit der Behandlung, statt der
den gemeinsamen Samstags in der
Sache, den die Landbesitzverhältnisse selbst,
bedeutend für die Sache und die Sache der be-
willigten Reglementen, und die con-
ditionen der Sache in der Sache. Abgeschlossen
als besserer Zustand zu bezeichnen sind.
- Wegen der Sache auf bestimmte Konventionen
der Zolllinie bezüglichen Reglementen
von, könnte gegen die systematischen
Verordnung sein, den Samstags zu
denjenigen Abgaben der gemeinsamen
Protokolle annehmen werden, in welchem
als für die Sache zu bezeichnen
der Zolllinie sind. Und jeder die
gemeinsamen Reglementen für möglichste
zu einem Stelle zu überführen, sind den
nach folgenden für möglichsten.
9. Das Reglement über die Abgaben-Ver-
ordnung mit der Sache, wobei in
den Fällen der Sache der gemeinsamen
Gemeinschaftlichen der Sache be-
reitet ist, kommt der gemeinsamen
funktion für die Zoll- und Post-Verordnung.
10. Das Reglement über die Behandlung der
Abgaben,
11. Das Reglement über den Export: das
in der Sache bestimmten Zustand,

12. Das Reglement und die besondere Anweisung über die Befestigung der nach bekannten Maßgebungen des Kabinetts eingezeichneten und von der Ministerialverwaltung in diesen Manuskripten- und Fabrikwerken, bei welcher letzteren Reglement, Königlich Preussisch und Königlich Württembergisch sich bezeichnen, und von der Ministerialverwaltung der verschiedenen Manuskriptwerke anerkannt wurde, daß die Befestigung der Zeichnungen sich nicht bloß auf die Messen zu Frankfurt am Main und London zu beschränken haben, sondern auch die Messen zu London, Lissabon, Genua, St. Gallen und Zürich gleichmäßig Anwendung finden konnten, und-
lich.

13. Die besonderen Reglemente über das Verfahren bei der unter Artikel 22 (§: 21:) erwähnten Stempel-Verordnungen und Rückgaben, namentlich:
für die Exekution.

§: 26. - Unter der im vorstehenden §: angegebenen Dienst-Instruktion ist noch zu erwähnen:
a, die Dienstverweisung für die Stempel-Verordnungen,
b, das Gleiche für die Stempel-Verordnungen, zu welchen Königlich Preussisch, dann Großfürstlich und Kaiserlich Russisch Stempel die Stempel ebenfalls nach Maßgabe der im Königlich Preussisch Russisch Manuskripten-Verordnungen vorgelegt, dagegen Königlich Preussisch und Königlich Württembergisch Stempel abweichend die bisher bestehenden Dienst-Instruktionen für die Stempelverordnungen, für die Stempel-Instruktionen und für die Stempelverordnungen zu

N^o XXVI.

zum Einsticht mitgetheilt worden.
 Seitens der Königlich Commission von
 fürnbern unter andern Zustimmung der
 Einseitlich und Groszartiglich Geistlichen Be-
 vollmächtigten, in einem unter XXVI unter-
 ganden Pro Memoria der Natur gestellt und
 eingedruckt herausgebracht worden, die bishe-
 rige Einrichtung, worauf besonders in Lützen
 die Abschlüssen. Gar wohl über die praktischen
 Zellschützbediensteten nicht in der Gärten
 der Zellschützbediensteten liegt, sondern der
 Militär-Communitäten der Zellschützbediensteten
 mannschaften (Zell-Gendarmen) sambe-
 halten ist, bald heimlich aufzuheben, und die
 Gendarmen in ein, der allgemeinen fürn-
 bish-Geistlichen Institutionen aufzufanden
 Dienstverhältnis zu bringen.

Königlich Mühlhamburgischer Rath würde be-
 merkt, daß das bereits in der Abschlüssen
 gegen Lützen aufgefundenen Dienstverhält-
 nis der Zellschützmannschaften bestehe, und
 daß die Einrichtungen, welche Lützen zu nach-
 messen Gleichstellung der allseitigen Dienst-
 Institutionen notwendig sein müssen, wenn
 ohne Schwierigkeit werden getroffen werden
 können. —

Nicht minder erwähnte der Königlich Sächsischen
 Commission, daß nach der angestrichen Aufsicht
 in Lützen, sind der Königlich-Geistlichen Zu-
 stückungen ganz conform Einrichtung in
 Lützen auf die Gendarmenbediensteten festge-
 setzt.

Königlich Sächsischen Rath sind die Motiven, und
 nach der die damalige Organisation, die das
 Dienstverhältnis in Lützen festzusetzen ist,
 die

N^o XXVII.

Die Vortheile, welche diese Inyundation bieten
beurtheilen fort, und die Annehmlichkeiten, wel-
che einem solchen und dergleichen Umgestal-
tung entgegenstehen, in dem unten **XXVII**
enthaltenen P. M. dargestellt werden, mit Hin-
sicht auf jedes der fünf hauptsächlichen
Ansehnungen, das man vermuthet, daß
die Vortheile, welche die Königlich Großbritann-
nische Kirche, nicht in Abrede stellen, so-
wohl und gleich jetzt mit dem Uebersehung
in einem Theile des Königlich des Uebersehung
machen wollen, und nach dem folgenden, welche
sich dabei zu Tage legen werden, werden
in der Folge nachgelesen werden, zumal
sich nicht verkennen läßt, daß eine solche
und im jungen Uebersehung des großen Gesammt-
Ansehnens möglichst überausstehende Inyund-
ation des Königlich-Geistes durch die sehr
großmüthigen Mittel des Königs zu bestän-
diger Beförderung dieses Geistes, ganz besonders
bedeutend werden.

Die Königlich Königlich, Königlich Ländlich,
dem Ländlich und Großbritannisch Königlich
Ländlich, beschreiben sich unten folgenden-
maßen das in einem solchen Ländlichen Ue-
bersehung und in dem sehr dem Juchale
des Königlich Ländlich Ländlich sich
folgenden Uebersehung, daß die so-
wohl Ländlich dem neuen Königlich-Ge-
nichtung in einem solchen dem Uebersehung
besonders geschehen Königlich des König-
nische sehr finden werden, daß die Ländlich-
Geistes Uebersehung des Uebersehung, daß dem
nicht ferner und binner möglichst Ländlich
von dem Uebersehung dem Königlich

mit

mit jenen im Futurste das Geringe anfordern:
bisher Konsumierung möge sonderbar
werden. -

Obgleich die vor angeführte Instruction
über eine gleichmäßige Fassung der nach den
Museum = Artikel classifizierten Manuscripten =
gen über den Museum = Fassung, Art = und Dienst =
genig /: Commercial = Manuscripten /: haben die
Königlich Preussische Commission nach =
halten, daß diese ihre Organisation der Art =
nicht zu dieser Instruction das bedingte man =
zu übergeben ist und den Entschleunigung =
den fürstlichen Mannes stehen zu Fassung
man mitgeteilt werden.

§: 27. Zum Artikel 28.

Obwohl die gleichmäßige Festimmung der
Abkürzungsart der Zolldispositionen und
über die nach Artikel 30, 4. das Abkürzungs =
gleichmäßige Abkürzung der Befolgung =
Verhältnisse bei der gedachten Befolgung, ist
von der Königlich Preussischen Commission
in dem unter **XXVIII** unterzeichneten P.M. auf
die im allgemeinen Futurste das Dienst =
gegenständliche Möglichkeit der bedingten
Abkürzung dieser nach dem gleichmäßigen Abkür =
zation aufmerksam gemacht, und demnach für =
genommen worden, daß sich in der jetzt be =
stehenden Mannesstehen in gleicher Weise,
wie dies bisher in der gedachten Befolgung der Fall
gewesen = in der Befolgung über dem
man die Befolgung bei der bestanden
Dienststellen, wie nicht minder die gleich =
stellung oder der möglichste Konsumierung
in der Befolgung = Verhältnisse sich der =
wegen für die Befolgung und Abkürzung von
gestellten

N^o XXVIII.

gestalteten Leumtun, welche fortan nicht unmittelbar für Beförderung des Gesamtwohls der Dienstbeamten bezogen, als nur wesentliche Bedingung zur Erzielung gleichmässigen Verwaltungserfolgs in Aussicht zu nehmen sey.

Die Dienstpflicht und Gasseingangsliche Gesetze der Communalen stellten diesen Zweck fest.

Königlich Preussische und Königlich Preussische Landbesitzer sind nach: Die Organisationsbestimmungen vom Jahre 1819 über die Bildung der General-Geld-Verwaltungsräte in Preussen, ingleichen die Preussische Verwaltung mit Preussischer Verwaltung im Jahre 1828 über die Leitung und das Geschäftswesen der General-Geld-Verwaltung zur Landbesitzerverwaltung gelangt worden, um endlich die Abhängigkeit zu beseitigen, dass im Preussischen der Einrichtungen bestrafen, welche zur Abhängigkeit des Verwaltungswesens, abgesehen von der Abhängigkeit des Systems der indirekten Steuern und der Verwaltung, Abhängigkeiten nicht zu erkennen sind.

Es wurde ferner Königlich Preussische Landbesitzer, dass dieselben die oben erwähnte Leitung und Aufsicht im Allgemeinen bestanden zu wollen, für ungenügend anerkennen, in einem aus dem Gesetz **XXIX** zu entnehmen fassenden, einige Bestimmungen über die verschiedenen Abhängigkeiten sowie über einige andere Punkte unter dem Leumtun beizufügen, dass in Preussen niemals unabhängig werden, zur Erreichung gemeinsamer Zwecke mit Leitung der Beförderung der verschiedenen Einrichtungen zu treffen, somit die Beförderung

der

N^o XXIX.

theilung und zum Zweck der prozessualen
sich abzusprechen, sowie zur Vorbereitung
der definitiven Entscheidung mit einse,
gen, und durch seine Unterzeichnung bestätig-
t; jedoch solle während der Befehlshandlung
der unterzeichneten Bescheid-Regierungen ein-
und nicht mangelfolgend werden.

Oben die Form der Bescheide und über die
dabei zu beobachtenden Vorschriften, hat man
sich mit Anlage XXX vereinigt.

N^o XXX

Die Kommissionen sind es einhellig dafür-
halten, daß sowohl die Landesregierung der Gall-
besörden mit dem Cantonal-Linien und der
Cantonal-Linien mit der Cantonal-Finanz-
Kasse der sämtlichen Kantonsverwaltungen, son-
nen der unterliche Schriftwechsel zwischen der
Gallbesörden und der bei letzteren re-
sidenten Landesverwaltungen, und die
der Hauptzoll- und Fiskus- (= Zoll-) Kassen
unter sich, und der bei letzteren ver-
setzten Kantonal-Linien, mit einem Wort,
aller unterliche Landesregierung in der gemein-
schaftlichen Zoll-Regelungsangelegenheit im Zusammen-
ge der gesammten Kantone, im Interesse
zur Beförderung des Handels der Handels-
freiheit vereinigen müssen, wobei die Be-
sörden und Kantone sich zur Begreifung
dieser unterlichen Landesregierung, der ein-
stimmigen Rubrik:

" Zoll-Vereins-Sache "

zu bezeichnen haben werden. Wenn die
Kommissionen in diesem Bescheid-Regierungen ist
bereits die unterliche Erklärung abgegeben,
daß diese gemeinlich schon abgeschlossen worden,
und von dieser Erklärung aufzunehmen,

der

Die überausen der Commission die An-
gelegenheit, für den baldigen Aufbruch
zu sorgen. —

§. 29. — Zum Artikel 30 ist bereits erwähnt oben
(§. 27.) einige seiner Gesetze genannt
worden. Aber oben inbegriffen
die Absatz 2 dieses Artikels angeführt, so wird
das hiermit begünstigte Königs-
nomen mit einer ad Art. 40 Fassung
geändert.

§. 30. — Zum Artikel 31. —

Königlich Preussische, Landes Rönigliche
Geistliche Räte, sind der Königlich Preussische
und Königlich Preussische Commissionen
an der Königen Land Röniglichen Justiz-
verwaltung, welche der Königlich Preussische
und Königlich Preussische Zoll-
Kamern abgeordnet sind, nachstehend
worden sind; und es würde darüber noch leicht-
glaubig Commission die Aufsicht über die
Zustimmung, daß diese Commissionen Land Rönigliche
gemeinsame Justizverwaltung ausfüllen können.
Der, wenn sie diese bedeutende Aufsicht gehabt,
im offener formeller Zusammenwirken sind
nachweisliche Gleichförmigkeit der Befehle für
begünstigten Staaten, auf dem Wege der ge-
richtlichen Abklärung die richtige Anwendung
bestehender Vorschriften finden, und Mängel und
Fehler mit abstellen, daß sie oben nur sich zu
möglichen Einsparungen der Landesrenten nach-
sehen, nach gegen die Kamern, zu denen sie ge-
hört sind, die Stellung eines Oberbaurathes
annehmen dürfen. Diese Aufsicht findet
allgemeine Zustimmung.

Zur Begründung der Dienstfunktionen
dieser

Dieser Leutnant, wurde auf den Titel als
"Stamm- (= der Zoll-) Inspektor" ernannt
und zum Kommandanten.

Königlich Preussischer Leutnant zum Königsstuhl und
Grossherzoglich Hessischer Leutnant wurde ferner
auf den Wunsch des Generalen, dass nach bald
auch von dgl. Leutnanten, Leutnanten und Hauptmann-
schaften die in der hiesigen Landwehr von
Preussischer Leutnant abgeordnet werden mögen,
indem es dem allgemeinen Interesse nicht för-
derlich seyn würde, wenn Oberleutnant, die
zur Zeit nur von Preussischer und hiesiger Leutnant
wird, nachfolgende Abordnung solcher Leutnant zu
Leutnant, Leutnant und Hauptmannschaften
Leutnant, als einen Mangel von richtigen
Gegenständen der Leutnant Leutnant
Gegenstände finden.

§. 31. Neben der Dienstverhältnisse der nach An-
titel 32 zu den Zollinspektionen abzuordnen-
den Leutnanten, enthält der oben gedachte
offene Artikel ferner, als insbesondere die
den Leutnanten betreffende Stelle des Leutnant-
Protokolls vom 22. März vorigen Jahres
betrifft so vollständige Konfirmation, dass
dieselben keine nach etwas zu untersuchen oder
denn nach etwas zu erwägen seyn dürf-
ten. Als ministeriell wurde nun
bezeugt, dass die den abzuordnen Leutnant-
inspektionen zugehörigen Inspektionen - wie
dies Königlich Preussischer Leutnant schon geschehen
ist, - den Leutnant des Leutnant, an welchen die
Abordnung erfolgt, mitgeteilt werden möge.
Denn wurde bemerkt, dass die ganze Ab-
ordnung, welche den Leutnanten durch
den Leutnant. Protokoll vom 22. März voni-
gen

von Joseph Ungarinsan sag, ich vermissen
 schon als einen Commissten nicht bloß das abfand-
 lichen, sondern das persönlichen Mannes-
charakter, unerschütterliche Festigkeit bei
 Besondere an demselben sag, begreifen, und das De-
 fekt insbesondere die menschliche Festigkeit Lerna-
 ist, über welche sich die Wirkungskreis das
 Gesellschaftliche anstreckt, ungeschulten Anti-
 quar. (S. 31.), ich persönlich
 Lernaist von letzteren zu verstehen, und ich
 verbleibe Aufmerksamkeiten ich mit gutem Ge-
 hörde verbinden, ohne Rücksicht, ob sie nach demselben
 oder nach einem anderen Mannescharakter als
 die Gesellschaft abgeordnet seien.

§. 32. - Zum Artikel 33 finden die Commissionen
niedrig die Ansicht ausgesprochen, sich geneigt zu
sein, dass für das künftige Jahr einen Zusam-
mentritt von Sachverständigen für die
Kommis. Commissionen zu Befugnis des Mo-
nats Juni statt finden zu lassen, wenn es
möglich sein würde, indem es, obgleich man
versteht, dass man von einem Hauptzusammen-
tritt der Sachverständigen einen Sachverständigen-
definition Fortsetzung der Kommissionen
sollte. Ob aber die erste Zusammenkunft
bis zum Juni 1835 abgesagt bleiben könnte,
darüber lässt die Commission von Un-
sicherheit ist man Commissionen nur so wenig ge-
neigt, als sie sich auf die Erfahrungen, wel-
che der Verlauf des Jahres dargelegt sind,
insbesondere nicht sagen müssen.

S. 33. Lay Sam Katal 37 sumut Saperut-Kati-
tal 13 und Pflüß-fakotall kann zur Saperut:
a, in Sam Katal 37 sumut Saperut-Kati-
tal 13 und Pflüß-fakotall kann zur Saperut:

Druck

Dies die im August-Artikel 13. erwähnte
Kommunikation des ungarischen Königs, von
der ausgesprochenen Ratifikation des Wiener-
Vertrages nicht statt gefunden hat.

Das Königlich Kaiserliche Kommissariat hat
sich der Kommunikation angenommen, in
dem unter XXXI. unterzeichneten Pro Memo-
ria, demnach seinen Befehl dem Kon-
sult zu stellen, daß in so fern möglich
den nächsten Tag Monats das betreffende Auf-
gebot eines kaiserlichen Kommissars dem zum
Konfirmation bestimmten Österreichischen
Kommissar dem Königlich ungarischen Legation und
Ministerium einen Laits, und den übrigen
Kommunikanten unter Laits fortzusetzen, als-
dann die Kommunikation mit dem
nächstbesten Kommissar auf diesen Tag Mo-
nats nach vorgeschrieben bleiben müßte; wo-
bei die von dem ungarischen Kommissar
gegen die ungarischen Kommunikations-
den statt findende Meinung des Österreichischen
Kommissars das Mittel um die Kunde
geben, und dabei sich die mit dem kaiser-
lichen Kommissar nach Legation und Ministerium
bezug, und imgeachtet des letzteren nach
dem ungarischen Kommissar übergebenen
Österreichischen mit zu berücksichtigen.
Königlich ungarischen und Königlich Minister-
kommunikation Laits sind gegen diesen
Befehl die mit dem Oesterreich XXXII.
kaiserlichen Kommunikation gestellt wor-
den, durch welche jedoch dem Königlich
Kaiserlichen Kommissariat nicht hat von-
verletzt werden können, von dem zu-
stellen Oesterreichs Absicht zu nehmen,
vielmehr

N^o XXXI.

N^o XXXII.

nicht mehr seiner Regierung die weitere
 Fortsetzung des Letztgenannten und Mauerfeyers
 von dem Spätkriegsflüchtigen nicht mehr
 ferner - Aufständigen und nichtig vorgehen -
 sein muß;

b. in dem Aufständigen gegen das König-
 reich Sachsen geschickten dem Königlich
 Sächsischen Landesherrn durch Verlegung der
 über die Landes-Verhältnisse (: Kriegs-
 verhältnisse :) seit vorgegangen den
 ordentlichen Truppen Abtheilung, sowohl
 über die dem der Kriegskassen und vorgegangen
 Artikel, als über die Bürgen, und davon
 die können nachsehen werden.

Dem Königlich Sächsischen Landesherrn könnte
 sich über die weitere Fortsetzung geben,
 daß die daselbstigen Bestimmungen auf einen
 nachdrücklichen Abnahmestück mit Sächsischen
 beauftragt, zu machen die Landesherrn
 der weiteren Abnahmestück von dem Län-
 ge der Zeit nicht fähig zugetragen, nach
 und nach sich bei dem Landesherrn für den Land,
 die Abnahmestück selbst sehr nachsehen werden
 der können.

Es sei ferner das nachdrückliche Abnahmestück
 können durch gutachten, daß von dem Auf-
 stand der Kriegskassen (: davon Bürgen und
 dem Abnahmestück unter Abrechnung der
 gesetzlich bereits und nichtigen Kriegs pp: ba-
 rechnet werden :) die Gültigkeit zu dem König-
 reich das Gesamte Abnahmestück nichtig
 werden, die weiteren Gültigkeit zu dem Land
 können bleiben sollen, und es können die Landesherrn
 ferner die weiteren Gültigkeit ferner nachsehen
 nachsehen können, daß nichtig der weiteren
 Abnahmestück

Königsbäumen, in welche bereits ein Gany-
Zollsystem besteht, unter ein ymperum Land
von Österreich, nach dem die Königsbäume im
Königreich unterstellt werden, in das neue Jahr
für den neuen, während bei den Königsbäumen der
junge bei Ganybäumen unterstellt nachfolgend
Österreich, in die Königsbäume das neue
Jahr trifft.

Königlich Königsbäume seit sehr genau
bei diesen nachfolgenden Abständen der La-
stungsmaße der anderen Königsbäume
nicht nachgegriffen werden können. gleich-
wohl sei der Königsbaum nachfolgend und
bestimmt, die Zustimmung zu einem Abkom-
men als in der Billigkeit vorhanden, und der
Königsbaum nachfolgend aufzufassen zu lassen.

C, in Bezug auf das Königsbäume zu den Län-
der-Königreich der Königsbäume. Königsbäume
da ebenfalls nach dem Königlich Königsbäume
Königsbäume ein Königsbäume und der Königsbäume
mit der Lastenmäßigkeit zu einem Königsbäume-
Abkommen unter dem 1^{ten} December nachfolgend
aufgenommenen Protokolle, ingleichen die
am 16^{ten} December nachfolgend Königsbäume zu den
Län-Königreich Land-Königreich nach dem
Königsbäume in der Königsbäume Land-Königreich,
welche zum Königsbäume Königsbäume
übergeben.

Die Königsbäume in einem Königsbäume Königs-
bäume sind im nachfolgenden Land-Königreich
Königsbäume gleich, und dieselben Königs-
bäume, welche für den Königsbäume Königsbäume der
Königsbäume und die Land-Königreich der Königs-
bäume Königsbäume nachfolgend
und

No XXXIII.
No XXXIV.

und nicht anders, finden sich für den Hünemeyer
daran gestellt.

d, für den Grossherzoglich Großfürstlichen
Wimpfen und die, konnte der Grossherzoglich
Großfürstliche Commissär den darin überliefert haben,
dieser und dort, wurde der im Tilsit-Vertrag
Kolle vom 22. März vorigen Jahres auf-
gestellten Bedingungen, die Russen an-
genommen und verbindlich zu machen
sich sag.

Obgleich der Russische und Grossherzoglich
Großfürstliche Commissär die Zustimmung
zu den Punkten b, c und d versagten, so
wünschten die Russen die Abnahme
von, in so weit sich irgend Abänderungen
nicht schon selbst durch als selbstverständlich
anerkennen und genehmigt haben, einen An-
stand, und bemerkte der Grossherzoglich
Großfürstliche Commissär nur noch, wie es sich
schon selbst versteht, dass
auf seiner Regierung der russischen
Regierung der ihnen überlieferte von den in
Wimpfen unterzeichneten Russen zu-
kommen müsste.

Der Russische Kaiserliche Commissär sprach
ebenfalls seine Zustimmung zu den Punkten c
und d versagten, bemerkte, mit An-
erkennung das bei d Grossherzoglich
Großfürstliche nicht genehmigte Befehl, und
jedoch unter dem unbedingten Vorbehalt
sagte er, dass wegen der all-
seitigen Anerkennung des Abkommens
unter b keinen Anstand zu machen
wäre.

Der Russische Unterhändler des Com-
missärs

missen und erklären sich über die Anzahl
mengen und Abrechnungskünfte unter b, c,
und d ebenfalls zustimmend. Demnach
Lagermeister Rittmeister wurde erklärt,
dass gegen diese Aufsicht der Güter und
die eigentümlichen Verhältnisse und auf
die damit verbundenen Zustimmung
den übrigen Kommissionen eine Ein-
weisung nicht zu geben sei, sondern jeder
Kommission selbst zu geben zu befehlen
sagen werden.

S: 34. - Zum offenen Artikel 39 nebst Anhang Artikel
15 und Pflanz-Protokoll wurde unter
fremden Lagermeister und Lagermeister, nach
über die Grundbesitz-Verhältnisse mit der
Einigung in dem Berliner-Protokoll vom
31^{ten} Oktober vorigen Jahres (zu 13, nebst
Artikel IV und V) festgestellt ist, gleich im
Lager der Kommissionen der Vollzüge-Ver-
handlungen der Kommissionen anerkannt,
zur Befestigung notwendiger Punkte in
den Lagermeisterlichen Verhandlungen zu
nehmen, welche auch bereits von dem Kon-
tingent der Kommissionen und auch von dem
Königlichen Lagermeister Regierung sein und
gegeben sind, dass angeordnete Befestigung
unter Artikel 15 nebst Artikel und bis zu
neueren Abrechnung von dem Lager-
meister Lagermeister nicht abgeschlossen bleiben.
Nach mehreren Verhandlungen und Ein-
trägen der Lagermeister wurde dem Kon-
tingent der Kommissionen, unter Einweisung
auf die in Berlin beschlossenen Artikel und
unter Geltendmachung der Linie der Vollzüge
Lagermeisterlichen Kommissionen nicht abgehandelt
verhandelt

ausführlichen Anmerkungen, und in Absehung
 einfließen mit dem Aufsicht und Großschaf-
 zucht des hiesigen Sammelhauses die folge-
 nung überlassen, daß die Fortdauer der
 unter 1^{ten} July 1828 für die fiduciarische
 bestimmten Lagerungen bis zum Ablauf
 des im Jahre 1835 officiellen Monats,
 gleichwohl jedoch unter der Bedingung aus-
 kommt werden sollen, daß, die Anwesen-
 der betreffend, das fünf-^{te} - Quartier nicht
 freigegeben, welches nach dem Lagerplan,
 1: die fünf der Commercial-Hallen in Luz-
 ern und Winterthur für 1829/30, 1830/31,
 1831/32 vorgesehen, und die der Anlage zu ent-
 wesen sind: 1 als das ansehnlichste und ge-
 rade erscheint als das überausfeintheure
 Magazin betraachtet werden, und daß die von
 der kaiserlichen Regierung in Luzern und
 Winterthur ferner zu beschaffen und
 zu verpackenden Lagen für die Person-
 en Fabrikate dieser Art beschaffen blei-
 ben, während daß der unteren bis zu be-
 günstigten Abgaben eine gleiche Lagerung-
 kung das fünf-^{te} - Quartier für das eine nach
 künftige Anweisung der obersten Behörde
 sei.

N. XXX.

Als sich nun selbst herausstellt, daß die
 Zusammen, daß die Lagerung der ein-
 zelngehörigen, die unter das gegen-
 wärtigen Ansehn - Goldene übergeben
 sein, mit der Lagerung der Person-
 en Fabrikate 50% der Sammlungen der
 untere unterst sein, darüber wird die
 die Administration und Aufsicht über
 die Anweisung der Lagerung der
 zu

zu nehmen folgt daraus.

Das Königlich Sächsische Ministerium hat die-
sen Entwurf ebenfalls bei, welche schon auf
von dem Königlich Preussischen und Königlich
Württembergischen Ministerium als Grundriss
für die künftige Umgestaltung und Veran-
derungen mit der Befugnis vorgekommen sind.

Es ist demnach nicht zu bezweifeln, dass die
sämtlichen Ministerien in dem Sinne der
Königlichen Sächsischen Minister-
ien nach der schon beschlossenen Ueberein-
kunft - Protokoll vom 22. März so-
wohl als in der Ueberein-
kunft.

Diese die künftige Ueberein-
kunft des Handels-Verhältnisses der Sächsischen
Ministerien des Zollvereins mit dem
Preussischen nach der beschlossenen Ueberein-
kunft der Zollvereins des Gesamt-Vertrags
folgt daraus.

Die Preussischen Ministerien bemerken
ferner, dass die Neuschätzungen der
Zollvereins, in welchem sie bisher von dem
Sächsischen Ministerium der Preussischen-
Verwaltung für den Zollverein
genommen wurden, dass auf dem nicht
abgeschlossenen neuen Vertrag.

§. 33. Zum Artikel 40.

Es liegt auf der Hand, dass der Artikel der Voll-
züge Ministerien vorgelegene Verhandlung
der organischen Verwaltungs-Veränderungen
ist im vorstehenden Sinne auf die Regulationen
des Art. 4. 8. 10. 11. 27. 28. 29. 30. 31. und
32. (s. ferner die Ueberein-
kunft der nachstehenden Artikel be-
merkt ist) glaubten die Ministerien zum

Entwurf

Erschließung von in diese Abteilung fallenden
Gegenständen unterstehen zu sollen:

- a, die Bildung des Grenzbezirks gegen das Aus-
land,
- b, die Festsetzung über die Abgrenzung der Zollan-
gebhörenden von diesen Zollgemeinden,
- c, die besondern Massnahmen zum Zollfah-
ndat sowie von den Gemeinden nach Außen als
im Grenzbezirk,
- d, die Abfertigungs- Befugnisse der Grenzämter,
- e, die für einzelne Grenzämter und für die
Einfuhr und Ausfuhr mit gewissen Waren
zuzugestehenden Ausnahmen, oder für eine
Länge einer bestimmten Zeitdauer
in der Abfertigung, sowie
- f, die Befugnisse des Abfertigungs- Beamten mit
den Posten,
- g, die Festsetzung der Befugnisse für
die Befugnisse des Befugnis- und Befugnis-
platzes der Befugnisse Zollgemeinden,
- h, die Befugnisse der Befugnisbefugnisse
Gemeinden (Posten) und
- i, die Befugnisse und Befugnisse von
den den Befugnisse zu bestimmten
gemeinschaftlichen Befugnissen (Art: 8.
des Befugnisses) welche zugleich für die
Befugnisse und Befugnisse der Befugnisse Ab-
gaben (Art: 11) mit bestimmt sind.

Die Befugnisse und Befugnisse Befugnisse
den Befugnisse Befugnisse, sowie welche die
Befugnisse des Befugnisses Befugnisse-
Befugnisse (sowie von den Befugnisse und Befugnisse
Befugnisse Befugnisse, der Befugnisse) und zugleich
die Befugnisse des Befugnisses für den gemein-
samen Dienst von den Befugnisse gegen das Ausland
bedingte.

bedingt erscheint, bestimmte die Commis-
sion der Königlich Preussischen, Königlich Säch-
sischen, Königlich Württembergischen, dem
Königlich und Großherzoglich Hessischen Ka-
meralrath, die für die bezüglichen Landes-
gaben zu fundiren, und die Aufstellung, welche zu-
gleich einen Ueberblick der Stellung des Gesamt-
staats gegen das Ausland gewöhnlich, in eine-
nen Protokoll mitzutheilen.

Das Protokoll, welches bei dieser, unter An-
wesen der Herren des Königlich Preussischen
Königl. Zoll-Administrationsraths, welche
gegenwärtig in der Zeit vom 4^{ten} bis zum 22^{ten}
Januar und 11^{ten} Februar dieses Jahres zusammen-
kam, ist unter No. XXXVI mit seinen
Entscheidungen von (I) bis (XVIII) schon
angegeben, und wird zugleich der sofort nach An-
kunft der bereits angekündigten Königlich Sächsi-
schen Commission zu nöthigen gleichzeitigen Lan-
desgaben für die Landesgaben dienen können.

S. 36. Wegen der in der Königlich Sächsischen und Würt-
tembergischen Landesbezugsabteilung Gallen-
stellen (Funktions) waren die Angehörigen bei
No. XXXVI unter (XV) (XVI) angegeben sind,
wobei nach der besondern Zurechnung gegeben,
daß es in der Absicht liegt, die Zahl der Angehörigen
nach der Absicht zu vermindern, was nach der
in der Königlich Preussischen, dem Königlich-
lich und Großherzoglich Hessischen Landeskam-
eralrath und so demgegenüber besprochen
wurde, als abgesehen von der Verantwortung-
mäßigen Kosten, welche aus der Landeskammer
III des Berliner. Protokolls vom 31. October her-
von jedoch nachmals ungenügend vorhanden
waren völlig verantwortlichen Landeskammer
von

No. XXXVI
mit No. (I) - XVIII, inclus.

Das Guelldienste annehmen - und die Lieferszeit
Das zum erstenmal Zallfinsungsmann und ein
über den Lieferszeit große Zahl gelieferter Kunstwerke
haben werden.

N^o XXXVII.

Der Königlich Preussische Commissär hat
sieben hundert Rubeln XXXVII auf sich zu sein-
nung über diejenigen Hannoveraner Krie-
skrieg, welche in den Ländern des Fürstentums Han-
nover für die dort gültigen Militärgesetze un-
verändert zu stehen geblieben sind, und durch
den abweichenden Landrecht in Bayern
und Württemberg für die Landesgesetzgebung
kleiner Güter zu sehr beeinträchtigt
finden würde, und der Gesetzgebung
auf der in der Landesgesetzgebung
größtenteils von Deutschland zu Deutschland
kann.

S. 37. Das dem Kantonsrat (i. d. Zerst. - Kantonal:) vom 31. October vorigen Jahres hienach
der Commission insbesondere die Signatur
des Kant. 2 in Formierung, welche zufolge der
Kantonsratsentscheidung, sobald wie möglich die Ein-
leitung treffen wollen, daß die Entschädigung der
Zoll - Angelegenheiten Kant., die solche das Kantonsrat
allen Kantonsratsmitgliedern gleichmäßig beizubringen, und
möglichst Kantonsratsmitgliedern für die Zukunft zu
verfügen kommen. -

Der Königlich Preussische Landrath hat ab
übernommen, die darunter stehenden, so wie
in einigen anderen keine neuen wesentlichen
Änderungen der Zollgesetzgebung in den einzelnen
Königreichen beizubringen. **XXXVIII** Zusammenkünfte,
und zwar, gestützt auf den Inhalt der diesbezüg-
lichen vereinbarten Verhandlungen und
Abmachungen,

Kommunikationen, nemlich das Localian-
Festkollé vom 31. October vorigen Jahres die
zur Befestigung dieser Anstalt erforderlichen
Pflichten und die Aufsehung zu versenden
Menschen müssen zu bezeichnen.

Die Königlich Preussische und Königlich
Sächsisch-Königliche Communalverwaltung nachstehend
fassen, daß ich nachstehenden Angelegenheiten
genau, nach der Herstellung einer möglichst über-
einstimmenden Anstaltsgesetz und Anstalt-
nachricht, in dem Orte, welches eine
Zusammenstellung bezieht, nachstehend,
Königliche Anstalt sind, und insbesondere für
übersehe alle über die in einer Anstalt von
den betreffenden Angelegenheiten, als:

a, Kommunikation über ein gemeinschaftlich
gleichzeitiges Gesetz, und über eine in
gleichem Ort gemeinschaftliche Behandlung;

b, Befestigung einer in der übrigen Landes-
Gesamtheit schon bestehenden Anstalt-
post. Entwurf im Einklang;

c, Aufstellung gemeinschaftlicher Befestigung über
die Kommunikation des Gesetzes, - die nach-
stehenden Anstalten von der Könige gehalten
werden, und zwar nicht nachstehend, sondern
im sie in der Lage zu setzen, daß gemein-
sam beizutreten nachstehend zu befestigen
und zu nachstehenden.

Dabei bemerken die Königlich Preussische
sich Communalverwaltung, daß die Anstalten,
nach dem bereits nachstehenden ständischen
Anstaltsgesetz schon jetzt im gemeinsamen
Zustande geschehen können, und wirklich
geschehen werden, nachstehend fügen
zusatz hinzu, daß in dem nachstehend
mitgetheilten

mitgetheilten Entwürfen zum Zolltarif vollen-
dingt unsere Modifikationen auf in Bezug
auf Handelsverträge aufstellen lassen
sollen, müssen wir aber, die davon Aufnahme
mit dem Zolltarif sehr beliebt werden,
nicht unterschätzen geschäftsmäßige Commu-
kationen über ganz, Handelsverträge und Gesell-
schaftliche Angelegenheiten, mit
dem königlichen Handelsministerium der Justiz
stellen gepflegt werden müssen, bis zu da-
rer Entscheidung und bald zu verantworten
Publication der beschlossenen Verhandlung, die
alle Handelsbestimmungen ungenügend im
Lauf stehen.

Die Commission der unteren Ab-
theilung hat sich sehr abgemüht, und
im besondern Hinblick auf den unteren
verfügen Gegenstand, wie sie nicht geringe,
dies auf ihre Bedingungen die Abhängigkeit
einer gleichmäßigen und gleichzeitigen
Zollgesetzgebung erkennen, und zum Be-
weispung, dieses Zweckes wird ich mir mit
geringer Arbeit sagen können.

§. 38. Zu Bezug auf die königliche bayerische
und württembergische Zolltarif §. 135,
wie nicht minder auf die königliche sächsische
Zolltarif §. 74, und auf das sächsi-
sche Zollgesetz §. 50, kann ich nicht
nicht im Laufe des Jahres bereits einige
bayerische Original-Entwürfe der Tarife zum
Zolltarif, in welcher Art als mit den bayerischen
bayerischen, württembergischen, sächsischen
oder sächsischen Subskribenten, welche nach
einer der genannten Zolltarife auf eine
einzigartige Weise gebracht werden, und jetzt in
der

Das Anreizgebot zumückgekauft werden
sollten, zu halten sey; diese Sache würde ein-
stimmig dahin beschloffen, daß daselbst
Abwesenheit - bei fündiglich beschleunigten
inländischen Klaffung - stänken in das
Anreizgebot werden eingeleitet werden
müssen.

Ein Gesuchstücken für daselbst Rück-
bringungen zu bestimmen, würde nicht für un-
möglich angesetzt, daß würde als für den Abwesen-
seyn selbst beschleunigen haben, wenn mit der
vorgeschlagenen Rückkehr und der Lese der
Lese der Abwesenheit sich ansetzen und als mit der
Lese dieser Beschreibung, wenn man (nicht)
den Lese den so stänken genannt
würde. Darüber nicht, ein Lese
Beschreibung gefügt werden sollte, allgemine
Anweisungen zu stellen, würde nicht
für unmöglich angesetzt, da für diese nur
nach der eigentümlichkeit der einzelnen Fälle
beschleunigen sollte, wenn solche für, so an
bestimmen, wenn man den oben beschleunigen
das Lese, nach solchen der Rückbringung
ansehen, so nötig unter Rückkehr mit
den gleichzeitigen Lese der Klaffung -
Lese aufstellen werden können.

§: 39. Bei dem Anreiz-Gele. Lese, und geben.
1. in Lese den in den ersten Abschnitt unter
Nº 17 beschleunigen Zelle für den Abwesen
und Beschleunigen, solche Beschleunigen mit
für für, würde für - auf den von den
Beschleunigen Beschleunigen Beschleunigen
Beschleunigen Beschleunigen - Beschleunigen,
daß diese Zelle für den Lese den
Beschleunigen Beschleunigen Beschleunigen
Beschleunigen Beschleunigen Beschleunigen

den

die Muster in Abtheilungen bestanden, welche zu die-
nem anderen Gebrauche dienen; diese dergleichen
Muster, welche nicht bloß Abtheilungen sind, sondern
auch Stücke bestanden, waren jedoch für sich als
vorkünftliche Muster betrachtet worden. Und
um dann festzusetzen, wann sie sich
dem Anzeigebilde abtheilten, und auf den
Grund eigene unterzeichneten Fälle über diese
Muster für die ersten industriellen Fabri-
ken und Handwerksstätten und in der Folgezeit
gekauft werden, in welcher Beziehung gleich
angeordnet wurde, daß dergleichen Fälle
von der Zollverwaltung; in Frankreich von
den betreffenden Direktionen - Befehlen: nach
bezüglichen Formeln gegeben werden
sollten.

N^o XXXIX

Es wurde ist

2. der Anzeigebilderverwaltung, zweite Abtheilung N^o 9,
betreffend in der Anlage II des Anzeigebildes
Sistems. Protokolls vom 31. October vorigen
Jahrs zu 8, vorbestanden, sich über einen fest-
stehenden Geschäftsatz zu vereinigen, daß daselbst die
Verwaltung oder Abtheilung als einem
jedem Anzeigebilderverwaltung überlassen bleiben wür-
de, die Gebrauchs-fähigkeit der Anzeigebilderverwaltung zu be-
stehen, oder daß die Anzeigebilderverwaltung auf das An-
zeigebilderverwaltung und die Anzeigebilderverwaltung
überlassen zu werden bewilligt.

Die Anzeigebilderverwaltung sollte sich für die Anzeigebilderverwaltung
Sistems Geschäftsatz nach 3. des Anzeigebildes
Sistems (Anzeigebilderverwaltung) Befehl des Anzeigebildes (Anzeigebilderverwaltung)
wird sich für die Anzeigebilderverwaltung bewilligt, und
wird es der Anzeigebilderverwaltung über-
lassen bleiben, daselbst sich in jedem Falle
gesetzliche Anzeigebilderverwaltung zu verfahren.

Alte

Als das Full-nicht solches allgemainen Mann-
schafes nicht ist, da wird das Mannschafet,
welches daselben unvornet, jetzzeit in un-
dem Mannschafeten gleichzeitig seinen zu
bewerkstelligten haben. Auf wasche ab sich,
dies nicht jetz veränderter Mannschafet-
junctur, durch welche willkürlich wird ein
man oder einigen Marktphätzen und auf
Länge Zeit jenes Mannschafet Maximum nicht oder
überwunden wird, zu solchem allgemainen
Mannschafeten Mannschafeten geben kann.

Als das in der gedachten Protokollunterzeich-
nung II, nachfolgenden Mannschafeten für ein-
gesamten Mannschafeten; so wird dieses unter
gleichem Mannschafeten, wie oben gesagt das
jetzzeit bewirkt ist, nachfolgenden Mannschafeten
können, so dass das Mannschafeten das Mannschafeten
schafft kann, die Länge von 40; nicht
oder überwunden.

3, Aufwachen ist bei dem Mannschafeten-Tarif für-
sichtlich der dritten Abtheilung Königlich Königlich
dem Königlich Mannschafeten-Tarif mit
Lagefurchung auf der Landman-Mannschafeten be-
wundern kann, dass bei der Lagefurchung
in II" Abschnitt B, dem in III" Abschnitt unter
1 und 3, steht das dort angegebenen für-
gung- und Überwundenen von jenen bis
Mannschafeten, in allem 3 Mannschafeten
wollen, die Linie

" von Mittelmund bis Tuttlingen "
substituirt werden; und es ist diese Mannschafeten-
ung der Mannschafeten der Mannschafeten Mann-
schafeten so mannhaft und mannhaft
wissen, dass sie geglaubt haben, sie zu
Mannschafeten Mannschafeten Mannschafeten zu-
stimmen zu lassen.

Zum

Erlaßung vom 4^{ten} December 1833 angefügten
 Tarif hinzuzufügen; die Königlich Preussische
 und Königlich Sächsische Commissionen
 sind sich jedes in dem Sinne, die Abfallsteu-
 ren der Provinzen gleich mit der nachstehenden
 Gleichzeitigkeit und Vollständigkeit zu be-
 handeln; sie überlassen es ihnen, die Ab-
 gabe der dem nachstehenden Anhangstabelle
 in dem Sinne nachstehenden Einkommensteu-
 er zu belegen, welche nachstehend, und als Kon-
 traft im Sinne der Abfassung der ge-
 heben werden, daß diese Einkommensteu-
 er zu belegen nach dem Einkommen der be-
 treffenden Provinzen, namentlich sind die
 Steuern zu belegen, welche nachstehend,
 die Königlich Preussische und Königlich Säch-
 sische Land Einkommensteuern
 enthalten sind.

§: 41. - Zum fünften Tarif-Abtheilung,
 1, und zwar zu Nr. 2 -.

(Neben Einkommensteuern auf die Einkommen in den
 Provinzen II des Einkommensteuern vom 31^{ten}
 Oktober vorigen Jahres zu 23, bezeichnen die
 Königlich Preussische und Königlich Sächsische
 Commissionen, daß zwar ein bestimmtes Einkommensteu-
 er darüber, wie es in den Provinzen und Provin-
 zialverfassungen mit der Einkommensteuer der
 Provinzen und Provinzialverfassungen werden
 werden, zum Zeit noch nicht steht, daß
 sie jedes nach abzugeben sind, als daß die
 Einkommensteuern im Einkommensteuern-
 bestimmtem Einkommen, welcher diese Einkommensteu-
 ern nicht zur gemeinsamen Einkommensteuern
 gezogen sind, bezeichnen zu lassen müssen.
 Die Commissionen der anderen Provinzen
 enthalten

Der verordnete Handelsstaten mit An-
gehörigen die Handelslistung übernehmen,
dieser Artung daß ihnen Regierungen
unvergleichlich zu befürworten.

S: 43. - Willens ist vorder der Wunsch überge-
gangen, daß Handelsregierungen über das
Zollwesen in den Handelsstaten, sofern
möglich solche Handelsregierungen von einem
wirklichen allgemeinen Gutachten wissen,
durch gegenseitige Mittheilung zum dienst-
lichen Kenntniß der betheiligten Zoll- oder
Handels-Directionen vorder Handelsstaten
den Gebrauch machen wollen; auch jedoch in
Erkenntnis des Königreichs Preußen in
den Act eingeleitet sein müßte, daß die
Mittheilung solcher Generalien in Ansehung
nicht zu den Königreichen Bayern und Würt-
temberg, sowie zum Großfürstenthum Hessen
und zum Großherzogthum Hessen nicht
zunächst auf die Königlich Preussische
Direktion zu Köln, und in Ansehung zum König-
reich Preußen auf die Königlich Preussische
Direktion zu Magdeburg beschränkt werden; -
man erinnerte sich in der That, daß die
Erfüllung dieses Wunsches unter den ver-
ordneten Handelsregierungen wohl kein hin-
reichend entgegenstehen würde, und daß
somit auf die spezielle Erwähnung im
gegenwärtigen Protokoll keinen Be-
stand unterliegen können.

Damit wurde dieses Protokoll gefas-
sen und nach Abschluß unterzeichnet,
daß über einmüthig, daß dieselben nun
in einem Abschrift unterzeichnet, und diese
im

im Kreis-Kassier desien vüßbarwacht, derga-
gen die Commisarien einen jeden Mann-
Regierung, zum Zweck die weitere Man-
dats der die nachstehenden Regierungen, ein-
nicht mindes die Hüningsischen Mannschaf-
ten durch das Angen der Hunsfängerlich
Lüpfischen Regierung, eine Abschrift in
beglaubigten Form zugesandt werden soll.

München den 4. 5. 7. 8. 11. 12. 13. 15.
16. 18. 19. 20. 22.

Jänner und 11. Febr.

1834.

Königlich

Königlich Preussischer Seits:

Der Königlich Preussische gesammte Oberfinanz-

Rath Kühne,

und

Der Königlich Preussische gesammte Regierungs-

Rath Wilke,

Königlich Bayerischer Seits:

Der Königlich bayerische Gesammte Rath und Konstant

Der Königlich bayerische General-Zoll-Administration

Dr. von Wirschinger,

und

Die besonders beauftragten Repräsentanten der

der Königlich bayerischen General-Zoll-Administration

der Raths: Siebein,

" von Deutz,

" Döring,

der Oberste: Kaiser,

" Bever.

Königlich Württembergischer Seits:

Der Königlich Württembergische Rath von Miller,

Der Königlich Württembergische Finanz-Rath Hauber.

Churbessischer Seits:

Der Churbessische Oberste-Administration

Meisterlin.

Grossherzoglich Hessischer Seits:

Der Grossherzoglich Hessische Oberste-Administration

Biersack.

an den Konferenzen, welche

zur Festsetzung der vorstehenden

von der Zoll-

Verwaltung-Organisation

und zwar wegen der für die

Landes-Administration im

Gebäude der Königlich General-

Zoll-Administration am 4. 5. 7. 8.

11. 12. 13. 15. 16. 18. 19. 20. 22.

Jänner und 11. Februar d. J. statt

gefunden, wurde in Folge

besonderen Verhandlungen festgesetzt, dass

I. Von Allen die Bildung der

Einigkeit in der Art bestimmt werden

sollen, dass die betreffenden Linien mit

je nach der Königlich Preussischen

in Verbindung gesetzt, und von dem zu

beginnenden Punkte der Linie des

Königreich Bayern und Württemberg

der Grenzen der anstehenden

in der Richtung, welche durch die

angezeigt ist, fortgesetzt, und die

den Verbindungen mit den übrigen

Wann die Stationen festgestellt werden,

II, dass auch unmittelbar die

Control-Stationen

Control-Enzintab die Punkte, welche sich in dem Ganzzug zu Grenzzahlentabellen oder zu Neben-
zollentabellen eignen müssen, mit allen Vorsicht
und mit besondern Rücksichtnahme auf die Le-
bensfähigkeit des Handels einzuwirken, und ferner
die Grenzzahlentabellen, sowie die Nebenzollentabellen
im gemeinsamen Einverständnisse vorläufig be-
stimmt werden.

III. Daß gleichzeitig die besondern Control-Registruir-
ungen in dem Aufzuge des Ganzzugentabellenzintab
nach dem augenblicklichen Lebensfähigkeitsmaß zu
bestimmen seien, -

IV. Daß wegen der auf diese Formation im Allgemein-
en und im besondern Einflüsse einzuwirken, zur
Etablierung des gegenseitigen Abkommens
der neuen Abzählungs-Abgabe einzuwirken
den Gegenstände, sowie zur Gewinnung sta-
tistischer Notizen über die Handelsbewegungen
möglichen Annahmepunkte ebenfalls das Augen-
merk in Betracht gebracht werden solle, -

V. Daß ferner über die Zollverpflichtung an den Ganzzug,
sowie über die möglichst benötigten Leistung
dieser Ganzzug die nöthigen Erörterungen ge-
pflogen, und so die Verhandlungen zur Feststel-
lung der Leistungsummen - nach dem besondern
in Berlin getroffenen Einleitungen gesondert vor-
vollständig, übereinstimmend

VI. zügig wegen einiger andern Bestimmungen
insbesondern über Gegenstände, für welche nicht
weniger eine völlige Klarheit in der Gesetzgebung
sind, und nicht anders kann, zur Befrei-
gung möglichen Missverständnisse und Differenzen
zu der Befriedigung zu vermeiden.

- §. 1. -

Allgemeine Bestimmungen.

a. Alle Daten, welche als Punkte auf dem
Linienlinie

- I. -

Bildung des Grenzbezirkes.

Limmanlinie ausgezogen werden, sollen als zum Grenzbezirk gehörig angesehen werden; dies soll auch von den Flüssen, Lüssen, Gräben und Wegen, durch welche der Lauf der Limmanlinie selbst beschritten wird, gelten; Außerdem soll dieser allgemeinen Regel können nach Ermessung der Kunstverständigen statt finden, und werden jedesmal besonders bemerkt.

b, Sind zur Ermittlung der Limmanlinie Punkte derselben oder anderer Orte als der Lauf der Linie nur einem dieser Punkte zum Anfang genommen, so bildet jedesmal der längste Abstand, welchen man einem dieser Punkte nach dem Anfang setzt, oder in Ermangelung eines festgesetzten der grössten Linie auf der Limmanlinie,

c, Die Feststellung der Uebereinstimmung des Grenzbezirks, wie diese zur Zeit öffentlich bekannt gemacht wird, soll keineswegs als unänderlich zu betrachten, vielmehr den betheiligten Regierungen ausdrücklich vorbehalten sein, nach Ermessung der Ueber die Festsetzung sich ergebenden Auseinandersetzungen zu treffen, und auch den Grenzbezirk im gemeinsamen Interesse der Zollfreiheit zu erweitern, wobei jedoch immer eine solche Ueberwindung auf dem geeigneten Wege zur öffentlichen Kundmachung zu bringen sein.

- §. 2. -

Grenzbezirk von Sachsen längs der böhmischen Grenze gegen die Donau p. -.

Die Limmanlinie für das Königreich Bayern zieht sich von demjenigen Punkte an, wo die Grenzbezirklinie des Königreiches Sachsen endet - in der Obermain-Linie auf der Kunst über Hof,

Hof, Oberkotzau, Schwarzenbach, Kirchenlamitz, Marktleuthen, Rauschensteig, Wunsiedel, Redwitz, Mitterteich, und gehen in den Ort, daß die so oben genannten Orte und die sonst noch unmittelbar an denselben liegenden Ortschaften gleich den Flüssen selbst unmittelbar zum Linnlande gelangt werden, nach Tirschenreuth. Von Tirschenreuth mit der Linnlinie ist die Richtung über Plößberg, Floß, Grafenreuth, Altenstadt nach Vohenstrauß, läuft von Vohenstrauß auf der Vizinal-Straße über Mosbach bis Treßwitz fort, folgt von da dem Laufe des Treßb. Laufes bis Treß, wo sie in die Vizinalstraße wieder einmündet, und auf denselben über Pullenried, Blechhammer, Pirkhof, Nunzenried, Eppenzied, Winklarn, Kulz bis Rötz geht; Von Rötz mit geht sie über Engelsdorf, Pempfling nach Cham — die Straße und Orte von Rötz bis Cham abzugeben — von Cham bis Langwitz, wo sie von denselben weg — und auf der Vizinalstraße über Lederdorn, Gradsdorf, Reckendorf, Gradiß, Geheisdorf bis Kötzting läuft. Von Kötzting mit beginnt sie sich über Grub, Hoferen, Wolkendorf, Berndorf, Tradersdorf, Matzelsdorf, Niederndorf, Ambruck, Unterried nach Bodenmais; — von Bodenmais über Böhmhof, Geisau, Jaegerhaus, Tupperried, Tannried nach Zwiesel, wo sie in die mit Bochemen nach Deggendorf führende Hauptstraße einmündet, und mit dieser über Bärenzell, Oteraschbach bis Rinchnach läuft, wo sie die mit Löfman nach Passau führende Hauptstraße einmündet, und diese über Schlag, Kirchdorf, Eppenschlag bis Schoenberg nachfolgt. Von Schoenberg führt die Linnlinie auf den

Der Vignalsfluß über Baernstein, Gra-
senau, Hohenau, Wolfstein, Freyung, Peter-
berg, Grillenberg, Carlsbach, Waldkirchen,
Freudensee bis Kauzenberg; - nun Kau-
zenberg und von dort über Berbing, Bichelberg
nach Leoprechting, durchfließt derselbe die und
Löffmann nach Passau fließende Straße, und geht
von da aus in gerader Richtung über die Elz
nach Rüderding; nun Rüderding an dem Jan-
genbach und am linken Ufer der großen Ohe
bis zu dem Punkte, wo letztere in die Donau
einfließt.

- §. 3. -

Grenzbezirk von der Donau gegen das
Gebirg und längs dessen gegen den Bodensee.

Von dem Punkte, wo die große Ohe in die
Donau mündet, folgt die Liniation dem
linken Donau. Ufer bis Geishofen, springt der-
selbe über die Donau, und folgt dem Laufenbache,
nach seiner Mündung in die Donau zu bis zu
dessen Mündung; zieht sich aus die nach Schärding
fließende Grünstraße zu, und aus dieser bis
Fürstenzell.

Von Fürstenzell springt sie über Schmidham,
Reutern, Griesbach nach Schwain; -
nun Schwain und läuft sie über Aobach
und Koeslarn, Ulbering, Fuchsegg bis zum
Vignalsfluß, welche nun Braunau nach
Parrkirchen fließt, durchfließt diese, und
zieht nun da über Thann, Zeitlarn nach
Perach;

nun Perach bis Neuoetting über Altoetting,
Dorfen bis Untergarching |: Neuoetting,
Altoetting und Dorfen ungetrennt: |

nun

von Untergarching bildet die Altz die
Limmanlinie bis Altenmarkt - mit Rückfluß
dieses Tales - bis weiß Stein und groben unter
dem Norbafulten nach Abzug des Gersdammers
der Umgebungen in dieser Richtung, vornehmlich Ab-
änderungen zu treffen; man stehe nun bildet
die gewöhnliche Hauptkante auf die Limmanli-
nie, jedoch in der That, daß die auf dem linken
Ufer liegenden Orte nach zum Limmanlande ge-
hen, bis Schoenrain, von wo sich die Limman-
linie auf der Abzweigung nach Teisendorf
hinzieht.

Von Teisendorf aus ist die Richtung in gro-
ßer Linie nach Innzell, von Innzell über Klein-
ken nach Liegsdorf.

Von Liegsdorf wird für oben Adelholzen, Ber-
gen, Gries, Anger, Staudach, Grabsau bis
Baernau fortgesetzt, finkt sich von Baernau
über Hundorf hinaus, bis Niederachau, steigt
von da wieder an bis Frasdorf, von
Frasdorf aus über Thal, Randhartstetten,
Holling, Esbaum bis zur Achenmühle, von
wo für von dem Achen-Fluß fortfließt bis
Rohrdorf;

von Rohrdorf zum Inn; dann gilt das
linke Ufer das Inn als Limmanlinie bis
zum Einfließen des Lützelendorferbaches in das
Inn, von da oben wird die Limmanlinie durch
diesen Lauf bis Lützelendorf bestimmt, von
Lützelendorf führt für die Geringe über Fisch-
bachau, Fischhausen nach Rottach hinüber,
von Rottach über den Jochenstein nach Leng-
gries,

von Lenggries durch die Tachenau nach Ta-
chenbach am Rhyfelsen, südlich und in der Fortsetzung
auf

auf die aus Tübingen kommende Haupt-
 Straße zu, auf dieser fort bis Walgau,
 von wo sie sich in gerader Richtung über die
 Gablingen nach Portenkirchen, Farchant, Oberau,
Etthal, Oberammergau, Unterammergau, Saul-
grub, Bayerssojen, Rottenbuch zieht, von da
 aber wieder nach Elgen und Steingaden, Gründl
 und schließt inwendig dieses Punktes den Isar-
 Kreis, sich zwischen diesem Orte und Lechbruck
 über den Lech bindend.

Von Lechbruck aus geht sie nach Rosshau-
ten in gerader Linie über Sulzberg, Seeg nach
Nesselwang, von Nesselwang über Wertach,
Kranzek, Rettenberg, Agathenzell, Burgberg
 nach Lonthofen, welchen Ort jedoch dem Lin-
 lands angehöret, von da über Bühl, Lumberg,
Missen, Libratshofen, Ebratshofen, Schindau,
Roethenbach, Steingaden, Riedhirsch, Hei-
mentkirch, Opfenbach, die von Lindau nach Is-
ny folgende Straße durchsicht, von der
 Gänge des Königreichs Württemberg.

- §. 4. -

Grenzbezirk im Königreiche Württemberg
und im Fürstenthume Hohenzollern.

Oben die Bestimmung des Grenzbe-
 zirks von dem Königlich Württembergischen
 Gange gegen die Pfalz und besonders ge-
 gen das Großherzogthum Baden, haben wir
 von demselben Handlungen statt gefunden,
 indem die Commission, wie sie von dem König-
 lich Württembergischen Commissar beauftragt
 waren, von dem Königlich Preussischen, dem
 kaiserlich und Großherzoglich Hessischen Comissi-
 on nicht für angemessen gehalten worden son-
 der, weil der Verlauf geblieben, im Durchschnitt
 kann

Können diese Mängel bereits Gangesbezirk einen
 finanzierenden Staat gegenwärtigst Mannen-
 schaffenszucht nicht zuweilen können; so gegen
 Längstlich Mithambangischen nicht geltend zu-
 nicht werden, daß bei der Längstlich der Läng-
 lich Längstlich, und bei der Längstlich anmen-
 lich Längstlich Längstlich Längstlich, die Längstlich-
 lich, welche die Längstlich im Gangesbezirk
 vorkommen, werden nach als schon gegeben, vorkom-
 men, können möglich sein werden, eine große
 Längstlich zuweilen, und daß, bei einem
 Längstlich Gangesbezirk und gegenwärtigst
 der Längstlich, für welche Längstlich für Mannen-
 lich Längstlich nicht sein können, eine Längstlich-
 lich Längstlich der Längstlich Längstlich Längstlich
 sich Längstlich Längstlich Längstlich Längstlich
 der Längstlich Längstlich.

Nach vorstehenden Vorstehenden und Gegenwärtigst-
 lich ist man sich nicht über die im Längstlich
 Längstlich Längstlich der Längstlich Längstlich.

a. Gegen die Schweiz.

Die Längstlich beginnt im Schwarzenbach und
 zieht sich längs dem oberen Regenflusse nach Gop-
 pertweiler, sodann nach der Längstlich über Neu-
 kirch, Ellmenau, Thunau nach Tettnang.

b. Gegen Baden.

Von Tettnang zieht sich die Längstlich längs dem
 nachstehenden Längstlich der Längstlich über Oberasch-
 bach nach Ravensburg.

(Die Stadt Ravensburg bleibt vom Gangesbezirk
 unbegrenzt) - Von Ravensburg längs
 dem nachstehenden Längstlich der Längstlich über Alt-
 dorf (Längstlich unbegrenzt) Bachmaier,
 Baienbach, Mindelbeuren, Althausen, Boms,
 Saulgau, bis Herbertingen, sodann über Hundersingen,
 Wülflingen,

Wilflingen, Emerfeld, Innungen, Hermettingen, Bitz, Theilfingen, Oestmettingen, Streichen, Hesselwangen, Bölingen (: dieses mitgenommen :) ferner längs dem südlichen Ufer des Chaussee über Endingen, Dottemhausen bis Schämberg, ferner über Teilingen, Wehingen, Weichingen, ferner längs dem nördlichen Ufer des Elms über Aldingen, Frittingen bis Wellendingen, von da über Fekenhausen, Hopfenhöhe, Neukirch, Dietingen, Epsendorf, Bösendorf, Hochmoeßingen, Fünfsel, Leinotetten, Domstetten, Hellwangen, Kälberbronn, Grombach, Hornberg, Zehrenberg, Neuweiler, Würzbach, Rothenbach, Zabelstein bis zur Stadt Magda, längs demselben bis Calw (: die Stadt Calw bleibt vom Grenzbezirk mitgenommen :) Stammheim, Deiflingen, Dagersheim, Maichingen, Magstadt, Wormbronn, Eltingen, Leonberg, Höffingen, Schöckingen, Hemmingen, Harthof, ferner längs dem nördlichen Ufer des Elms über Enzweihingen, Linsfelderhof, Kleinglattbach, Enzingen, Hohenheim, Hohenhaslach, Königheim, Hausen, Nordheim, längs dem linken Ufer des Neckars bis Heilbronn.

(: die Stadt Heilbronn bleibt vom Grenzbezirk mitgenommen :)

Von Heilbronn längs dem nördlichen Ufer des Elms über Weinsberg, Granschen, Winenthal, Dambach, Schwabach bis Bitzfeld, von da über Verrenberg, Unterehren, Büttelbronn, Obermaßholderbach, Zweiflingen, Orendersal, Schwarzenweiler, Hermersberg, Künzelsau, (: welche Stadt vom Grenzbezirk mitgenommen bleibt :) ferner über Buchenbach, Adolzhausen, Pfizingen, Weikersheim.

Die Preussische Gesellschaft zum Einmündigenstand
jeden

jeder bei der Zustimmung zu diesem Kon-
sulten ganz unabhängig davon, daß
sowohl im Allgemeinen, wenn sich an den König-
lich Württembergischen, wie abnehmend an den
Grenzen der andern Rheinländer, auf die
Königlichen und Herzoglichen nicht ankommen,
wie zumeist der Pfälzer, und durch die
Notwendigkeit herauszufinden, daß der Grenz-
Lage, sowohl an irgendwo, insbesondere ja-
der Abzweigung besonders unabhängig
übernehmen die verschiedenen Länder von
2 gegenwärtigen Mächten nicht nur, zu
verarbeiten, als auch auf die Königlich Würt-
tembergischen Regierung keinen Einfluss finden
werden, einen beschleunigten motivierten Anlaß-
gen durch abhaltigen Folge demgemäß der
institutionen Anwendung zu entnehmen. Die
größten Schwierigkeiten finden sich in so weit ge-
müht, diesen schon aus den Verhandlungen
des Protocolls über die Bildung der Grenzgebiete
zu entnehmen, wie es sich, für besonders zu
widerlegen, weil man auf den Antrag nicht un-
gefragt Württemberg der Königlich Würt-
tembergischen Regierung, von dem der allge-
meine Prinzipien nach wohl motivierten Anlaß-
gen der Einseitigkeit herauszufinden, daß
Grenzen der Königlich Württembergischen
Städte — Ravensburg, Calw, Heilbronn,
Künzelsau &c. &c. — Abstand genommen ist.

Die Stadt Calw insbesondere anzusehen, so ist
dieselbe gegen einen nur Meilen von dem würt-
tembergischen und allgemeinen Markstein nach
sich selbstständigem Grenzgebiet gegen Baden an-
geordnet. Hinsichtlich dieser Stadt muß daher ganz
besonders nachzusehen werden, daß sobald sich ein
gegenseitiges

begünstigten Handlung nicht von Seiten der
 Hofmann betriebenen Gesellschaften angeht,
 alsdann auf Antrag das in Stuttgart accreditir-
 ten Honorarbesoldungsrichters die Einbürgerung
 jener Stadt in den Pfaffenort alsbald ein-
 gesprochen und vorgelegt werden, wobei ob der
 kaiserliche Hofkammerpräsidenten durch die
 überlassenen bleiben werden, ob sie den Ein-
 wohnern jener Stadt, dieses Zuzugeländnis und die
 Bedingungen, wozu daselbst sich knüpfen, zu
 erfüllen für gut halten wollen.

Die kaiserliche Hofkammerpräsidenten
 nach unterzeichnetem Sinne, wie sie gesetzlich
 sollen dürfen, das der Fall, wo jene Honorar-
 fälle zu erwandeln, nicht stattfinden werden,
 das aber in diesem inneren Fall ist, so
 durch die Hofkammerpräsidenten, den allgemeinen
 das Honorar aufzuheben, einen besondern
 begünstigten Ausnahmen in dem dem Kaiser
 zu geneigen, ganz nicht Ausland finden werden
 da, als sie ein Gleiches auf von dem andern der
 Hofkammerpräsidenten in diesem Fall zu er-
 warten, beabsichtigen.

- §. 5. -

Fortsetzung des Grenzbezirks im König- Reiche Bayern.

Von Roettingen nimmt die Gemarkung den
 Weg über Riedenheim, Gelchsheim, Hopfer-
 stadt und dann nach dem Rande der Haupt-
 Straße nach Ochsenfurt | Ochsenfurt anzu-
 nehmen | längs dem Mainfluß bis Heidingfeld
 auf den Zollhaus nach der Galla in Würzburg -
 die Stadt selbst anzuheften - von diesem Punkte
 über Kechberg, Waldbüttelbrunn nach Rosbrunn;
 von

von Rosbrunn über Tiefenbach und Erlenbach anfangs nach Marktheidenfeld, von Marktheidenfeld aus, nach: von dem ganzen überlingerischen Punkte das nach dem Mainufer über Glasofen, Kredenbach nach Gieselbach, wo sie auf die Hauptstraße kommt, und ist bis Rohrbrunn folgt, aber das jedoch die Gasse selbst, sowie die unmittelbaren daran liegenden Orte zum Landvolkbezirk gerechnet werden, von Rohrbrunn läuft sie in südwestlicher Richtung über Wildensee, Wildenstein, Eschau, Streit, Mechenhart bis Klingenberg und vom linken Ufer des Mains über Lauterbach, Rüdenau, Ohrenbach an die Großherzoglich Hessische Grenze, immer dann nämlich beginnend Eulbacherhofe sie ist mit der Großherzoglich Hessischen Linie verbunden.

- §. 6. -

Fortsetzung des Grenzbezirks im Großherzogthum Hessen.

Im Großherzogthum Hessen zieht sich die Linie von Eulbacherhofe über Erbach, Beerfelden, Raubach, Waldmichelbach, Rieppach, Fahrenbach, Lörzenbach, Lauterweschnitz, Mittershausen, Oberhambach, Zell, Benzheim, Lorsch, Bürstadt bis zum Wehrzollhaus, dann über den Rhein hinüber, und über Herxheim, Pfeddersheim nach Großniedesheim in Rhein-Bayern.

- §. 7. -

Grenzcontrolbezirk in Rheinbayern.

In Rheinbayern beginnt die Linie zu Großniedesheim, zieht von da über Hefenheim, Frankenthal, Oggersheim, Mutterstadt, Schifferstadt,

Schifferstadt, Hannhofen, Harthausen,
Schwegenheim, Weingarten, Oberlustadt,
Zieskamm, Knittelsheim, Rheinzabern,
Langenkandel, von da wird kommt sie sich
vonstwärts über Seckenweld, Turbach, Berg-
zabern, Birchenherdt, Lauterschwam, Busen-
berg, Baerenbach, Bruchweiler, Wolfseien,
Knittrichshof, Obersinten, Winzeln, Windo-
berg, die Rothmühle zum Waldbacherhof, sankt
sie dann über den Heidelbingerhof, Rimschweiler,
Mittelbach, den Wahlerhof, Kirchheimerhof,
Kahlenbergerhof bis Bubenheim, und mündet sich
von da über Esweiler, Apsweiler, Leilbach,
Rittershof, Hessel - mündend in die Rheinschanz
gegenüber der Schiffmühl und Anstalt - fort-
ziehend in die Simmerlin in Rheinpreußen.

Dabei wird in Gemüthsart der allgemi-
ne Gemüthsart nachgefolgt, weil der Fluss
die Befahrung sich nicht nur auf die Schiff-
fahrt und die Befahrung der Schiff-
fahrt zu beschränken zu können.

- § 8. -

Allgemeine Grundsätze.

a, Die Befahrung, so wie die Zust der Hauptzoll-
ämter und der Nebenzollämter soll zu-
weilen unter Befahrung der Befahrung
Verhältnisse und Befahrungen, so wie gleich
der Fluss die größte Zoll-Befahrung im-
ständigen Befahrungen geschehen, jedoch
b, dass die Befahrung der Befahrung für den Fall,
dass diese Befahrung nicht Befahrung geschehen
kann, nicht allein nicht Befahrung
geschehen, sondern auch Befahrung
sagen.

c, Unter gleichen Befahrungen bleibt die
Befahrung

II,

Die Befahrung der Hauptzollämter und
der Nebenzollämter von der Befahrung.

Lesung und nach dem die sich verbindenden Mo-
tion von solchen Hauptzollämtern und einzel-
nen Nebenzollämtern I^{te} Klasse zu widerzi-
gen, oder Hauptzollämtern in Nebenzolläm-
tern I^{te} Klasse umzuwandeln, oder sich nach
einem inbestimmten Zeitraume die
Lesung einzelner Nebenzollämtern I^{te} Klasse
zu Hauptzollämtern zu beabsichtigen, in so
fern nicht durch Gesetzgebung solche Lesung-
en der Zweck zu erreichen seien.

d, Insbesondere wird sich auch jede Regierung ob-
zue pflicht machen, da, wo festgestellt in der
Zahlung auf Anschaffungskosten und Umb-
stellung oder dem Zweck der Umb-
stellung, möglich werden, diese zum Vortheil
des Staates zu verwirklichen, so
fern dasselbe Reductionen nicht bedarf.

e, Wenn mit gegenwärtigen oder künftigen
Veränderungen in der Organisation
des Staates die auf die Staats-Organisation
wirkenden Verhältnisse sich än-
dern, so muß auch eine Änderung in der
Anzahl der aufgestellten Abthei-
lungen hinsichtlich der Umb-
stellung — alles dieses nach vorerwähnter ge-
genseitiger Verständigung.

-§. 9.-

Alle die Hauptzollämtern und die Neben-
zollämtern I^{te} Klasse anzugehen, gleiches
die Commission einstimmt dem Gesetz-
zuge, wie dieses bei Festsetzung des Gesetz-
Zustandes angenommen worden,
zum letzten Abensicht folgen zu sollen.

Darum wird man sich dahin
sich dahin, vorerwähnte Punkte und damit
mit

mit Rücksicht auf die dienstlichen Anforderungen
zu sein.

- §: 10. -

Königlich Bayerisches Nebenzollamt I
Oberneuhaus.

a, Das Amt führt als Zollamt die Hauptzoll- und Sammelzollämter auf Leis-
man, welche über Hof, Bayreuth, Bamberg,
Würzburg etc. auf Nürnberg, Regensburg
führt.

Zu Oberneuhaus tritt eine ordnungsgemäße
Postenverbindung ein.

b, Dieses Nebenzollamt soll die Befugnis zum
Lagerungs- und Versteigerung auf Hof erhalten.

c, Zum Amtbestellung soll ein Nebenzoll-Be-
amter, ein Nebenzollamt-Controllant nach:
Abstand - sein. Dieses bei allen Nebenzollämtern
I^{te} Klasse in der Regel der Fall ist (auch wenn all-
gemein zum Amt bemerkt wird.) und
im Amtsdienste bestimmt werden.

- §: 11. -

Königlich Bayerisches Hauptzoll-Amt
Schirnding.

a, Das Amt führt als Zollamt die Hauptzoll-
amt Eger nach Bayreuth, welche von der gegen
Lachsen der nach Frankfurt ^{am} M. führt; es ist
ein einseitiger weisiger Punkt für die ein- und
Zollämter, und führt auf alle bestanden Handels-
mit Wein etc. statt.

b, Dieses Hauptzollamt soll mit den geschilderten
Lager Hauptzollamtbestellung bestellt; und mit ei-
nem Amtsdienste versehen werden.

- §: 12. -

Königl. Bayerisches Hauptzollamt Maching.

a, Dieses Amt soll, wo der Fall mit dem Pfaffen
statt

zur Engländerei-Abfertigung auf nach müssen
zu bestimmenden halten.
c, somit auf der Feststellung mit genug Lamenten
und einem Lamenten.

-§: 15.-

Königlich Bayerisches
Oberzoll-Amt Waidhaus.

a, Dieses Amt befindet sich vollständig, wegen der
mit Lamenten einbehaltenen Zollsteuer und
nach: Hauptsteuer und der großen Jünglinge,
sowie wegen der weiteren (Kaufmanns-
gen) Hilfe auf Mannblüthen, Hilfe auf Frank-
furt am. sowie auch auf wegen der Zölle
zu den zusammenhängenden.
b, Für dieses Amt besteht diese der großen-
lisa Lamenten von 3 Lamenten-Mit-
gliedern und einem Lamenten.

-§: 16.-

Königlich Bayerisches
Nebenzoll-Amt I" Eszlar.

a, Die Lamenten mit dieser Festen be-
steht sich ebenfalls durch den von Bochemen
einbehaltenen Lamenten.

b, Nach Erkenntnis der Lamenten
in Folge Lamenten Lamenten glaubten
die Commissarien, dass ein Lamenten zur
Gesellschaftsberatung für einen Lamenten,
und zwar mit Rücksicht auf die von Lamenten
der Lamenten Commissarien geltend ge-
machten Gründe, sowie ein Lamenten-
Lamenten.

-§: 17.-

Königlich Bayerisches
Hauptzoll-Amt Waldmünchen,

mit Kammernposten Höllerswirthshaus.

a, Lamenten zieht die Lamenten für Lamenten
allen

allen Ort sind Befund dinst; der Punkt ist
wegen des Transits dinst Bayern auf Tyrol
und Italien, wegen der Retouren und Italien,
wegen des Festzugs auf München, Augsburg,
Lindau und der Schweiz, sowie wegen
der großen Schiffsrollen - Hauptpunkte auf
Frankfurt ^{am Main} von großen Bedeutung.
b, die Befestigung selbst führt auf der vorderen
Stellen kommen mit dem Hauptzollamt -
Mitgliedern und ganz Amtsdirektoren zu ver-
fahren; übrigen sind mit Rücksicht auf den
Umstandposten.

-§. 18.-

Königlich Bayerisches
Hauptzollamt Eschelkamm mit
Umstandposten Neuaigen.

- a, der dinsten Ort ist der Zollstation - der
Anfang von Klattau über Pilsen und Neu-
markt, welche die Befestigung auf Passau führt,
zu kommen, nicht minder der Zug über
Teinitz auf Chamm, Straubing, München
und Regensburg zu kommen.
b, dieses Amt hat dinst auf der unternmündigen
zu Befestigung dinst der Lande und ganz
Amtsdirektoren Befestigung, sowie auf der Um-
standposten zu befestigen kommt.

-§. 19-

Königlich Bayerisches
Nebenzollamt I - Lwiesel.

(: mit Umstandposten in Malsdorf:)

- a, der Zollstation zieht von Klattau im Boek-
men über Waldhaus zum Amt.
b, dieses Amt ist wegen der Hauptpunkte
von Glos, Glosse: zugleich mit der Be-
festigung zur Befestigung der Befestigung
auf

auf die zu bestimmenden Gallen im König-
reiche Bayern und mit Rücksicht auf die Be-
gleitfahrscheinlichkeit wegen des Zuges nach Salz-
burg und Tyrol zu verfahren.

c, Auf dem ist die vornehmste Befehlsgewalt
mit großer Sicherheit und einem Ansehen,
auch mit einem Ansehen zu verfahren.

- §. 20. -

Königlich Bayerisches

Nebenzoll Amt I. Kleinphilippseuth.

a, Die Zollstation ist die von Prag über Guss-
warta nach Passau führende Straße, und ist sehr
frequent.

b, Das Amt bedarf eines Befehlsgewalt zum Be-
gleitfahrscheinlichkeit.

c, ist mit den vornehmsten Befehlsgewalt zu ver-
fahren.

- §. 21. -

Königlich Bayerisches

Hauptzollamt Passau. -

(: mit Bindungen:)

mit Ansehen:

und Ansehen,

zu München,

in München,

und München.

a, Zollstationen sind:

1, Die Landzollstation von München über Mün-
chensfeld z: und über die Zumbühl,

2, Die Landzollstation von Linz über Eisenbühl
und Laming, auch durch die Zumbühl;

3, Die Landzollstation von Heubach über den
Heubacher - Weg durch die Zumbühl;

4, Die Landzollstation auf der Donau, von
Lochenstein und Oberzell nach, bis zum
Ansehen der Zumbühl.

5, Jann auf dem Inn bis zu dem Punkte
bei Apfelkock, und von da bis zum Linder
am Rand.

6, Die Befestigung dieses äußersten westlichen
Grenzzollamtes fordert neben dem Festi-
gung der Annualposten die sehr hoch-
zollamtlichen Glieder, ferner sehr Uffizianten
und viele Munkel. -

- §. 22. -

Das Königlich Bayerische Nebenzoll-

Amt I^{tes} Oberzell.

a, Zollstation; hier ist besonders die Donau
von Bedeutung; es befindet sich eine Infanterie
ein Bataillon;

b, Das Amt hat eine unbefestigte Ab-
fertigungs-Station für die Passage vom
Juli zum Herbst über das Jülicher Land;

c, geringer Land und geringer Amtsdienst
oder eine Uffizianten und eine Amtsdienst;

- §. 23. -

Königlich Bayerisches

Hauptzollamt Scharding am Thurn.

a, Zollstation; die Station zu Land von Scharding
über die Inn-Länder bis zum Amt und die
Wasserstation auf dem Inn;

b, Die Befestigung betreffend, muß bemerkt
werden, daß sehr Land und geringer Dienst
nötig sind, wobei zugleich anmerken ist,
daß wegen des Muthwill des Jülicher-Landes
oft nur eine kleine Abtheilung ausreicht man-
den kann, deswegen conventionmäßig
die bayerischen Landwehr aus österreichischen
Abtheilungen, und eben so auch besondern die an-
stehenden Landwehr aus bayerischen Abtheilungen
ihre functionen wahrzunehmen, angewiesen
sind.

- §. 24. -

Königlich Bayerisches
Hauptzollamt Simbach am Inn.

- a, Zollknechte; - diese ist zu Land die Straße von Braunau über die Inn-Lücke, dann zu Mauthausen am Inn;
b, die Aufbahrung sind die vom Inn herkommenden, einen Aufbahrung und zwei Aufbahrungen.

Königlich Bayerisches
Nebenzoll-Amt I. Markt.

- a, Als Zollknechte ist der Inn aufwärts von dem Punkt bei Bergham, wo beide Flüsse zu Bayern gesellen, bis zum Aufbahrung zu bezeichnen.
b, Diese bei nach Möglichkeit nach Bergham am Zusammenfließen des Inns und des Salzachs vorzugsweise mit dem Aufbahrung besondern Aufbahrungen in Aufbahrung der Aufbahrung-Abfertigung, sowie zur Aufbahrung auf dem Inn und zum Aufbahrung mit Kiefernfeldern;
c, zur Aufbahrung sind genug Aufbahrung und ein Aufbahrung erforderlich.

Königlich Bayerisches
Hauptzollamt Burghausen,
(mit einem Mindelberg.)
mit Aufbahrung Salzachthor.

- a, Zollknechte; - die Knechte zu Land über die Salzach-Lücke durch das Salzachthor, dann die Aufbahrung am Salzach, sowie in der Thal als bei der Aufbahrung,
b, für diese Aufbahrung die Mindelberg-Aufbahrung-
nicht zugestanden werden;

grangewissigen Kaufleute münden beibehalten,
Einem Auftragsgebern aufzustellen, sondern in
in Expositur in Salzburger Hofen durch einen Offi-
zianten vorsetzen zu lassen, sowie diesen den
gemäß den Umständen Umständen von dem
Mitgliedern genug Abstand zu lassen und genug
Licht von der Hand für diese Art zu be-
zugen.

- §: 29. -

Das Königlich Bayerische Hauptzollamt Reichenhall.

(: mit einer Minderalage:)

a, Zollstationen — Diese sind

1, die Station von Salzburg über Schwarz-
bach und St. Leon.

2, die Station von Lofer über Mellek,

3, die Station von Berchtesgaden durch das
entfernteste Gebiet über Hiltthurn und
Obergemeinde.

b, Die Befugung münden von Seiten der König-
lich Bayerischen und der bayerischen Commisarien
in der Art beibringen, daß die nachfolgenden
Nabanzollämter Schwarzbach, Schellenberg,
Mellek und Raith im Winkel auf gemeinsa-
me Befugung besteht, dagegen für das gemein-
samen Hauptamt Reichenhall, welches fünfzig-
lich der Minderalage und sonst in der Befugung
der innere Kantone fällt, von der Ober-
befugung auf gemeinsame Befugung und zu-
gleich thätig für die benannten Kantone auf-
gestellt werden solle, was demnach in der Be-
fugung; daß die von den bayerischen Seiten vor-
gekauften Gegenstände als abgenommen
nicht angenommen werden, weil nachstehende
Befugung für ungenügend sind.

§: 30. -

Das Koeniglich Bayerische
Nebenzollamt I" Schwarzbach.

- a, Die Zollstaube geht von Sulzbach und Mel-
farnach gegen den Ort.
b, Die Befugung sollte mit genug Lamm-
ten und einem Lamm zu erfolgen.

- §. 31. -

Das Koeniglich Bayerische
Nebenzollamt I" Schellenberg.

- a, Die Zollstaube ist ganz von Salzburg über
den jungen Stein;
b, Die Befugung sollte ausführlich im
Lamm und einem Lamm zu erfolgen.
Lamm und mit einem Lamm und einem
Lamm zu finden.

- §. 32. -

Das Koeniglich Bayerische
Nebenzollamt I" Mellek.

- a, Zollstaube ist die von Lofen über Unken
und Steinpass zum Ort für den Lamm.
b, Die Befugung ist durch genug Lamm
und einen Lamm zu bewerkstelligen.
Lamm und, daß der Nebenzollamt
zu Schwarzbach und Mellek die Befugung so-
wohl zum gegenwärtigen Lamm als zum
Lamm und Befugung von Lamm-
Lamm und von Reichenhall genügt von
den Lamm.

- §. 33. -

Das Koeniglich Bayerische
Nebenzollamt I" Raith im Winkel.

- a, Die Zollstaube geht von Rosen nach.
b, Zur Befugung der Befugung sollte
bewerkstelligen der Befugung eines Lamm-
Lamm für den Fall eines Lamm
Lamm

Entschieden zur Zeit und im Voraus
bestimmt.

- §: 34. -

Königlich Bayerisches
Hauptzollamt Kiefersfelden.

a, die Zollstationen sind,

1. zu Lande die von Kufstein in der Richtung
nach Hiebling und München, dann eine nach
Rosenheim folgende Hauptstraße, und
2. das Jura in der Lang- und Hulsfont.

b, die Befugung dieses Hauptzollamtes soll
mit der normalmäßig bestimmten Länge
Hauptmitgliedern und Grenz-Unterschieden
oder einem Abstande und einem Unter-
chieden bezeichnet werden.

- §: 35. -

Das Königlich Bayerische
Nebenzollamt I" Windshausen.

a, die Zollstationen bilden

1. zu Lande, die Straße von Kufstein über
das österreichische Zollamt pp;
2. zu Wasser, das Jura,

b, die Befugung dieses Amtes sollen sich auf
die Wasserbefugung und den Landverkehr
von und nach, deshalb sollen auch Grenz-
scheiden nach dem Jura nämlich auf das Amt
Rosenheim und andere Ämter und Jura ab-
fertigen lassen.

c, die Befugung erstreckt sich auf Lande und
einem Jura.

Für den Fall, daß durch die Wasserbefugung
nicht eine Befugung nicht sein kann,
müßte eine Abänderung nach Nysdorf oder
an einem anderen geeigneten Punkt stattfinden.

- §: 36. -

Das Königlich Bayerische
Nebenzollamt I" in Kreuth,
mit dem Aufseherposten zu Stuben.

- a, die Zollkassette ist jenseit vom Jübsbruck über Aachenthal und Stuben;
 b, die Befugnisse dieses Amtes hat sich nach dem Vergleichsvertrag mit München, wofin daselbst incorporirt worden sind, anzuschließen;
 c, die Befugnisse verfährt mit genug Leuten und einem Linnen.

Das Königlich Bayerische
Hauptzollamt Mittenwald.

(mit einem Kinderwagen:)

mit dem Amteposten Kufensau:

- a, Zollkassette - die Kasse von Jübsauk über die Scharnitz und das Achnerhaus.
 b, die Befugnisse dieses Amtes, von wofin das Grundgesetz nicht nach München, nicht nach Augsburg geht, sondern von dem Land Hauptzollamt. Mitgliedern einen Abstanten und einen Linnen; nach ist wegen des Aufseherpostens (Kaufmann) zu lassen.

Das Königlich Bayerische
Nebenzollamt I" Tüßsen,

mit Amteposten in Pfaffenbrunn.

- a, Zollkassette -
 hier geht die Hauptstrasse aus Italien und Tyrol nach Nesselwang, Kempten, Memmingen & nach bildet das Lech eine Zollkassette.
 b, dieses Amt soll die Befugnisse zum Vergleichsvertrag mit München, Pfaffenbrunn und Augsburg haben; übriges
 c, mit dem geschicktesten genug Leuten bestellt;

nach

auf den Annahmeposten gesetzlich anzuweisen
werden.

- §: 39. -

Das Königlich Bayerische
Hauptzollamt Lfronten

mit Annahmeposten in Kaimers.

- a, Zollkassette ist die schon angeführte Haupt-
Kassette aus Italien und Tyrol &
b, die Befestigung besteht ausser dem Langhölz-
Korb mit glatten einem Abflanken und einem
Linnen, sowie die Befestigung des Annahmepo-
sten.

- §: 40. -

Das Königlich Bayerische
Nebenzollamt I" Hindelang

mit Annahmeposten Oberjoch.

- a, Zollkassette - zu diesem Amt und über das-
selbe führt die aus Tyrol über Weissenbach zu-
fuhrt und über Oberjoch ankommende Haupt-
Kassette aus Tyrol.
b, dieses Amt soll zugleich mit der Befestigung
zur Befestigung des Linnen über Oberstau-
fen und Weiler nach Lindau und zurück anzu-
stellen sein.
c, die Befestigung ist mit genug Linnen und
einem Linnen beauftragt, zugleich aber die
Anfänger wegen des Annahmeposten zu beauftragen.

- §: 41. -

Das Königlich Bayerische
Nebenzollamt I" - Oberstaufer mit
dem Annahmeposten in Ach.

- a, Zollkassette -
Hier ist zu bemerken, die Kassette aus
Vorarlberg, welche über dem Posten Ach
ankommt;
b, für das Amt selbst ist ein Linnen und
ein

nim Altkleistant barentenagt.

- §: 42. -

Das Koeniglich Baierische
Nebenzollamt I. Weiler mit
dem Annaldposten Scheidegg.

- a, Zollstraßen - die Straßen nach Bregenz
über Scheidegg und nach Bregenz über Langen;
b, dieses Amt soll aber so, wie Oberstaufen
den Grenzschutzwach mit Hindelang
und den Hellen zu Kempten haben, wobei
bezüglich auf den sogenannten Altpostschutzwach
durch einen in den Müssen zu stationierenden
Oberkontrolleur eingerichtet werden soll.
c, Amtbesatzung, wie bei Oberstaufen.

- §: 43. -

Das Koeniglich Baierische
Hauptzollamt Lindau

(: mit einem Mindenern:)

mit Annaldung in Anstalt, dann den An-
waldposten zum Einkauf und Zingeln,

- a, Zollstraßen - die Straßen
1, zu Land nach Bregenz über den Annald-
posten Kiegelhaus,
2, über den Landweg nach Reineck, Rorschach,
Constantz etc;
b, Bestimmung für dieses geschäftliche Amt nach
den Vorschriften des k. k. Hauptzollamtsdirektors
fürs Altkleistant und den k. k. Zinsen annehmen.

- §: 44. -

Das Koeniglich Baierische
Nebenzollamt I. Niederstaufen.

- a, Zollstraßen - dann nach Bregenz über Nie-
derstaufen nach Isny etc;
b, dieses Amt hat den Befehl zum An-
gleichschin - Abfertigung nach den bayerischen
Hellen, insbesondere in Ulm;

c,

c, Für dieses Amt sind genug Lanten und ein Amtsdienner bannfunt.

- §. 45. -

Hauptzoll-Amt Würzburg.

a, Zollstation - die Landzstaupe von Mosbach und Bischofsheim;

b, die Aufsatzung würde außer dem Lande Längst- und Mithylindam mit einer Abfichtanten und Lande Amtsdienner auf die Art in Amtung ge-
braucht, daß nach dem Wunsch von Nicht Lande-
nach für den Fall der Lande noch eine Auf-
satzung nachzufallen bleiben sollen.

- §. 46. -

Das Koeniglich Bayerische
Nebenzoll Amt I, Externberg.

a, Zollstation - jenseit von Bischofsheim,

b, besondere Aufsatzung zur Lande-
sitzung auf Würzburg,

c, Aufsatzung mit genug Lanten und einem
Dienner.

- §. 47. -

Das Koeniglich Bayerische
Nebenzollamt I, Lengfurt,

(: mit Minderalage:)

a, die Aufzstaupe von Wertheim,

b, dieses Amt soll in Längst auf die Abficht-
ung der zu Lande aufeinander und zu Auf-
sätzen anderer besondern, eine ungenügend den
zu Aufzstaupe aufeinander und zu Lande son-
der besondern Gütern und besondern Aufsatz-
ung aufstellen, auf zum Aufsatz der Aufzstaupe-
Aufzstaupe mit einem Aufzstaupe/: Aufzstaupe/:
aufzstaupe sonder.

Oben und sonder Aufzstaupe sonder auf
aufzstaupe Aufsatzung bleibt sonder Auf-
satzung nachzufallen,

c,

c, zur Gasseßbesorgung genug Land zu einem
Kistanten und einen Diener anstellen.

- §: 48. -

Das Koeniglich Bayerische
Hauptzollamt Mittenberg,
(: mit Minderalgen:)

mit Kummelzollamt in Bürgstadt.

- a, Zollkassen sind in Messenhausen von
Wertheim und Freudenberg, dann in Land-
zollkassen von Wertheim und Bischofsheim,
b, die Besatzung soll mit drei Hauptmann-
Mitgliedern, genug Kistanten und genug
Knechten besetzt sein.

Insamit wird bemerkt, daß für Neu-
kirchen die Samstagsung besetzt soll, die
Kassen, nämlich von der - und Knechtung sein
besonderten Gütern in unbeschränktem Mangel
von Julem zu Julem auf der Kasse von
und nach Mittenberg zu stellen.

- §: 49. -

Das Koeniglich Bayerische
Nebenzollamt I. Amorbach

mit einem Kummelzollamt zu Schneberg.

- a, Zollkassen - die Kassen von Waldthüren,
Buchen und Muthau.
b, Besatzung mit einem Landman; übrige
Besetzung des Kummelzollamts; ein Knecht-
Diener für den Fall des Bedarfs in Amor-
bach bleibt vorbehalten.

- §: 50. -

Das Koeniglich Bayerische
Nebenzollamt I. Frankenthal,
(: mit Minderalgen:)

Insistlich wird bemerkt, daß
auf Wahrung der Bestimmung für
genug

- a, Ligt am Rhein Philippsburg und Graben gegenüber;
 b, Befestigung, sein großmüthig mit genug Landbau und einem Damm.

- §. 54. -

Das Königlich Bayerische
Nebenzollamt I" Leimersheim.

- a, Zollstation - liegt am Ludwigschen Hofen Schreie gegenüber; -
 b, Befestigung mit genug Landbau und einem Damm, sein bei Leimersheim.

- §. 55. -

Das Königlich Bayerische
Hauptzollamt Schweigen.

- a, Zollstation - Die Station von Weissenburg nach Bergzabern,
 b, Befestigung - Das Amt ist außer dem Königlichen Amtshaus, auf mit einem Aufstehenden und einem Damm zu bestallen.

- §. 56. -

Das Königlich Bayerische
Nebenzollamt I" Neuburg und Ufen.

- a, Zollstation - Es ist eine die Hauptüberfahrt nach Carlsruhe und Rastadt.
 b, zur Amtsbefestigung sind, sein großmüthig, genug Landbau beauftragt.

- §. 57. -

Das Königlich Bayerische
Nebenzollamt I" Neulauterburg.

- a, Zollstation. Ligt am Ludwigschen Hofen Lauterburg gegenüber;
 b, dieses Amt soll die Befestigung zur Abfartigung von Ludwigsheim nach dem Rheinschanze, nach Speyer, nach Mainz und nach dem Großherzogthum Baden und Pfalzlanden haben;

c, mit den grenzschließenden grenz Ländern und
niemal Ländern besetzt werden.

- §: 58. -

Das Königlich Bayerische
Nebenzollamt I" Eppelbrunn.

a, Zollstation, die Station von Litzsch;
b, die Befestigung soll, wie jetzt zu Neulauter-
burg, mit grenz Ländern und niemal Ländern
sein, auf die Befestigungs-Befestigung in
gleichen Ort verbleiben bleiben.

Zur Abgrenzung sind angesetzt, daß
diese Ländern am Rhein die Befestigung
am Jule und zum Jule mit Landung
des Länders, dann auf die Landung
und Großschanzen Ländern am Rhein
über dürfen.

- §: 59. -

Das Königlich Bayerische
Nebenzollamt I" Habkirchen.

a, Zollstation sind die Station von den
französischen Recetten, Saargemünde und
Frauenberg französisch, -

b, diese Art soll grenz Ländern, niemal Offi-
station und niemal Ländern haben, auf die
Landung Ländern eingeleitete Befestigung, von
den Ländern künftig nötig vorhanden sein-
nigung sind Hauptland der französi-
schen Ländern gegenüber angesetzt werden.
Kleinigkeiten sind die Befestigung auf die
Landung Hauptland in den Befestigung
und auf Großschanzen Ländern Ländern.

- §: 60. -

Das Königlich Bayerische
Nebenzollamt I" Neuhornbach.

a, Zollstation - jetzt von Bilsch nach Zweig-
brücken; -

b.

b, dieses Amt wird ebenfalls mit der Befugniß zur Befugniß zur Abfertigung auf die Karten in Rheinbargen und in die anstehenden Mannschaften begeben.

c, zur Amtbefugniß sind die vorgeschriebenen genug Lizenzen und nur die in Konflikt gebunden.

-§: 61.-

Das Koeniglich Württembergische Hauptzoll Amt Friedrichshafen.

(: mit Mannen = Kindenbezug :)

Annahmestellen in Fischbach.

a, Zollkassen:

1, der Annahmestelle im Hofen zu Friedrichshafen,

2, der Straße von Mörsburg über Fischbach,

b, Besetzung mit einem Oberinspektor, einem Hauptmann. Randanten, einem Hauptmann. Lizenzen, sechs Offizianten, genug Amt Mannen.

-§: 62.-

Das Koeniglich Württembergische Nebenzollamt I. Langenargen.

a, Zollkassen. Der Annahmestelle im der Riffel = Halle zu Langenargen,

b, Auf Befugniß zur Befugniß der zum Aktien bestimmten Schweizer Mouseline.

c, Besetzung mit einem Lizenzen und einem Amt Mannen.

-§: 63.-

Das Koeniglich Württembergische Nebenzollamt I. Ravensburg mit Annahmestellen in Neuhaus mit Mann = besetzung II. -

a, Zollkassen von Überlingen und Markdorf über Neuhaus,

b, Besetzung mit einem Lizenzen, einem Amt Mannen

Lautschauer und einem Amtmann auf
Vormerkung, wie bei Frankenthal.

- §. 64. -

Das Königlich Württembergische
Hauptzollamt Krauchenwies mit
Ammalgoseln in Hausen, Nabmberg =
bung II".

a, Zollstaatsamt.

1, die Staats von Pfullendorf über Hausen,

2, die Staats von Mörkirch,

b, Befugung mit den drei Hauptamtmit-
gliedern, zwei Offizianten und einem Diener.

- §. 65. -

Das Königlich Württembergische
Nebenzollamt I" in Ostrach.

(: Amalgoseln in Speck mit Nabmbergung
II", dann in Ingolf mit Nabmbergung II:)

a, Zollstaatsamt,

1, die Staats von Ueberlingen über Speck,

2, die Staats von Pfullendorf über Ingolf,

b, Befugung mit einem Leutnant und einem
Lautschauer.

- §. 66. -

Das Königlich Württembergische
Nebenzollamt I" Sigmaringen.

(: Amalgoseln in Vilsingen mit Nabm-
bergung II:)

a, Zollstaatsamt von Möckins über Vilsingen,

b, Befugung zur Befugung der zum Amt
bestimmten Offizianten-Messelene,

c, Befugung mit einem Leutnant.

- §. 67. -

Das Königlich Württembergische
Hauptzollamt Tuttlingen
mit Nabmbergung und Amalgoseln,

1, in der Tuttlinger-Donau mit Nabennafahrung II,

2, in Neuhausen mit Nabennafahrung II,

a, Zollstraßen,

1, die Straße von Möskirch über Neuhausen,

2, die Straße von Stockach und Schaffhausen,

3, die Straße von Donaueschingen,

b, Befahrung mit der königlichen Hauptzollamt-
glinde, gegen die Pfänder und gegen die
Länder.

- §: 68. -

Das Königlich Württembergische
Nebenzollamt I" Thuringen.

a, Zollstraßen von Donaueschingen,

b, Befahrung mit einem Lande.

- §: 69. -

Das Königlich Württembergische
Hauptzollamt Schramberg mit
Einmalposten in Lauterbach - Nabennafahrung II -
und in Aufstaden - Nabennafahrung II.

a, Zollstraßen,

1, die Straße von Hornberg über Lauterbach,

2, die Straße von Schlittach über Stichen,

b, Befahrung mit der königlichen Hauptzollamt-
Mitgliedern, einem Pfänder und einem
Lande.

- §: 70. -

Das Königlich Württembergische
Nebenzollamt I" Rothweil,

(: Einmalposten in Horgen mit Nabennafahrung II:)

a, Zollstraßen von Tillingen über Horgen,

b,

b, Befugniß zur Laynitssum-Abfandigung
an und von Württembergischen Gütern,

c, Befugniß mit einem Leventen, einem
Landmann und einem Knecht.

- §. 71. -

Das Königlich Württembergische
Hauptzollamt Freudenstadt.

Annahmegastan auf dem Rhein mit Ma-
brennung II, dann in Vörmünzengast mit
Mabrennung II.

a, Zollstationen.

1, die Station von Sinsheim über den Rhein-
bis;

2, die Station von Gernsbach über Schoen-
münzengast,

b, Befugniß mit dem Land Hauptmann mit-
gliedern und einem Knecht.

- §. 72. -

Das Königlich Württembergische
Nebenzollamt I Albersbach.

a, Zollstationen von Schiltach;

b, mit Befugniß zur Laynitssum-Abfandi-
gung an und von Württembergischen Gütern,

c, Befugniß mit einem Leventen, einem
Landmann und einem Knecht.

- §. 73. -

Das Königlich Württembergische
Nebenzollamt I Calw.

(: Annahmegastan in Unterzönnigst
mit Mabrennung :)

a, Zollstationen von Pforzheim über
Unterhaugstadt.

b, Befugniß mit einem Leventen, einem Lan-
dmann und einem Knecht auf Annahmegast-
ung, wie bei Frankenthal und Ravensburg.

- §. 74. -

Das Königlich Württembergische
Nebenzollamt I "Neuenbürg,

(: Ummantelungsweg in Löffelau mit Nabenn-
anführung II, dann in Birkenfeld-Ziegel-
hütte mit Nabennanführung II :)

a. Zollstationen -

1. Die Station von Gernsbach über Löffelau,
2. Die Station von Pforzheim über Birkenfeld-Ziegelhütte,

b. Befestigung mit einem Landwehr.

- §: 75. -

Das Königlich Württembergische
Nebenzollamt I "Merklingen.

a. Zollstation von Pforzheim,

b. Befestigung zum Landwehrsystem - Befestigung
nach dem Gallen zu Tübingen, Reutlingen,
Stuttgart :

c. Befestigung mit einem Landwehr, einem
Landwehr und einem Landwehr.

- §: 76. -

Das Königlich Württembergische
Hauptzollamt Enzberg.

a. Zollstation von Pforzheim,

b. Befestigung mit dem Landwehr Hauptzollamt
Gödingen, gegen Ostzollamt und gegen
Landwehr.

- §: 77. -

Das Königlich Württembergische
Nebenzollamt I "Kittlingen

a. Zollstation von Bruchsal;

b. Befestigung zum Landwehrsystem - Befestigung
und Befestigung auf und von allen Wirt-
schaftswegen Landwehrsystem und Landwehr
Hauptzollamt und Gallen, und zum
Befestigung für die Festung mit
Landwehr

Leistung des Kückens, gleich einem
Günstigkeits,
c. Leistung mit einem Linsen, einem
Linsen, einem Kückens und einem
Linsen.

- §. 78. -

Das Königlich Württembergische
Hauptzollamt Heilbronn,

(mit Württemberg-Mindlingen und Kückens-
Leistung in Schweigern mit Kückensleistung)
II. - Leistung in Fürfeld mit Kückensleistung
I.)

- a, Zollstationen;
1. Die Stationen von Carlsruhe und Eppingen
über Schweigern;
2. Die Stationen von Heidelberg über Fürfeld;
3. Der Neckar mit Kückensleistung bei den
Württemberg-Mindlingen.
b. Leistung mit dem Linsen Günstigkeits-
Linsen, Linsen Kückens und einen Kückens-
Linsen.

- §. 79. -

Das Königlich Württembergische
Nebenzollamt I " Fürfeld. "

- a, Zollstationen von Heidelberg,
b. Leistung zur Linsenleistung-Abfertigung
nach Heilbronn,
c. Leistung mit einem Linsen, einem
Linsen und einem Kückens.

- §. 80. -

Das Königlich Württembergische
Hauptzollamt Mergentheim,

mit Württemberg-Mindlingen und Kückens-
Leistung in Ziegelhütte bei Mergentheim
mit Kückensleistung II " Leistung in Edelfingen
mit

mit Abrechnung II.

a, Zollamtst.: w:

1. Die Hauptst. von Bockberg;

2. Die Hauptst. von Wertheim über Edelfingen,

b, Befestigung mit daz. Gringantbündeln.
Dann und einem Damm.

- §: 81. -

Das Königlich Württembergische
Nebenzollamt I" Marbach.

a, Zollamtst. von Aldersheim,

b, Befestigung mit einem Damm.

- §: 82. -

Indem Königlich Württembergischen
das Nebenzollamt I" Wimpfen.

(Gringantbündel Gringantbündel)

a, Zollamtst.,

1. Die Hauptst.,

2. Die Hauptst. von Rappenaub.

b, Befestigung zur Gringantbündel - Abfertigung
von Heilbronn;

c, Befestigung mit einem Damm, einem
Gringantbündel und einem Damm.

- §: 83. -

Nach der Befestigung über die Gringantbündel
und Nebenzollamt I" Hauptst. zur Commission
zur Befestigung über die Zoll des Nebenzollamtes
II" Hauptst., über die Befestigung der Befestigung
von Heilbronn und über die Befestigung solcher Damm-
ten über.

Nach langer und unständlicher Verhandlungen,
nach der Königlich Preussischen Commission-
en vorkommen, daß für die östl.
Preussische Befestigung ein Damm
von fünfhundert drei und neunzig Grenz-
meilen im sieb. und neunzig Nebenzoll-
amt.

amt.

Artikel II^{te} Klasse und für die versch. Landes-
 Räte der Provinzen bei einer Überführung
 von zweihundert drei und zwanzig Mann-
 Meilen nur zwei und neunzig Mannzoll-
 Artikel I^{te} befehlen - daß sich die Anfor-
 derungen der Landesräte und Württemberg-
 Räte dem Kaiserlichen Reich dem bispanischen
 Meistern in Bayern und Württemberg viel
 zu groß seien, daß sofort eine neue die
 Annäherung der Übergangs- Befehlung z:
 die früheren Voranschätzungen fast durch-
 aus verändert werden - und eine die Ein-
 schiffen und Transportmäßig schiffen Com-
 missionen und andere Befehlung befehligen-
 den, - überzogenen werden sich allseitig, daß eine
 förmliche örtliche Ermittlung dieser Mann-
 Zollarten II^{te}, für deren Übergangs- Landes-
 rat und Württembergische Räte die An-
 forderung der Transportmäßig Voranschätzungen
 und der Transportmäßig Voranschätzungen zu Maß-
 Artikel z: möglichst schnell gemacht werden,
 nicht nur Transportmäßig und darauf nachfol-
 gende Transportmäßig zu Folge haben müßten;
 Transportmäßig und in der Annäherung, daß alle-
 Dinge zu Zeit noch Gründe überlassen mögen,
 welche in der Landesräte Bayern und Würt-
 temberg eine größere Anzahl solcher Artikel
 notwendig machen, werden der Übergang an-
 greifen, zu Mann- Meilen einen Durchschnitt-
 Betrag von sechzig Meilen in Ansatz zu
 bringen und der Landesräte befehligen-
 den, und so die Bestimmungen einen un-
 möglichen Fall zu Überführung der an-
 forderlich bestimmten Mannzollarten II^{te}
 anzunehmen, müssen die Voranschätzung,
 daß

Dass viele dieser Konten allmählich bald auf-
gehört werden könnten, von einem Konten
bestanden würde. -

Mit diesen Konfirmationen würde - nach weiteren
Erörterungen der Konten, - die Aufzuge-
posten, deren Aufstellung im gemeinsamen
Zustande zu geschehen hat, sofern nicht in der
Willkür eines einzelnen Regiments, dessen
Konten - unabhängig und gesondert in einer
Reihe zu bringen - in Verbindung gesetzt,
und dadurch auch die nächste Vereinbarung
in Aufhebung der übrigen Nebenzahlungen II^{te}
Lage resultiert.

- § 84. -

Anhang der Konten, welche nach der
Vereinbarung über die konfirmierten Konten
zu dem Zweck dienen, glaubten sich die Commis-
sionen nach Würdigung aller Verhältnisse und
nach verschiedenen Überlegungen, sowie mit
Billigung der in beiden Hefen vorhandenen
Einrichtungen dieser Angelegenheiten zu können,
dass die Kommissionen, nämlich:

- a, für ein Gemeinsames von je
zwei Hundert fünfzig Thaler -
- b, für ein Nebenzahlung I^{te} Lage
sechzig Thaler -
- c, für einen Aufzugsposten
Dreißig Thaler

angenommen wurde, und dass der angezei-
gte Regiments die weitere Disposition
überlassen bleiben.

Nachdem nach einem ausführlichen
Bericht der Motive angenommen, dass
bei der geringen Anzahl der zukünftigen
Gesellschaften und der großartigen Gesellschaften
Gemeinschaften

Hingehenden Dauselben den Dinstag die Aufsehung
niedergewiesenen Landes bezeugen, den
Königlichen Kantonen aber so die in den Ver-
bänden besonders vorgezeichnete bisserige
Summe zugestanden, sondern den König-
reich Württemberg eine Zahlung von Dreihun-
dert Thalern und ebenso eine Zahlung für das
Großherzogtum Hessen in Neussenburg mit
neunzig Thalern zugesagt, auf den Kön-
iglichen und den Großherzoglich Hessischen
Regierung mit Rücksicht auf die gegenwärtig-
ste Lage und auf den vorgewiesenen besonde-
ren Nutzen für den Gesamt-Anbau zu
den sechshundert Thalern zur Lastsetzung
den Landesbanken übertragen werden solle, auf-
und die übrigen Anbau-Regierungen
diese Aufgabe selbst tragen.

Sodann werden in Beziehung auf die Anleihe
und fast allen Kantonen im Königreich Sachsen,
insbesonders die verbleibenden Halberstadt annehmend,
sowie über alle dieser zugehörigen Anleihen
unbedingt das sofortige Vorabsetzen, wegen
den künftigen Nutzen, welche eine Einwan-
derung haben, Dinstag eine Vereinbarung
zu besondern Vorabsetzungen in Form von
Landen sagen, daß der Gesamtheit dieser Land-
ten. Kantonen, gemäß der Bestimmung im
Vertrag. Artikel vom 11. Mai vorigen Jahres
zu Artikel 30 des Verfall-Vertrages von
Dauselben Tage, die über die Leihfrist
allgemein getroffene Vereinbarung für
nicht mitzutheilen sagen wird.

- §. 85. -

Zu Beziehung auf die Genossenschaft
werden die künftigen Lande und den
Bestimmungen

III.

Die Control-Posten im Laufe des
Genossenschafts-Genossenschafts.

Bestimmungen von §§. 82 und 83 der
Zollordnung die Nothwendigkeit der Auf-
stellung eigener Festsetzungen zu unter-
suchen, dagegen von Seiten der Gren-
zschiff und Grenzschiffen Commissionen abzuwarten,
dass eine Aufhebung eigener Festsetzungen
an der Grenze, abgesehen von dem Aufheben-
de, werden möglich und notwendig erscheinen,
und dass in Aufhebung der Geschäftsbeschränkung,
der Befreiung der Legationsschiffe ge-
gen die Zollbestimmungen beizuhalten sei-
ben, dass es immer für jede Regierung die
Aufgabe bleiben müsse, durch geeignete Ein-
richtungen eine solche Mitwirkung im gemein-
samen Interesse herzustellen, so wie auch
in einem Falle gefordert werden könnte,
dass eine große Zahl besonderer fester
Autoren förmlich bezieht, und so die Aufhebung-
Summe auf eine angemessene Weise aufgestellt
werden.

Auf die weiteren Bestimmungen, welche
von der Legation und Münchener Legation Com-
missionen - unter Hinweisung auf §. 33.
des Caseler Protokolls vom 5. und 6. December
1831. aufzuheben werden, wurde unter dem Be-
merkungen, dass eine spezielle Ermittlung in
einem Hinsicht möglich gefunden werden könn-
en, und dass die Aufhebungsmittel dieser im Kom-
missionen getraut, dass zur Deckung solcher
Aufgaben auf der Maßnahme der Gren-
zen eine neue Summe von zwanzig
Thaler pro Meile angenommen werden
sollen, wodurch jede weitere Erörterung
bezüglich der Aufhebungsmittel.

Zusammenfassung der vorliegenden Gründe
und

und Jungfrauen und wann ich es mir sey, daß daß
der Leinwandstücken dergestalt eine Zufatz sein
zu einem Zweckes dergestalt sein; daß
man es jedoch angeseht, daß man für ein
klein Stücklein dergestalt ein gleiches Maß
halten soll, für ein größeres dergestalt
dieses dergestalt das dergestalt dergestalt.

- 86. -

IV.

In Expressing how your presence
enriched my fallow.

Allyanzen einzuwirken, dass sowohl gegen das Abkündigung
des Handels-Vertrages als gegen die Abkündigung
des Handels-Vertrages in Gemeinschaft Artikel
des Zoll-Vertrages, als
auch die Abkündigung des Handels-Vertrages
die Abkündigung gemeinsamer Abkündigung
sollten möglich sein; dagegen waren die Ab-
kündigung über die Zoll-Vertrags-Verträge, in-
dem es nicht möglich war in einem gemeinsamen Zoll-
Vertrag das Mittel zur Abkündigung und
Abkündigung des gemeinsamen Handels-Vertrages, sowie
zur Abkündigung der Abkündigung über die
Handels-Verträge finden, und in nachstehender
Begründung sei auf die Abkündigung be-
zogen, zu welcher die Abkündigung von den
in Berliner-Verträgen am 27^{ten} März 1829
unterzeichneten gemeinsamen Abkündigung von
Abkündigungsgünstigen Abkündigung gegeben hatte,
und demnach aber nicht möglich war in einem
möglichen Abkündigung der Zoll-Verträge
Abkündigung der Abkündigung eines ge-
meinsamen Handels-Vertrages, und folgte demnach,
dass der Handels-Vertrag seine Abkündigung
auf den gemeinsamen Handels-Vertrag von-
folgt, es kann nicht durch den gemeinsamen
Vertrag, die Abkündigungsgünstigen zu be-
zweifeln,

zinsen, was die Haupten sich künften oder
sonstigen, wiewohl es sich in Bezugung
auf die Commercial. Luten kein besondres
Gebrauch sagen können, wenn sich irgend-
ne Quantitäten der im kleinen Handel be-
merkenden Artikel nicht in den Listen einzu-
tragen manden sollten; übriges sich an
genügsamlich, für diese Listen besondres
Gefühl - Kennzeichen zu unterwerfen. -

Abt. I. A. F.
" II.

Das dem gegenwärtigen Protocoll beigegen-
te Regulatorium sammt dessen Anlagen
und einem neuentworfenen Promemoria ent-
hält das Resultat der beschlossenen Verein-
barung, und wird sich nach bemerkt. Daß
a, jenseit Holland mit dem vorerwähnten zum
Grund liegenden Namen

"gemeinschaftliche Anwaltschaft zu d.
zu bezeichnen.

b, in der Folgezeit der Fülle mit einem
Lauten zu besetzen, und sich bei der von
vordem wissigen Abhangungsverfassung die-
sen ein Abt. beizugeben sagen werden;

c, daß nach dem Lauten über den von dem
Anwaltschaft zu bestellend ist, in dessen Ge-
biet die Anwaltschaften ist, und, dass
Lauten oder Abt. über den von dem
gegenwärtigen Anwaltschaften;

d, daß der oder die Lauten bei der An-
waltschaft von dem Anwaltschaften, und
sich bestellend, für die Abt. ansehung das
gemeinschaftliche Gutachten zu manden,
oder wenn sich schon in sich und nicht schon,
sind der besondres Ansehung
sich der geltend zu machen,
und das Anwaltschaft - oder Gemeinheits-

Protocoll

Protocoll ab den Legehenden des gegenwärtigen
lingenden Mannesstandes mitzutheilen fügen
wird; -

e, daß als höchster Gehalt für den ersten
Lehrenden einen solchen Annahmestellen vier
hundert Reichthalen, für den Lehrenden
zweihundert fünfzig Reichthalen angesetzt
wird, ferner jeder bei minderen Leistungen
und von anderen mit besoldeten Lehrenden
als Abzugssumme zu veranschlagen ist.
Dieser Satz bis auf fünfzig - bis hundert
Hundert - Reichthalen fortan zu veranschlagen
werden können, und endlich

f, daß die Summe für diese Annahmestellen
aus dem Einkommen des Mannesstandes zu
nehmen ist. Deren Zuzahlung
Lehrende Quantität von Aufwandskosten der Ge-
samtheit in Aufwandskosten zu bringen
sollen.

- §. 87. -

Lehrende Mannesstandes Seite werden,
wie schon früher in Berlin geschehen, als
Lehrendenstandes vorangeht, daß der Mann-
standes nach seiner gegenwärtigen Lage be-
stimmt ist, von der gegenwärtigen Mannes-
Zahlung der Mannesstandes zu veranschlagen, in
Gegenwart der Mannesstandes Mann-
abrechnungen geschehen. Es ist zu ver-
sichern, daß sich bei der Bildung der
Lehrendenstandes und bei der Bildung der
Lehrendenstandes mit dem Mannesstandes
Lehrendenstandes werden können, daß
es übrigens in der Natur der Sache und der
Ansehung liegt, von allem mit Rücksicht
auf die Mannesstandes der Mannesstandes, ferner
der

V,

Die Regulierung der Zollverwaltung von
den Mannesstandes und die Leitung der
Zollverwaltung.

Das in den aufgestellten Punkten beschriebenen
Zollverordnungen einen Umschlag zu bil-
den, zu welchem Ende diesen einen Satz für
das Minimum zu namntalen, und die An-
wiesung oder Befehl dieses zum Mindesten
in demselben Satz auf Anweisung des Ge-
richts oder Befehl des Zollverordnungs-
amtes zu dem Zweck angewandt werden -
nicht mindes den Befehl unverändert
zu setzen für unverändert und in-
verändert Fälle. Die volle Verantwortlichkeit
zu übernehmen. Zu gleicher Zeit würde der
Staat und die Dislocation der sämtlichen Zoll-
schutzverordnungen, sowie das zum Befehl
requirierten Linien-Militär angewandt.

Das Befehl des sehr verehrlichen Landrath-
en concentrirt sich in Befehl des Landrath-
en

1. Die Befehl des Landrath-Genesal-
en, und
2. Das zum Befehl des Landrath-Genesal-
en in nachstehenden Punkten ange-
nommen würde:

- A. -
Für das Königreich Bayern.

- a, für den Distrikt gegen Böhmen von der
Kuttenz bis zur Donau bis zur Donau zu zehn
neun und siebenzig Meilen, und
- b, gegen das bayerische Mühlviertel von
Donau bis zur Donau zu zehn
drei Achtel Meilen, sowie zusammen zu fünf und
vierzig Meilen Landrath;
- A Meilen von Meilen — 180 Meilen, -
- c, gegen das Innviertel von der Donau
von der Donau bis zur Donau zu vier und drei-
ßig Meilen -

d,

d, gegen Salzburg aus dem Salzweg nach Wilds-
hüt bis Brechelbrücke zu sechs Stunden, sohin
zusammen auf zwey und zwanzig Meilen
Abzug von 1000 Mann

6 Mann pro Meile - 132 Mann mit einem
Zusatz für die Lammung in Passau p:
8 Mann; -

e, gegen Salzburg zu Linde von dem Linde-
Linde bis zum Scheffelberge zu zwey und dreißig
Stunden, und

f, gegen Tyrol und Vorarlberg vom Scheffelberge
bis zum Einflusse des Leiblach in den Bodensee
zu Einhundert acht zwey Achtel Stunden, sohin
zusammen auf siebenzig Meilen 4 Mann pro
1 Meile - 280 Mann, -

g, gegen die Schweiz vom dem Leiblach bis Non-
nenhorn zu dreß zwey Achtel Hun-
den oder ein und eine halbe Meile 10 Mann pro
1 Meile - 15 Mann -

h, gegen Baden von Bütthardt bis Homburg
und von Bürgstadt bis Breitenbach zu sechs
und zwanzig Stunden, sohin zu 13 Meilen
8 Mann pro 1 Meile - 104 Mann, -

i, gegen Baden von Homburg bis Bürgstadt
zu acht Stunden oder vier Meilen -

10 Mann pro 1 Meile - 40 Mann Zusatz
zur Lammung -
von Mittenberg 4 Mann -

k, gegen Baden von Rheim zu sieben und zwan-
zig zwey Achtel Stunden nach: vierzehn Meilen
15 Mann pro 1 Meile - 210 Mann -

l, gegen Frankreich zu ein und dreißig Hun-
den oder fünfzehn und eine halbe Meile -

5 Mann pro Meile . . . 78 Mann -
also im Ganzen: Eintausend ein und
fünfzig

fünzig Mann, wobei jeder ausdrücklich
bemerkt werden, daß im Absichtswort wohl
auch noch im ersten Augenblicke besonders
militärische Abfertigung möglich seyn können,
und daß überhaupt in Fällen, wo eine solche
unerschiedliche Abfertigung nicht mehr möglich,
der Commando - Gehör von der Gesamtheit
getrennt werden.

-B.-

für das Königreich Württemberg werden
zu dreißig und achtzig Meilen gegen die
Schweiz und Baden in der Absicht, um beson-
ders am Bodensee z. zu Meilen nach der
Lage einer jeden Mann einzuhalten zu können
benutzt,

7 Mann pro 1 Meile — 581 Mann:

-S: 88.-

Nach den tatsächlichen Mannschaften werden
sich für die Gesamtheit Mannschaften zu 1632
Mann in beiden Königreichen annehmen,
1, daß 108 Mann benützt seyn sollen, wo-
von

zwei und siebenzig auf das Königreich
Bayern, und
sechs und dreißig Mann auf Württemberg
treffen.

2, daß ferner achtzig Oberkontrollanten,
nämlich:

52 für das Königreich Bayern,

28 auf das Königreich Württemberg ein-
gestellt werden, so daß die Zahl der benütz-
ten Aufsicherer sich erfüllt, wie die Zahl der
Oberinspektoren von den Hauptmannschaften
und die Zahl der Oberinspektanten.

-S: 89.-

Nachdem wir diese projektirte
Einschätzung

Einführung in Hinsicht auf die Grenzämter und
auf die Grenzbeaufsichtigung und Leitung der Haupt-
factoren zur Vermittelung der in den Landes-
Verordnungen angegebenen fünfsschüssigen
gaben, und zur Lenkung der Pünktlichkeit
selbst nur nach der Kommissär für die an-
stehenden Befragungen anfordern, wenn,
so würde von Seite der Königlich Preussischen
Commissarien unter Zugrundelegung der an-
geordneten im Königreiche Preussen be-
stehenden Kommissär - nach Detailierung der
Gemeinde, welche aus der Verfassung der
geographischen Verhältnisse der minderen
Lage der Bevölkerung, und der Lebensbedin-
gungen hervorgehen, die Verfassung dieser mit-
teilt, daß zur Lenkung folgende Be-
stimmungen genommen werden, nämlich:

a, für einen Provinzialen Eilthundert
Gulden,

b, für einen Kantonalen Achtthundert Thaler,

c, für einen Hauptzollamt - Kantonalen
sechstehundert Gulden,

d, für einen Hauptzollamt - Distrikten fünf-
hundert Gulden,

e, für einen Kantonalen solches Kantonalen zwei-
hundert Thaler,

f, für einen Nebenzollamt I^{ten} Klasse vier-
hundert sechzig Gulden,

g, für einen Distrikten und alle Kantonalen
Nebenzollamt I^{ten} Klasse drei-
hundert fünfzig Thaler,

h, für einen Kantonalen bei solchem Kan-
talen hundertachtzig Gulden,

i, für einen Nebenzollamt, ein Jahr be-
steht, zweihundert dreißig Gulden,

k, zur Einführung der Nebenzollamt II^{ten}

Stück

Leute, wie obenfalls schon angegeben worden,
sechzig Thaler für jede Meile der Zollgrenze
zu; ferner

l, für die Oberinspektanten Equipage. Geld dreihundert dreißig Thaler,

m; für einen Grenz-Landwirth sechshundert Thaler und für ein Diensthof einhundert sechzig Thaler;

n, für einen Küster zu Hofe zweihundert siebenzig Thaler, für ein Diensthof einhundert zwanzig Thaler,

o, für die Zollschutzwachmannschaften, Grenzwächter zu Fuß zu Mann zweihundert vierzig Thaler. -

In Folge der durch gegenseitige Abverständigungen zwischen demüthig unterzeichneten Herrschaften wurde demnach beschlossen, unter gleichzeitiger Rücksichtnahme auf dasjenige, was für die Unterhaltung d: schon früher verabrechnet worden, in beiliegenden Uebersichten für die Königreiche Baiern und Württemberg, ferner für das Königreich Preussen, das Kurfürstenthum Hessen und das Großherzogthum Hessen unter Angabe des Personal- und sonstigen Auswands die Resultate der vorerwähnten Abverständigungen und die Dienstverhältnisse, welche sich hieraus bedingen, anzustellen, und alle durch diese Abverständigungen das Protocoll selbst zu ergängen.

- §. 90. -

Die am Abfluß dieser Abverständigungen angeordnete Truppen über den Rhein und für das Rheingebiet, ferner für die Kriegsbeystände in der Grenzbezirk und in der Zeit befristet, daß während des Abflußes und der Abfertigung für den Augenblick gegen den

Ne III, IV,

Ne VI,

Ne VII, VIII,

Ne IX, X,

Ne XI, XII,
A, B,

Der vollständige Gesetz über die Dienstleistung
der übrigen Angehörigen, wie bisher in solchen
Fällen wie im Königreiche Preußen und in ande-
ren Staaten verordnet worden sind, und die
Dienstleistung der Gemeinschaft zu veranlassen; daß
übrigens, wie die Dienstleistung zur Gesetzgebung
nicht Individuen, sondern Vorgesetzte sind, als
Abhängigkeit jeder Angehörigen, zeigen sollen,
für die Erfüllung nach Gesetzen das Dienstes
zu sorgen.

Im Uebereinstimmung mit dem Gesetz-
buch bei unvollständigen Dienstverhältnissen
wie in gleichen Maaßen, wie anderen Ländern
und Ländern, so daß die Angehörigen nicht zu
verfügen zeigen werden, möge das Könige-
reich die Angehörigen bestmöglichst unterstützen
oder besondern Angehörigen - von jeder An-
gelegenheit um so mehr getrennt werden, als
gerade bei der offenkundigen Ungleichheit der
Verhältnisse in Beziehung auf Lage und Fort-
schritt der verschiedenen Gebiete, so wie
auch die Gründe der Gemeinschaft in der
Zeit solchen Zustand abwechselnd sind, und
wie nicht mehr zu veranlassen werden.

- §. 91. -

VI, Vorsorgliche Bestimmungen.

Während der Sitzung des Protocolls be-
zweckten Angehörigen, wie folgt, werden,
sind man als Commissions-Mitglied für ungenü-
gen, wie nach dem vorangehenden Bestimmen-
gen, wie mit Rücksicht auf die schon erwähnten
den Verhältnisse und wie auf die Zeit
nach obestehenden Angehörigen Einrichtungen
nötig erscheinen, so daß man zu bespre-
chen, und sich vereinigen, um den Angehörigen
den möglichsten Unterschied in der Ansicht,
sowie

fora in der Abrechnung zu berücksichtigen.

- §. 92. -

a. Abrechnung der Leuchtschiffe.

Hierzu glaubt man von Allen einen verbindlichen Festsetzung der Principien bezüglich auf die Abrechnung der Leuchtschiffe ansetzen zu sollen, um auf diesem Wege nicht allein die Abrechnungen für die gesamte Beförderung zu vereinfachen, sondern auch über die Leuchtschiffe der betreffenden Regierungen mehr Klarheit und so mehr jede Unklarheit zu beseitigen, als es im Laufe und in der Zukunft der Beförderung von Leuchtschiffen liegt, durch solche Summen das Aversum der Beförderung für gewisse gemeinsame Leistungen zu vereinfachen, übrigenfalls gerade die Abrechnungen der betreffenden Regierungen einen angemessenen Spielraum, welcher lediglich durch die Beförderung der zum Verweis bezüglichen Ausgaben begrenzt wird, findend zu lassen. Die fünfte und sechste Abrechnung ist in der angeführten Abrechnung liegen zu halten.

AL XIII, XIV,

Die Leuchtschiffe und die Mühlentambenigischen Commisarien haben sich für die Abrechnung auf die in der Konferenz vom 18^{ten} Januar zum feststehenden befristeten Beförderung mittelst Leuchtschiffen für die Schiff-Beförderung auf dem Rheine von der Königreich Preussen und der Großherzogthum Hessen zuwenden; sie haben sich vereinbart, dass sie und für sich die Beförderung der mittelbaren Abrechnung als das Ende, welche durch die Frequenz der Beförderung bedingt ist, einen unbegrenzten Raum haben; zugleich haben sie sich vereinbart, dass sie nachfolgend sein müssen.

müßten, daß sich die Klüfften für Schiff-
 Begleitung auf und von fließen, und solche
 die Grundstücke des Wiener Congresses Anwen-
 dung haben; gleichmäßige Aufrechterhaltung be-
 gründen, wenn und wo durch Schiffahrt-Ra-
 geln und Schiffbegleitung bestimmt
 werden sollte, z. B. auf dem Main und
 Rheine, in so fern nämlich eine solche Be-
 stimmung nicht schon ganz zu erwarten
 sein sollte, mag es sich um die übrigen
 Commissionen - mit Vorbehalt gleicher Rechte -
 eine Einmütigkeit nicht abhandeln werden.

-§. 93.-

Expositionen für die Postverwaltung.

Ein Gegenstand, für welchen eine solche Be-
 stimmung ebenfalls notwendig erscheint, ist die
 Postverwaltung, nämlich, in so weit zur Be-
 stimmung der Abfertigung mit Rücksicht auf
 Zeit und Ort unüberwindliche Schwierigkeiten vor-
 liegen werden.

Die Commissions-Mitglieder vereinigen
 sich in der Annahme der Notwendigkeit
 einer solchen Vorkehrung, weshalb jeder in
 der Festsetzung der Mittel, welche durch die
 Verhandlungen über die Annahme-Einstellung
 bereits festgestellt worden sind, für ungenügend
 und unzureichend, daß die, von solchen Umständen
 hervorgerufenen, durch geeignete Abänderung der
 vorhandenen Einrichtungen oder durch
 Gründung neuer Expositionen, welche durch
 diese Einrichtungen zu erwarten wären, die
 Abhilfe ohne unser Belieben der Commission
 zu verschaffen wären; sollte nicht durch die Finanz-
 Verwaltung, welche Finanzverhältnisse
 zu berücksichtigen wären, diese Wünsche um
 kräftiger, wie zu erwarten ist, besorgt werden
 können.

-§. 94.-

c. Gallen im Ganzen das Königreiche
Bayern und Württemberg.

Neu besondere Wichtigkeit bleibt es vief in Aufsehung des Gall. und Salzvertriebs, wie selbst in den Königreichen Bayern und Württemberg unter dem Schutz der württembergischen Abgaben selbst besetzt, wofür die Landesverwaltungen, wofür die Zusammenfassung der Salz auf Salzvertriebsverhältnisse mit den übrigen württembergischen Verhältnissen sind, in gegenwärtiges Protocoll aufzunehmen.

Aufgrund von dieser Aufsicht und gestützt auf die Berliner Verhandlungen schloßten die württembergischen Landesverwaltungen und württembergischen Commisarien:

- a, Diese für den Namen. Verzeichnisse der württembergischen Salzverwaltungen, wie auch ihrer Aufsicht zur Zeit nach Gallen beizubehalten, wofür die württembergischen Landesverwaltungen zum Protocoll anlässlich übereinkommen sollen.
- b, Diese die für die württembergische Gallen, mit Rücksicht auf die für die württembergische in dem Separat-Artikel 10. zum 30^{ten} offenen Artikel des Vertrags vom 22^{ten} März, als ferner in der Anlage III. zum Schluss-Protokoll vom 31. October nach dem Inhalt der württembergischen Signatur selbst so genannt werden sollen, diese die Salzvertriebsverhältnisse vollkommen geregelt, und vief in der württembergischen Aufsicht auf die württembergischen Salzvertriebsverhältnisse zum württembergischen beizubehalten werden;
- c, Diese neben der Gallen, welche zur Zeit vorliegen, von der württembergischen Gallen beizubehalten, und vief anzuordnen, wie die württembergischen Salzvertriebsverhältnisse und die württembergischen Salzvertriebsverhältnisse, wofür die württembergischen Salzvertriebsverhältnisse zum württembergischen beizubehalten werden.
- d, Diese die Aufsicht der württembergischen Gallen selbst, wofür die württembergischen Salzvertriebsverhältnisse zum württembergischen beizubehalten werden.

AL. XV. XVI,

Das Weitere zu verfahren zu last, nach dem-
 linst jedes Verhandlungsgesuch ausserhalb
 Revision einzuwenden, und nach dem zu
 können, welche weiteren Verhandlungen
 im Hinblick darauf selbst möglich oder nicht möglich sind.

c, dass endlich die Verhandlung-Regulierung der
 Gallen und der Revision... oder andere
 Verhandlung immer möglich zu sein öffentlich
 darüber gebracht werden können.

- §. 95. -

Mit Rücksicht auf die ungenüßliche Verhandlung-
 linst die Verhandlungsgesuche...
 zum Zollamt in der Königlichen Württemberg
 und Bayern wird die Verhandlung der Ge-
 staltung nicht abgeändert, sondern
 fassen bei Abfertigung des Mann-
 linstes... und mit Bezug auf
 die in Berlin statt gefallenen Verhandlungen
 hier, und endlich nach Rücksicht auf die Verhandlung-
 linst Verhandlungen das in der Anlage No. 1 be-
 findliche Regulativ annehmen.

Auf dieses Datum auf besondern Wunsch
 der Königlich Preussischen und Königlich Württem-
 bergischen Commissionen zugestanden, dass auf die
 Verhandlungsgesuche...
 in der Königl. B. benannten Gallen über die Ver-
 handlungen Mittenwald, Füssen, Pfaffen, Ennsberg,
 Knittlingen und Friesfeld statt der Sol-
 linst Verhandlungen und der Mann-Verhandlungen im-
 mer gleichen Verhandlungen, wie letzteres bei
 Verhandlung Verhandlung zulässig ist, und ferner der
 Verhandlungen diese Art der Verhandlung...
 einzuwenden kann, so als dass das Gesetz der Ver-
 handlungen sich auf die Recognition und Ab-
 messen

d, die Verhandlungsgesuche nicht abgeändert
 sondern Verhandlungen bei Abfertigung
 des Mann- und Verhandlungen.

Ne XVIII

A, B,

nachdem dieses Rheinbündnis beschlossen ist, so-
bei jedes Jahr einmal von der Abreisungstimmung
der Ladung durch Abweisung der Sachverständigen
Solligkeit, sozial pflicht, Abreisungstimmung zu be-
stehen ist.

Ein gleiches Abreisungsbündnis ebenfalls bei
Abreisungstimmung von der Gallen zu Lindau und
Friedrichshafen auf die Abreisungstimmung Entz-
berg, Knittlingen und Friesfeld nicht nur können.
Die Haupt- und Haupt-Commissionen be-
stehen jedes Jahr für undenklich, daß sie über
keine öffentliche Bekanntmachung gegeben, son-
dern nur die betheiligten Gallen und Ab-
reisungstimmung inständig werden müssen,
und daß diese ganz außerordentliche Sachver-
stimmung für die Commissionen solcher Art, bei
denen Abreisungstimmung Mißbräuche nicht
ist, oder nur eine geringe und unbedeutend werden,
jedenfalls müssen müssen.

-S. 96.-

Die Commissionen über den Inhalt des in S. 93.
der Gallenstimmung für Bayern und Württemberg
vorbehaltenen Regulators befinden sich zu werden-
sollen Sachverständigen über die Notwendigkeit der
möglichst Festhaltung der allgemeinen Regeln der
Abreisungstimmung-Abreisungstimmung und der möglichsten Ver-
meidung von Abreisungstimmung von diesen Regeln:

Insbesondere kann zum Zweck, wie folgt sein-
sichergestellt ab sei, daß bei Abreisungstimmung
a, von Offenbach und Neuisenbourg auf Gallen
in Württemberg und Bayern, und in der Gasse,
b, von Offenbach und Neuisenbourg auf Gallen
Laden von der Gasse bis nach Tuttlingen
bis Mittenwald und in der Gasse - welche auf
den Abreisungstimmung vom 31^{ten} October 1833

ebenfalls

ebenfalls nach dem anliegenden Regulativ, statt
finden können, die allgemeinen Vorschriften
der Zollordnung vollständig befolgt werden
müssen.

In dieser Angelegenheit werden von dem Groß-
fürsten hiesiger Commissar folgendes be-
merkt:

Wenn man bei den Abfertigungen der vorer-
wähnten die allgemeinen Regeln vollständig in
Anwendung bringen will; so müssen insbesondere
ein Blick auf die bei den Gütern geschehen, welche
in Heppenheim zum Transit mit dem Übergange
über Offenbach und Neuisenburg, und von letzterem
Ort zum Transit mit dem Übergange über Heppenheim
abgefertigt werden. In dem andern
Fall würde der Transit von Frankfurt nach Tyrol
und der Schweiz nur auf den kürzesten Wege
von Neuisenburg oder Offenbach bis Heppenheim
durch das Zollmanns-Gebiet geschehen, und das
Hessisch-Hamburgische Gebiet, soweit man immer mög-
lich würde.

Die Route von Neuisenburg (oder Offenbach) bis
Heppenheim ist indessen in der That eine kurze
Route, (die Entfernung ist nicht größer, als jene
von Lützen nach Eckartsbergen:).

Ihre Abkürzung und Revision der großen Entfernungen
bei dem ein- und Übergangspunkten auf
dieser Route, die sehr oft Gegenstand sorgfältiger
Forschung gewesen, würde mit großen
Schwierigkeiten verbunden, ja zu Heppenheim be-
zogen ganz unmöglich sein.

Die Zulässigkeit eines Handels nach dem
allgemeinen Regeln auf dieser Route müsse
daher, abgesehen davon, daß sie eine theilwei-
se Abkürzung des Transits (wenigstens eines
Theils)

Wird das Transit von Frankfurt nach Baden
und umgekehrt: von den Landstraßen auf die
Wasserstraßen (Main und Rhein:) zum folgenden
Jahre werden, falls in Frankfurt zugegen werden.

Außerdem werden sich das Personalverhältnis nach dem
Zugutritt von Baden zum Zollverein verhalten.
Aber auch werden wohl bei allem Transit
von Frankfurt nach der Schweiz, Tyrol und um-
gekehrt ein Ansehen nach den allgemeinen
Regeln eintreten können.

Der großherzoglich hessische Commissar hat sich
in diesem die Verfassung, daß es bei seinen
Regierung der Natur stellen werden, bei den
Abfertigungen das Transit von Neuenburg
oder Offenbach über Heppenheim und umgekehrt
die allgemeinen Abfertigungs-Regeln (sonst ohne
große Zulassungen und ohne Ableitung das
Transit von den Landstraßen auf die Wasserstra-
ßen (Main und Rhein:) immer möglich ein-
treten zu lassen, und in demselben Maße, in
welchem sich die Abfertigungen nach allgemei-
nen Regeln zulässig, im Zusammenhang mit
den königlich preussischen Verwaltung,
auch bei Abfertigungen von Großherzoglich hessi-
schen Kanalen auf königlich preussische
Kanäle und umgekehrt das Regulativ für diese
Kanäle zu verhalten, und zu den allgemeinen
Abfertigungs-Regeln unabhängig, wobei es
von der Kanalführung abhängt, daß, wenn auf
diese Weise eine größere Zahl von Abfertigungs-
Kanälen zu Neuenburg und Heppenheim möglich
werden sollten, als in der Verwaltung der preussischen
Kümmern angenommen werden, die Aufhebung
der durch die aufgestellten Maßregeln zulässig
sein werden.

Die

Die Königlich Württembergischen Commissa-
rien erklären die Anweisung, daß für die
Regierung im gleichen Sinne Anträge stellen
und so fern als sich von Abfertigungen von Würt-
tembergischen auf Gasseingänge: Gasseingänge
und eingekaufte Lande, zur sorgfältigen Verwaltung
gehehen der Königlich Württembergischen und Gasse-
einganglich Gasseingänge Verwaltung angeschlossen
werden.

- §. 97. -

Die Königlich Preussischen Commissarien, welche
im Auftrage der Regierung vorgedachten Re-
gulation und der damit in Verbindung stehenden
Anordnungen die Sachlichkeit der gegen diese An-
ordnungen ausgesprochenen, und den letztesten
Wunsch wegen möglichst baldiger Ausführung jedes
Antrags. Antrags und eingekaufte Lande, über-
geben hat in der Folge No. 100
sollende Memoria bezüglich auf diese An-
ordnung, und überlassen sich der Hoffnung; daß
Königlich Württembergischen Seite von selbst
auf die Befriedigung und Befriedigung solcher
Abweichungen eingewirkt werden sollte.

Die Königlich Württembergischen Commissarien
erklären, daß schon in dem gemeinsamen Gut-
achten die Aufforderung liegt, Anordnungen dieser
Art keine andere, als die durch die Länge der
Anzahl der vorhandenen Lande - in solchen
Fällen für sich auf die ersten und gegenwärtig
galtend gemachten Motive bezogen - zu geben,
und daß durch Befriedigungen der Antrags-
steller die Verhandlungen sich ändern, wie wieder
bestimmen werden; gleichwohl werden alle an-
geordneten Regierungen statt des von anderen
Anordnungen in der gesetzten Richtung
verändert werden

N^o. XVIII,

anrainen, und alles anrainen, die gemein-
samen Punkte möglichst vollständig zu anrai-
nen.

Hiermit würde gegenseitiges Protocoll
geflohen, vorgelesen, und mit dem Einmüthigen
entworfen, daß daselbe einseitig unterschrieben
ist, als Zeugniss dem Grundsatz. Einseitig-Protocoll
angehängt, und mit diesem im Original daselbst
eingetragen, übrigen jedem Commissär eine
gezeichnete Abschrift zur Vorlage an die betref-
fenden Regierungen zugestellt; eine neue solche
Abschrift dem Thüringischen Kurator durch das
Organ der Grossherzoglich Sächsischen Kammer-
schreiberei Regierung mitgetheilt werden
soll.

Kühne.
Wilke.

Dr. Ludwig von Wrochinger,
Carl Liebin,
von Deutz,
Joseph Doering,
Kaiser,
Bever.

Fr. Miller.
Hauber.

Für den General
Abgesandten. Direktor
Meisterlin
Kocher.

Biersack.

1872. 1.

Verhandelt München am
20^{te} Februar 1834.

GEGENWART:

K. Preussisch: Seits:

der k. Preuss. geheime Oberfinanzrath
KÜHNE,
der k. Preuss. geheime Regierungsrath
WILKE ..

K. Bayerisch: Seits:

A.)
von Seite des k. Staatsminister: d. Aeußern:
der k. b. Ministerialrath L. v. Driesch.

B.)
von Seite d. k. Staatsministeriums d. Innern:
der k. b. Ministerialrath Kleinschrod.

C.)
von Seite des k. Staatsministeriums d. Finanzen:
der k. b. wirkliche geheime Rath, auch Vorstand
der Generalzolladministration
D^r v. Kirchinger;

sein besond. beauftragter Bevollmächtigter der k. b.
General-Zoll-Administration ist h. Raths:
Siebert und v. Seutz.

K. SAECHS: SEITS:

der k. s. Finanz - Ministerial-Director
von Nostitz & Jäncken
und
der k. s. Geschäftsträger d. h. v. Köerner

K. WÜRTTEMBERG: SEITS:

der k. w. Obersteuerrath: v. Miller.

Churfürstl. Hess. Seits:

der churf. hess. Geschäftsträger d. h. v. Kocher,
Legationsrath v. Kocher.

Großherzogl. Hess. Seits:

der großherzogl. hess. Ober-
Finanzrath
Biersack.

Dem Vorbehalte gemäß,
welcher im Haupt-Protokoll der Zoll-
zinsg-Commission vom 14. v. M. b.
bezüglich auf die Organisation der
Zollverwaltung im Königreich
Preussen aufgestellt ist, haben wir
nachstehende Entschlüsse gefasst:
Königl. Preussische Regierung für
jede gesondete Finanz-Minist.
-Entschlüsse von Nostitz und Jäncken
dort, zumeist letzterem unter Anwesenheit
des Königl. Preussischen Staatsraths v. Köerner,
von Ministerial-Rath, Leuten v. Köerneritz,
und von mehreren anderen Leuten, die
in anderen zollverwaltenden Staaten aus-
sitzige Verhandlungen und Konferenzen
abgehalten, von Ergebnis veröffent-
lichen, das gegenwärtige Protokoll besteht
ist.

Obb. Gründe für das beabsichtigte Ver-
fahren hat der Königl. Preussische Staatsrath
mittels schriftlich anliegenden P. M.
unser Organisations-Plan für die Zoll-
verwaltung - und zollgesetzliche Verordnun-
gen im Königreich Preussen sub A.
zur Zugrundelegung der zu den
Gründungen im Königreich Preussen
gehörigen Nationalzollverordnungen, Leuten und
Legationsrath v. Kocher - Aufstellung

Das Königl. Preussische Consistorium hat
jedenfalls zu berücksichtigen die in dieser Urkunde,
daß bei jenen Entscheidungen jedoch be-
sonders die sehr heftigste Ursache und
für in dieser Hinsicht bevolkranten und
unvermeidlichen Schaden — dem Königl.
sitze der Preussischen Landesuniversität
besten, jede beabsichtigt werden
müssen, als inwiefern besonders das Amt
Groß-Schönau nicht aufrechterhalten werden
können, während Neu-Gorodorf aus seiner
größeren Ländereigenschaft belegen,
und nicht gespart, noch mehr die Le-
bensweise eines Platzmannes 2^{te} El.
bestimmt werden dürfte. Abzugeben
möge, so fern der Oberrath nicht
diese Punkte für unüberwindlich an-
gesehen werden, die künftige Eingetragung
des Vermögens in Preussische Verhältnisse
bestimmen noch am besten als unum-
gänglich sich darstellen, und sollte dem-
nach das künftige Vermögen wegen
Aufsicht werden, als womit sich dann die
Länderverhältnisse der anderen Provinz-
güter einverleiben würden.

3) Für das Amt Neu-Gorodorf sind
Königl. Preussische Dittl veranlagt,
Leistungsfähig, und genau, wie andere
wichtige Mittheilungen aufzu-
heben, diese in Einklang zu bringen
werden, daß das Amt befestigt
sich soll.

a) inwiefern Oberrath vorzuzug ist
Leistungsfähig in der Gegenwart werden
bis auf Quantitäten von 100 ab,
Zollentwurf in einer Post ankommen

zur Vervollständigung der Zahlen, oben mit
Tausendstausend II. abzufestigen.

b.) *Langhittsfium* № I. kinglyf ruf
in Grönländten Dresden, Pirna,
Budissin, Rittau und Coburg zu
verfehen und bei den mündlichen
Ordnungen verfehlte *Langhittsfium*
zu verfehen.

6. mitländische Wollen für interindische
Verbindungen = Kupfervollen für Langeschne-
kung mit gewisse Wollungen mit
Langeschnekung A. I. abzuschnitten.

Ein Commissionen funder Wijs Commi-
ssion der Geschiedenis in den Provinciën
a und c gesamt, ferner auf ad b so-
weit es betriift die Beschaffenheit
und den zu verhandelnden Gegen-
ständen, wenig bedenklich, nur
so bedenkliche Aussagen der Art der
mündlichen Aussagen auf die Beschaffen-
heit der Geschiedenis. Dagegen
jeden für sich bedenklich, unrichtige Aussagen
auf die Beschaffenheit der Geschiedenis
nicht bedenklich, Gegenstände betrieffen,
wobei es in Betracht der Grundelände
Wahrheit unmissverständlich sein wird,
letztere nicht auf eine zu geringe An-
zahl von Aussagen zurückzuführen
sollten, bedenklich ist dagegen
für den Ausschuss mit unrichti-
gen Aussagen für die Parteien und die
Königliche Commission der
jeden über zehnten zu stehenden
Geschiedenis. Dagegen nicht, und es
münde daher im letzteren Geschiedenis
die vorgeschlagenen Ausschüsse nicht

das zu bekommen können, wenn in der
Menge der Fälle unermessliche Ver-
luste mit unermesslichen Schäden
für den Staat und die Bürger zu befür-
chten. Wenn gleich eine Verabredung
zwischen solchen Vorgesetzten und
den Bürgern gegenwärtig nicht ab-
geschlossen ist, so muß es demnach schnell der
Herr der Stadt dem eigenen Interesse
des Zollvereins entgegenzusetzen,
den Bürgern unermessliche Opfer zu
bringen, um zu verhindern, dass sie zu
unersetzlichen Schäden und Verlusten
verurtheilt werden zu wollen.

Der Königl. Preussische Landrath Herr
Herrmann, der seiner Regierung
verantwortlich ist, in der Ausführung
seiner Befehle und in der Zoll-
stelle ein Mittel zu finden zu wollen,
zu einem unermesslichen Verluste mit
unermesslichen Schäden und Verlusten.
Wenn auch die ad b. gedachte Forderung
der Landrath seinen unermesslichen
Zollstellen für unzulässig er-
achtet werden sollte, so soll man
Königl. Preussische Räte veranlassen, für
den Staat zu sorgen, wobei
jedoch billig berücksichtigt werden, dass
das was man für den Landrath
Neu-Gersdorf verspricht, auf keinen
anderen Zollstellen in Bezug auf
den Zollverein und die übrigen Ver-
hältnisse zu berücksichtigen werden.

4. Wenn man sich für das zum
Landrath Schandau gehörige
Landrath Neustadt bei Stolpen

am 9ten

auf den Mayfälligen Kommissar
Commission der Befugnisse wurden
übrigen Commissarien eingetragten,
und solche von dem H. O. Kommissar
darauf gleiche Kommissionszuge
gesetzt; wobei von Seite der anderen
Commissarien resp. nachfolgenden und
der Wunsch geäußert wurde:

a.) Das Abkommen der Zollfah-
ren und der Befugnisse wegen
weiter nach der Grenze nach
Langenbuckersdorf zu verlagern,
und

b.) die ihm beizulegenden anderen
wichtigen Befugnisse, auf das
nach sich empfehlendste als
möglichst anzugeben, zu beschränken;
wogegen insbesondere zu a. der
H. O. Kommissar bemerkt,
daß Wunsch in Folge der
geordneten Punkte für ein Neben-
Abkommen sey, als von letzterem
Seite eine geeignete Gelegenheit
zu Herbeiführung des Zollab-
kommens würde, welche in der
Verhandlung mit sehr beträchtlichen
Kosten zu beschaffen oder gegen-
stellen sich würde.

5. Eingetragen wurde nun folgende
Sache, des H. O. Kommissars 1. St.
Hollendorf, zum Hauptkommissar
Pina zugehörig, der vorstehend ganz ri-
gungsfähig der Abkommen Hauptkommissar
wurde, auf die Befugnisse zur Be-
urteilung von Angelegenheiten nicht
zu verfahren sey.

6.) Wegen der projektirten beiden Haupt-
Zolllinien Marienberg und Straberg
mündet von der Commission der neu-
en Provinzialstände einfallig die
Aufsicht gewünscht, und die Ordnung
gestellt, dass diese beiden Haupt-
linien nur eine und zwar die Grenz-
ze zwischen dem Herzogthum Marienberg
fürstlichen Anstalt zu Reichenhain
zu sein.

Die Hauptlinie beginnt nämlich in
größerer Distanz beim 2. Meilen-
stein. Für eigentlich große
Distanz von Kommtare über Seba-
stiansberg in Löbau nach Chemnitz
führt nur über Reichenhain und
Marienberg. Letzterer Ort liegt 2
Meilen von der Grenze entfernt;
es müsste daher, wenn dort und
nicht unmittelbar an der Grenze
die Zollabfertigung stattfinden soll,
eine kostspielige Begleitung auf 2
Meilen mit stattfinden. Für Strab-
erg hingegen müßte ein Abzug-
Ort der Klasse des Verkehrs nicht
möglich vollkommen genügen.

Der R. R. R. Kommissar und Tage-
gen in Bezug auf die Abfertigung
des Hauptlandes Straberg zu ver-
gen, dass auf nach jener Ort
unmittelbar von der Löbauer
Grenze ab eine gewisse und sehr
geringer Distanz führen, welche
den größtmöglichen Grundbesatz
zu geben, sehr bedenklich erscheint;
und auch die Abfertigung des Haupt-

Alte's Marienberg nach Reichenhain
 ausgeht, so kann man es mit letzterem
 verbinden. Das von allem Peripherie-
 loten, welches in jenen ersten Ge-
 gend steht den Aufstellungen für
 die Leuchten zu beschaffen, wobei die
 Aufstellungen sehr mühe. Die
 von insbesondere für die Einrichtung
 des Altes in Marienberg als not-
 wendig bedingt werden: es werden
 jedoch seiner Einrichtung nach die
 für den zu stellen Aufstellungen von
 Gebäuden nicht zu überlassen, und
 es wird man, so wie nicht möglich
 Hindernisse entgegen zu stellen, wenn
 man nicht für die von Aufstellungen
 der anderen Aufstellungen zu
 untersuchen, jedenfalls aber für den
 bei der neuen Aufstellung der
 Aufstellungsmöglichkeit nach dem Altes
 Kunst zu geben.

7. Bei der Aufstellung der neuen
 Gebäude sollte man sich in der
 des Aufstellung 1. Teil der Auf-
 stellung - Grünstadt, welches als ein
 für den neuen neuen großen Auf-
 lage zu überlassen Aufstellung, für
 unbeschäftigt und zur Aufstellung in
 der Aufstellung 2. Teil der Aufstellung
 beschaffen werden wollen.

8. Der Aufstellung Brambach
 zum Hauptstock der neuen, sind
 die Aufstellung der neuen Auf-
 stellung die neue Aufstellung von
 der Aufstellung in der Aufstellung
 wie man bei Neu Gersdorf bemerkt.



den Dr. Wülfelsche Commission für die oben
sich geltend machen abgegebenen Vorstellen-
gen, somit für den Spätschickungsschickung
samt denjenigen Vorarbeiten
angewandt, welche für den für die
Commission in der von dem Reichsminister
veranlaßt worden sind.

[illegible]

in 16mm

Intervall unbekannt.

Rein Louisianen der unteren
Provinzen haben diese Gebäu-
dung mit Kragsteinen als völlig
zufriedenstellend angesehen und
sich mit Zustimmung der
jüngsten unteren Einmündigen
des Herrn Louis über die Gebäu-
dung der Kragsteinen ausgesprochen.

IV. Die Personal-Sitzung des Präsidiums
am 1. März 1881

unmöglich, so steht ein allgemeines
Verbot dem H. Preussischen Könige
überhaupt die Expropriation der
zum Grunde, und ist daher in der
Leitung der auf dem bei der Expropriation
Mittelungskommissionen Expropriation der
folgenden Grundstücke zu bewahren, und
zu verhindern, daß bei dem
Verkauf, dem die Expropriation zum Ab-
schlusse und Expropriation nicht
eingewilligt ist, in dem Ver-
kauf der Expropriation nicht be-
achtet werden können, wie zum Beispiel
bei der Stadt bei Stolpen, von
demselben die Expropriation zum Expro-
priation = Expropriation nicht eingewilligt
wurde, schließlich mit 2 Expropriation / 1
Expropriation, 1 Expropriation / mit dem
König.

für am 1. von diesem gestellten Gemein-
schaft, der bei der Einführung der An-
wesenheiten bei den Hauptmännern
angestellten Octanten und Topisten
nicht unter der für Anwesenheits-
einnahme zu befolgenden Personal mit

am 17ten

eingesehen worden. In dem, was dem
in Preussischer Zeit gegeben wurde,
wurde befohlen, daß diese Gerichte
nicht mit in dem vorgeschalteten Eingru-
pationsplan begriffen seien.

In Altkammern wurde diesen nun
auch von dem Commissar der anderen
Kammern. Daraus hervorgeht, und
von dem König. Preuss. Commissar
noch. verordnet und zugesichert, daß
bei jüngst vorgehenden Befehlungen
über den Umfang der Gerichte bei
den in vorstehenden Gesetzen, der
Erweiterung der letzteren mit der
vorstehenden Geist von Offizieren
nun nach allgemeinen Grundsätzen
und Grundsätzen sein soll.
beurteilt werden können, daß man je-
doch König. Preussischer Zeit aber so
bereits eine große Anzahl Gerichte
der Befehlungen sich selbständig geordnete
Orte eingesehen wurde, als man an-
denn. Zeit der Befehlungen sagt, daß
bei vorstehenden und vorstehenden
Erweiterung der vorgeschalteten
Personal der der Befehlungen keine
Erweiterung finden wurde.

V. Zur Grenzbesetzung ist von dem König
Preussischer Commissar nun zu 64
Orten beauftragte Grenzlinge in
Personal von

18 Oberleutnanten

25 Leutnanten und

256 Unterleutnanten

} Grenzwächter

in Ordnung gebracht worden.

Als es sich bei verschiedenen Veranlassungen
 kam, die Länge des Grenzlandes nach
 demselben Maßstabe berechnet zu
 geben, welches bei der Organisation
 in den Königreichen Preussen und
 Württemberg angewandt worden
 ist, so hat man Königl. Preussische
 Maß für den Verlauf des topographi-
 schen Landes das Preussische
 und die meisten unmittelbaren
 unter, dann zu Folge Land. Or-
 dng. II. die Grenzlinie des König-
 reichs Preussen, zwischen den Land.
 und Preuss. Preussische und Königl. Preuss.
 auf. Grenze aufgestellt, auf 52
 Meilen ergibt. Ein Unterschied
 gegen die Königl. Preussische Maß
 veranlaßt die Vermittelung kann man
 voraussetzen, daß bei letzteren
 ungenügend von ganz speziellen,
 sehr kleinen Vermessungen oberhalb
 der Höhen des Grenzgebirgs mit beacht-
 lichem Grundem Vermessungen nicht
 gegangen worden ist.

II

So hat in dem Landtragsamt,
 völlig nach dem Maßstabe der vor-
 handenen Grenzlinie auf das pro-
 jektirte Aufsehtpersonal zu ver-
 mindern, indem die Abgrenzung
 vornehmlich das daselbst bei sol-
 chen Vermessungen der Aufseht-
 lingen das Landtragsamt, das auf dem
 gegen den Maßstab gemacht sind
 nachstehenden Grenze nicht ge-
 ringen Vermessungen können.

Wenn man nicht auf die Gefahr hin, daß
a.) die Luft in der Luft... Luft... Luft...
Verunreinigung nicht unterliegen können,
in der Verunreinigung... Verunreinigung...
Luft... Luft... Luft... Luft...
Luft... Luft... Luft... Luft...
Luft... Luft... Luft... Luft...
Luft... Luft... Luft... Luft...

b.) die Luft der Grenzverhältnisse für die
Grenze von der Luft... Luft... Luft...
Luft... Luft... Luft... Luft...
Luft... Luft... Luft... Luft...
Luft... Luft... Luft... Luft...
Luft... Luft... Luft... Luft...
Luft... Luft... Luft... Luft...
Luft... Luft... Luft... Luft...

Die Gesamtzahl der Grenzverhältnisse
ergibt sich somit auf 234, von welcher
sich in der Verunreinigung, daß die Luft
jeder der Luft... Luft... Luft...
Luft... Luft... Luft... Luft...
Luft... Luft... Luft... Luft...
Luft... Luft... Luft... Luft...

VI. Wenn man nach diesen Verunreinigungen
und Verunreinigungen die Luft... Luft...
Luft... Luft... Luft... Luft...
Luft... Luft... Luft... Luft...
Luft... Luft... Luft... Luft...
Luft... Luft... Luft... Luft...
Luft... Luft... Luft... Luft...

1. Capitel I. Persönliche Ausgaben bei
dem Hauptzollämtern, bleibt immer
ändert zu

9,700 R.

und wird mit der jährlichen Wachs-
endung. Das Hauptamt Stenaberg
in dem Hauptzollamt 1^{te} Platz Nr. 1, nach
Angelegenheiten, was darüber zu II. b,
beachtet werden, vorbehalten.

2. Capitel II. Persönliche Ausgaben bei
Hauptzollämtern 1^{te} Platz Nr. 1. So fallen

a) das Hauptamt Seifhennersdorf
b) ein Offizier bei dem Amt
Neustadt bei Stolpen.
c) ein Amtskammer bei jedem der
Hauptämter, Gr. Schönaue und
Tschöndorf.

Wachsende bleibt nach der Veranschla-
gung des Amtes Seifhennersdorf - Grün-
thal in dem Hauptamt 2^{te} Platz Nr. 1.
Die Ausgaben dieses Capitels stellt
sich immer auf

8,120 R.

3. Die persönlichen Ausgaben für die
Ausfertigung von Urkunden, so wie
das eine beim Hauptamt Seifhenners-
dorf beauftragte Ausfertigung mit
dem Amt selbst in Wegfall kommt,
auf

1,610 R.

4. Verbleibende bei Posten für Hauptzoll-
Amt 2^{te} Platz Nr. 1 auf

3120.

so wie

5. für Legitimationen für den Aufenthalt
1040. auf

33,590.

wegen geringerer Ausgaben für
die Hauptämter.

33,590 ^{all}

6. Die Löhne und Entlohnungen der Haupt-
unter, Nebenunter 1^{ten} Klasse und Aus-
sagen-Postenpersonen des Haupt-
und Nebenunter und eines Auslagen-
stabs zurück auf

2,060 "

7. Die Gehälter des Haupt-
unter und Nebenunter 1^{ten} Klasse und
Auslagen-Postenpersonen des Haupt-
und Nebenunter und eines Auslagen-
stabs zurück auf

67,680 "

8. Die Löhne und Entlohnungen der Haupt-
unter und Nebenunter 1^{ten} Klasse und
Auslagen-Postenpersonen des Haupt-
und Nebenunter und eines Auslagen-
stabs zurück auf

7,740 "

111,070 ^{all} so daß die vorerwähnte Gesamtsomme,
welche Königlich Preussische Post und
Telegraphenverwaltung zu beauftragen, auf
zu setzen kommt.

=====
Königlich Preussische Post und
Telegraphenverwaltung, welche die
Löhne und Entlohnungen der Haupt-
unter und Nebenunter 1^{ten} Klasse und
Auslagen-Postenpersonen des Haupt-
und Nebenunter und eines Auslagen-
stabs zurück auf die Königl. Preuss.
Telegraphenverwaltung, nach dem
Lohnprotokoll vom 14^{ten} - 22^{ten} Januar
und 11. Februar d. J., mit dem
Lohnprotokoll der Königl. Preuss.
Telegraphenverwaltung vom 14^{ten}
J. d. J. zu dem Ende einzufügen,
um den letzteren den Lohnprotokoll
der Telegraphenverwaltung zu denfallsigen im
Interesse ihrer Angelegenheit aufzu-
heben. Die Löhne und Entlohnungen zu zahlen.
H. In Bezug auf die
Lohnprotokoll der Telegraphenverwaltung

abgenommenen Comitien:

- 1) ist völligst einverstanden mit dem in jenem Protokoll unter § 1-85 und § 87-89 enthaltenen Vereinbarungen, und versichert sich in Folge dieser zu. Stimmung einmüthig die Gesandtschaft des Fürst von Holstein-Gottorp und des Fürst von Schleswig an den Königsberger Abtharung von der Provinz ungetheilten Landen, und die Gesandtschaft des Fürst von den gemeinschaftlichen Gemeinen vor- und zu versenden können völlig ein- und übereinstimmend, sind einvernehmlichigen Entschien die unter A^o III und IV enthaltenen Bestimmungen zusammenzufassen, und letztere von dem Comitien ebenfalls vollzogen werden.
2. Nicht minder aufhalten die Königl. Preussischen Comitien ihre Zustimmung zu dem in § 86 jenes Protokolls enthaltenen Satzungen wegen der gemeinschaftlichen Entscheidung von den Bestimmungen.
3. In Bezug zu der Vereinbarung in § 90. wegen der von der Kaiserlichen Gesandtschaft von jenen einzelnen Bestimmungen zu bestimmbaren Wartungskosten an demselben, wie ebenfalls die Preussischen gesetzte Landen.
4. Einmüthig man zuversetzt Comitien mit dem in §§ 91 und 92 jenes Abtrags vereinbarten Grundsätzen über die Bestimmung der Bestimmung der Landen, und

N^o III. & IV.

erwähnen, die Geist der Putschisten auf
den durch Befragung sich herausgebe-
henden Standpunkt zu befruchten, daß
auch jenseits der Strafe und mög-
lich nachher, und reglementarische
Erwünschung und Befestigung des
Putschvertrages, einen jeden für sich
zu einem besondern Obstande
knüpfen, und gegenwärtig werden
sollen.

4. Zum § 95 des in der ersten Sitzung Proto-
koll mit, erklären die Königl.
Preussischen Landesverordneten auf zu dem,
wegen einstweiliger Erklärung
des Abfertigungsbefehls auf die
unten denen in Königsberg
Leipzig und in Königsberg Wien
Leipzig verordneten Regulativ
ist Erklärung, mit Erklärung
jedoch des Wunsches, daß Erklärung
Erklärung von der Regel, welche
auf der Erklärung der Erklärung
innen Erklärung Erklärung, so bald
und so viel als Erklärung auf der
Erklärung Erklärung und Erklärung
zu Erklärung Erklärung Erklärung,
den Erklärung.

B. Zu dem Erklärung Erklärung von
14^{te} d. Erklärung Erklärung Erklärung
macht:

1. Zum § 3. der Königl. Preussischen
Landesverordneten für den Erklärung
bleibt eine bestimmte Erklärung
unten Erklärung, welche nach
der Erklärung im Erklärung Erklärung
von 30. Erklärung n. Erklärung zum Art. 3.

Das Gütervertrags von demselben dato,
 von der Grenze gegen Löhren von dem Zoll.
 Verbot und nichtgegriffen bleiben müßten,
 nach nicht befehen, indem von Seiten der
 Regierung genehmigt wird, in diesem
 Punkte, bei welcher so manche unliche
 Verhältnisse zu berücksichtigen sind, nach
 der Folge der guten, barm Güterleistungen
 dieser zu bezeugen. Aber demnach
 ansonsten jedoch, daß findung der,
 laut obiger Vertragsbestimmung festste-
 hend, Befugnis nicht gegeben wurde,
 nach dem von dem Kommissar der
 anderen Provinz, herten mit dem Bri-
 gade vorabhandeln müßte, daß jedoch falls
 von dieser Befugnis nur unter gleich-
 mäßiger Genehmigung der Gesandte
 Interesse der sonst als der besondere
 Interessat ungenügender Provinz, han-
 deln würde Gebrauch gemacht werden.
 2. Juni d. 18. Weiter die Abzollungsfähigkeit
 in diesen bezug sich von d. Kaiserli-
 chen Kommissar auf die beschaltene
 Abhandlung der Königl. Preuss.
 Regierung = Ministerium.
 3. Juni d. 25. Der Königl. Preussische
 Rath aus der Ursache von diesen
 Gründen eine vorläufige Antwort
 nicht beabsichtigt über die zur Auf-
 führung der Zollz. und anderen
 Bestimmungen, Regulierung, so von
 der Regierung nicht fest steht.
 Der Kommissar, so sind von dem Königl.
 Preussischen Kommissar folgende der
 obigen Punkte in Abhandlung
 zur vorläufigen Prüfung vorge-

besteht aus:

- 1.) Kommission über die Aufstellung und Fortführung der Landkarte
 - 2.) Kommission zur Aufklärung eines zum künftigen Kaiserthum
 - 3.) Kommission über die dem Großfürsten mit vorkommenden Fällen zu bewilligenden Gnadenerlasse
 - 4.) Kommission über die Einsetzung der mit dem Kaiserthum verbundenen vorkommenden Personen und die zu erfüllenden Pflichten
 - 5.) Kommission zur Aufklärung der Verwaltung
 - 6.) Kommission für die Hauptstädte
 - 7.) Kommission über die Verwaltung der Provinzen
 - 8.) Kommission zur Aufklärung der Verwaltung für die Hauptstädte
 - 9.) Kommission für die Verwaltung der Provinzen
 - 10.) Kommission für die Verwaltung der Provinzen
 - 11.) Kommission über die Provinzen und die Verwaltung der Provinzen
- Es sind diese Kommissionen zu bilden, die unter der Aufsicht des Kaisers stehen, und als solche bei der Verwaltung der Provinzen zu wirken.

11.

nicht auszuweichen können, weil es zu
 letztem für uns den Abfallpunkt
 gesellt haben würde. Es gab jedoch
 der Königl. Preussische Commissär die
 Meinung von Seiten des Königs die
 Commission bei der letzten Kaufverhandlung
 ab, dass diese zum Schluss, welche
 notwendig nur dem 1. Januar
 hätten erfolgen müssen, wohlwollend
 zu Vereinbarung mit dem Königl.
 Preussischen Gesandten, statt zu sein
 der sein. Bei dieser Voraussetzung
 zu konnten die Commissionen der
 anderen Verhandlungen nur vor-
 besulten, diejenigen Ökonomie, die
 nicht sich in der Commission in der
 ging auf die Ökonomie zu
 geben müssten, bei der nicht die
 Zustimmung der Verhandlung
 müssten zu der Sache zu sein.
 4. Zum § 27 des Preuss. Protokolls,
 des Commissionsvertrags der Goldre-
 aktionen betrafend, gab der
 Preussische Commissär die Erklärung
 an, dass von Seiten des Königl.
 Preussischen Finanzministeriums
 eine Grundsatzbestimmung für die
 künftige Goldreaktion bereits be-
 stehen sei, welche zu geben nicht
 notwendig, aber die Kaufverhandlung
 aufhalten könne, dass bei dem Ök.
 für die Verhandlung eines
 Grundsatzes ebenfalls berücksichtigt
 seien.

5. Zum § 57 des Preuss. Protokolls
 wurde in der Sitzung auf die Verhandlung
 in der Sitzung

uniförmige Gleichförmigkeit der Oeffnungs-
satzgebung in Gallien von dem Königl.
Kriegsminister unter Vorlegung
von Einkommensberichten des Souverän-
ments

allgemeinen Oeffnungssatz, die Vor-
zügen gegen Gesetze und Vor-
urtheilen über indirekte Oeffnungs-
Abgaben betraf, und das Ge-
setz über das Einkommen.
Kaufmann gegen Einkommen
der gesetzlichen Vorschriften in
Gallen der indirekten Abgaben,
über die Gründe Einkommen gegeben,
und wies die Königl. Kriegsmünze
Regierung bei gleichzeitiger Eingabe
tatsächlicher Einkommen des Gall- und
des Oeffnungs der indirekten
Abgaben, wie, alle diese Abgaben
muss, und das - übrigens wurde mit
der Königl. Kriegsmünze Regierung
beurteilt - Oeffnungssatz zu verstehen
sich bewegen gefunden. Oeffnung
minder wurden die Gründe nicht
hat, dass man es bei der Eigentüm-
lichkeit der Oeffnung Oeffnungssatz
möglich geworden sei, die Einkommen
und Einkommen in Gallien
in einem gegen die Einkommen von
den Einkommen Einkommen
Oeffnung der Einkommen zu über-
nehmen.

Die Einkommen der Einkommen Einkommen
sind Einkommen, unter Einkommen Einkommen
muss die in Einkommen Einkommen
gelangen Einkommen über die Einkommen
sind Einkommen

[illegible][illegible]

[illegible]

Das letztere baldmöglichst zu besorgen,
und, wie obgedacht, die Bedingungen
des anderen Kaufvertrages mitge-
theilt werden; würde als in der Ver-
tragsbestimmung beifolgend, von der
anderen Seite dahin einfallig und
einstimmig beigestellt.

6.) Freilich kann man die Königl. Preussische
Königsfamilie noch, wie es ihre Regierung
verpflichtet ist, in der Königsfamilie
Wohnung, bei der Kaiserin Zeit ver-
weilen, die Publikation des Gallen-
vertrags vom 30. März v. J.
und des Goldkardats vom 11. Mai
sowie, wie die Königl. Preussische Kom-
missionen eingesehen auf des Königs-
samen Gallenvertrags und Kartens vom
11. Mai v. J. noch vor nicht langer Zeit
den Sub.

Reich: Württemberg: Königsberg: Baden =
aus fernerer keine Künftigen zu erwarten

können, wasperist jetzt darüber sofort
von seiner Regierung zu bekräftigen, und
zumifall nicht, daß letzteres von
seinem Kommissar in England ge-
wünscht wird in Ordnung zu bringen
wären müßte, das fürmüßte bis
jetzt keine Abweisung bekräftigen
müßte.

Gründlich ist das Protokoll geprüft, und
mit vorwiegendigen Abweisung mit
den Verhandlungen unterzeichnet vor-
den, daß daselbst eine wichtige Ange-
legenheit, als Erklärung zu dem Grundsatz-
Konferenz-Protokoll vom 14. d. J.
Abh. den letzteren angehängt, und
mit dem in der Folge zu München
aufbewahrt, übrigen den Kommissar
in jedem Verhandlungsbuch einbehalten
bist. Als nun die Kommission
Kommissionen und das Lager der
Großherzog: Preussischen Regierung
mitgeteilt werden soll.

St. John

Protokolle der VollzugsComission des grossen Zoll-Vereins

[S.l.] 1834

4 Cam. 136 d

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10347654-6